



Wolls Lehr- und Handbücher der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Herausgegeben von
Universitätsprofessor Professor h. c. Dr. Dr. h. c. Artur Woll

Bisher erschienene Werke:

- | | |
|--|---|
| <i>Aberle</i> , Transportwirtschaft, 4. A. | <i>Glastetter</i> , Außenwirtschaftspolitik, 3. A. |
| <i>Anderegg</i> , Agrarpolitik | <i>Leydold</i> , Mathematik für Ökonomen, 3. A. |
| <i>Assenmacher</i> , Konjunkturtheorie, 8. A. | <i>Müller</i> , Angewandte Makroökonomik |
| <i>Barro</i> , Makroökonomie, 3. A. | <i>Rosen · Windisch</i> , Finanzwissenschaft I |
| <i>Barro · Grilli</i> , Makroökonomie – Europäische Perspektive | <i>Rush</i> , Übungsbuch zu Barro, Makroökonomie, 3. A. |
| <i>Barro · Sala-i-Martin</i> , Wirtschaftswachstum | <i>Sachs · Larrain</i> , Makroökonomik – in globaler Sicht |
| <i>Blum</i> , Volkswirtschaftslehre, 4. A. | <i>Schneider</i> , Grundlagen der Volkswirtschaftslehre, 3. A. |
| <i>Branson</i> , Makroökonomie, 4. A. | <i>Tirole</i> , Industrieökonomik, 2. A. |
| <i>Bretschger</i> , Wachstumstheorie, 3. A. | <i>Varian</i> , Mikroökonomie, 3. A. |
| <i>Brinkmann</i> , Einführung in die Arbeitsökonomik | <i>Wachtel</i> , Makroökonomik |
| <i>Brösse</i> , Industriepolitik, 2. A. | <i>Wacker · Blank</i> , Ressourcenökonomik I |
| <i>Büschges · Abraham · Funk</i> , Grundzüge der Soziologie, 3. A. | <i>Wacker · Blank</i> , Ressourcenökonomik II |
| <i>Cezanne</i> , Allgemeine Volkswirtschaftslehre, 6. A. | <i>Wohltmann</i> , Grundzüge der makroökonomischen Theorie, 3. A. |
| <i>Fischer · Wiswede</i> , Grundlagen der Sozialpsychologie, 2. A. | |

Allgemeine Volkswirtschaftslehre

Von
Universitätsprofessor
Dr. Wolfgang Cezanne

6., überarbeitete Auflage

R. Oldenbourg Verlag München Wien

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© 2005 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Telefon: (089) 45051-0
www.oldenbourg.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Gedruckt auf säure- und chlorfreiem Papier
Druck: R. Oldenbourg Graphische Betriebe Druckerei GmbH

ISBN 3-486-57770-0

Vorwort zur sechsten Auflage

In der sechsten Auflage wurden hauptsächlich folgende Überarbeitungen vorgenommen:

- Im 14. Kapitel (Geld und Kredit) wurden die Geldmengenstatistiken und die Abschnitte zum Geldangebot und zur Geldpolitik der EZB neu gefasst.
- Im 4. Teil (Außenwirtschaft) wurden die für die Handels- und Währungspolitik und für die internationalen Finanzmärkte wesentlichen Elemente der Globalisierungsdebatte eingearbeitet, und der Text wurde an die inzwischen übliche Mengennotierung des Wechselkurses angepasst.
- An verschiedenen Stellen wurden Zahlenangaben aktualisiert und Druckfehler und ungenaue Formulierungen behoben.

Wolfgang Cezanne

Vorwort zur ersten Auflage

Dieses Buch ist unter der täglichen Herausforderung sehr unterschiedlicher Lehrveranstaltungen entstanden. Ich habe in zahlreichen Vorlesungen, Seminaren und Vorträgen zu volkswirtschaftlichen Themen die Erfahrung gemacht, daß zwar regelmäßig ein ausgeprägtes Interesse an wirtschaftlichen Fragestellungen vorhanden ist, daß dieses Interesse jedoch nicht selten mit verwunderlichen Vorurteilen und einer gewissen Unkenntnis über wirtschaftliche Zusammenhänge, ja selbst über schlichte Fakten des Wirtschaftslebens gepaart ist.

Aus diesen Erfahrungen ergeben sich die Ziele, die mit dem Buch verfolgt werden. Das Buch soll bei dem Leser zur Klärung von drei Fragen beitragen:

- Was ist Soziale Marktwirtschaft?
- Was ist und wie funktioniert der Markt?
- Wozu ist wieviel von welcher Art von Staat notwendig?

Erstens informiert das Buch über quantitative und institutionelle Fakten der Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland.

Zweitens behandelt das Buch die Funktionsweise von Märkten. Wirtschaftsgeschehen ist Marktgeschehen, auch wenn sich die Märkte im Ungleichgewicht befinden, und auch wenn der Staat auf den Märkten interveniert.

Drittens behandelt das Buch die Rolle des Staates in der Marktwirtschaft. Staatliche Regulierungen sind im Fall von Marktmängeln notwendig und nützlich. Aber die Frage ist, in welchen Bereichen dies konkret der Fall ist, und wie die staatliche Regulierung sinnvoll zu organisieren ist. Viele Eingriffe des Staates in das Wirtschaftsgeschehen haben faktisch mehr Nachteile als Vorteile, da sie nicht notwendig und/oder falsch organisiert sind.

Die Gliederung des Stoffes folgt bewährten Grundsätzen. Das Buch besteht aus den vier Teilen Einführung, Mikroökonomik, Makroökonomik und Außenwirtschaft. Eine Besonderheit ist, daß unter Verzicht auf methodische Überlegungen bereits in der Einführung ein vollständiger Überblick über das Fach gegeben wird. Diese Einführung richtet sich an diejenigen, die sich kurz und knapp informieren wollen, worum es geht. Im zweiten Teil werden Grundzüge

der Mikroökonomik behandelt. Im Zentrum stehen die Funktionsweise und die Mängel des Marktmechanismus und die sich daraus ergebende Rolle des Staates in der Marktwirtschaft. Im dritten Teil werden Grundzüge der Makroökonomik behandelt. Es geht um gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge und die Möglichkeiten und Grenzen der Einkommens-, Geld- und Fiskalpolitik. Im vierten Teil werden die Besonderheiten behandelt, die sich aus der wirtschaftlichen Verflechtung der Volkswirtschaft mit dem Ausland ergeben.

Die vier Teile können jeweils für sich gelesen werden. Das gilt auch für die einzelnen Kapitel. Diese Methode der Darstellung bringt gewisse Wiederholungen mit sich, von denen bewußt als didaktisches Hilfsmittel Gebrauch gemacht wird. Die Kapitel sind zu Beginn jeweils möglichst einfach gehalten und führen sukzessive zu komplizierteren Fragestellungen. Es kann im Prinzip vor Beendigung eines Kapitels zu einem nächsten Kapitel gewechselt werden, ohne daß der Anschluß verlorengeht. Vorrangig behandelt werden die trotz aller Meinungsverschiedenheiten im Fach zahlreich vorhandenen unstrittigen Tatbestände. Strittige Positionen werden nicht lediglich unkommentiert nebeneinander gestellt, sondern es wird versucht, die konsensfähigen Schnittmengen herauszuarbeiten, die trotz aller Unterschiedlichkeiten im theoretischen Detail ebenfalls zahlreich vorhanden sind.

Das Buch ist für jeden Menschen geschrieben, der sich für Wirtschaft interessiert, und der lesen, rechnen und schreiben kann. Das Buch kann an Hochschulen – insbesondere im Grundstudium – verwendet werden, aber auch an anderen Bildungseinrichtungen, wo ein Überblick ohne Tiefgang gewünscht ist.

Bei der Fertigstellung des Buches sind bei mir einige Dankeschulden entstanden. Der erste Teil ist eine überarbeitete und ergänzte Fassung von Teilen eines einführenden Lehrbuchs zur Volkswirtschaftslehre, welches aus einer fruchtbaren Zusammenarbeit mit Herrn Professor Dr. Jürgen Franke stammt und im gleichen Verlag veröffentlicht ist. Wertvolle Unterstützung bis hin zu ausformulierten Entwürfen erhielt ich von Frau Diplom-Volkswirt Gesa Brunolatocha zu dem 14. Kapitel, von Herrn Diplom-Volkswirt Oliver Perschau zu dem 10. und 16. Kapitel, von Herrn Diplom-Kaufmann Oliver Bathe zu dem 19. Kapitel und von Herrn Diplom-Volkswirt Sung-Hoon Park zu dem 20. Kapitel. Einige Studierende, die an meinen Lehrveranstaltungen im SS 1990 an der TU Berlin teilnahmen, haben in höchst uneigennütziger Weise Regressionsrechnungen zu den makroökonomischen Verhaltensfunktionen durchgeführt. Herr stud. rer. oec. Marcus Kruber und Herr Diplom-Volkswirt Sung-Hoon Park haben wertvolle Hilfe bei der Anfertigung von Schaubildern und Zeichnungen geleistet. Die Herren Diplom-Kaufmann Oliver Bathe, Diplom-Volkswirt Stefan Bülow und Diplom-Volkswirt Sung-Hoon Park haben Teile des Buches kritisch gelesen und mit mir diskutiert, und haben mich beim Korrekturlesen und beim Anfertigen des Stichwortverzeichnisses tatkräftig unterstützt. Ihnen allen sei herzlich gedankt.

Wolfgang Cezanne

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
1. Teil: Einführung	1
1. Kapitel: Ökonomische Grundprobleme jeder Gesellschaft	2
2. Kapitel: Marktwirtschaft versus Planwirtschaft – Die beiden Lösungsversuche für die ökonomischen Grundprobleme	20
3. Kapitel: Die Rolle des Staates in der Marktwirtschaft – Grundzüge der Wirtschaftspolitik	44
2. Teil: Mikroökonomik	83
4. Kapitel: Güternachfrage und Faktorangebot des privaten Haushalts – Grundzüge der Haushaltstheorie	84
5. Kapitel: Güterangebot und Faktornachfrage der Unternehmung – Grundzüge der Unternehmenstheorie	111
6. Kapitel: Marktformen und Produktpreisbildung – Grundzüge der Preistheorie	154
7. Kapitel: Preisbildung auf Faktormärkten	187
8. Kapitel: Markt und Staat – Wohlfahrtsökonomik, Allokationstheorie und die Rolle des Staates in der Marktwirtschaft ...	201
3. Teil: Makroökonomik	237
9. Kapitel: Volkswirtschaftliches Rechnungswesen	238
10. Kapitel: Gesamtwirtschaftliche Nachfrage	290
11. Kapitel: Keynesianische Makroökonomik – Die Bedeutung der Nachfrage für Realeinkommen und Produktion	315
12. Kapitel: Produktion, Beschäftigung und Preisniveau – Das makroökonomische Standard-Modell	341
13. Kapitel: Makroökonomische Lehrmeinungen	374
14. Kapitel: Geld und Kredit	391
15. Kapitel: Inflation	429
16. Kapitel: Das Problem der Staatsverschuldung	447
17. Kapitel: Konjunktur	464
18. Kapitel: Wachstum	496
19. Kapitel: Einkommensverteilung	526
4. Teil: Außenwirtschaft	547
20. Kapitel: Internationaler Handel	548
21. Kapitel: Zahlungsbilanz und Zahlungsbilanzausgleich	573
22. Kapitel: Makroökonomik der offenen Volkswirtschaft	597
23. Kapitel: Wechselkursentwicklung und internationale Währungspolitik	623
Literaturverzeichnis	655
Symbolverzeichnis	667
Abbildungsverzeichnis	671

Kontenverzeichnis	675
Schaubilderverzeichnis	676
Tabellenverzeichnis	677
Stichwortverzeichnis	679

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
1. Teil: Einführung	1
1. Kapitel: Ökonomische Grundprobleme jeder Gesellschaft	2
I. <i>Knappheit</i>	2
II. <i>Produktion</i>	3
III. <i>Wirtschaftliche Entscheidungen</i>	6
1. Produktionsstruktur	7
2. Faktorallokation	8
3. Faktoreinsatzmengen	9
IV. <i>Arbeitsteilung und Tausch</i>	10
V. <i>Probleme der arbeitsteiligen Wirtschaft</i>	13
1. Lenkung und Koordinierung	13
2. Verteilung	13
a. Verteilung, Diskriminierung und Knappheit	13
b. Verteilungsverfahren	14
(1) Bedarfsgerechtigkeit	14
(2) Leistungsgerechtigkeit	14
c. Zurechnungsproblematik	15
3. Konjunkturschwankungen	17
VI. <i>Zusammenfassung</i>	18
2. Kapitel: Marktwirtschaft versus Planwirtschaft – Die beiden Lösungsversuche für die ökonomischen Grundprobleme	20
I. <i>Freie Marktwirtschaft</i>	20
1. Funktionsweise des Marktmechanismus	20
a. Märkte, Marktteilnehmer und Kreislauf	20
b. Nachfrage und Angebot	21
(1) Die Nachfrager	21
(2) Die Anbieter	22
c. Der Marktmechanismus als Lösung der ökonomischen Grundprobleme	23
(1) Koordinierung	23
(2) Faktorallokation	25
(3) Produktionsstruktur	27
(4) Verteilung	29
d. Eigentumsrechte	29
e. Ein Beispiel	31
2. Mängel des Marktmechanismus	32
a. Marktunvollkommenheiten	33
(1) Marktmacht	33
(2) Negative externe Effekte, insbesondere Umweltverschmutzung	34
(3) Positive externe Effekte	34
b. Marktversagen bei öffentlichen Gütern	36

<i>II. Zentralplanwirtschaft</i>	37
1. Funktionsweise der Zentralplanwirtschaft	38
a. Planungsinstanz	38
b. Planungsgegenstand	38
(1) Zentralverwaltungswirtschaft	38
(2) Konkurrenzsozialismus	39
c. Koordinierung	40
d. Anreiz- und Sanktionsmechanismus	40
2. Mängel der Zentralplanwirtschaft	40
a. Ineffizienz	40
(1) Fehlsteuerungen wegen Nicht-Kenntnis aller Produktionsmöglichkeiten	41
(2) Fehlsteuerungen wegen Nicht-Kenntnis aller Konsumentenwünsche	41
(3) Fehlsteuerungen wegen mangelhafter Koordinierung	41
b. Autonom-elitäre Entscheidungsfindung	42
c. Schwerfälligkeit	42
<i>III. Zusammenfassung</i>	43
3. Kapitel: Die Rolle des Staates in der Marktwirtschaft – Grundzüge der Wirtschaftspolitik	44
<i>I. Die Bedeutung des Staates im Wirtschaftsgeschehen</i>	44
<i>II. Wirtschaftspolitik in der Sozialen Marktwirtschaft</i>	47
1. Gesellschaftspolitische Grundziele	47
2. Ziele der Wirtschaftspolitik – Teilbereiche staatlicher Regulierung in der Sozialen Marktwirtschaft	49
a. Allokation	49
(1) Öffentliche Güter und ökonomische Rechtfertigung des Minimalstaates	49
(2) Öffentliche Güter, private Güter und Mischgüter – Systematische Überlegungen	51
(3) Externe Effekte	53
(3.1) Überblick	53
(3.2) Externe Erträge, meritatorische Güter und das Prinzip der Konsumentensouveränität	54
(3.3) Externe Kosten, Umweltpolitik und demeritorische Güter	55
(3.4) Resümee	58
(4) Wettbewerbspolitik	58
(5) Natürliche Monopole	63
(6) Inflexibilitäten und Informationsmängel	64
b. Stabilisierung	66
(1) Das Magische Viereck der Wirtschaftspolitik	66
(2) Geld- und Fiskalpolitik	67
(3) Wachstums- und Strukturpolitik	69
(4) Außenwirtschafts- und EU-Politik	70
c. Distribution	72
3. Zielbeziehungen und die Kunst der Wirtschaftspolitik	74
4. Resümee – Die Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft im Überblick	76

<i>III. Theorie des Staatsversagens</i>	76
1. Wohlfahrtstheorie versus ökonomische Theorie der Politik	76
2. Die Akteure: Politiker, Interessengruppen und Bürokratie	77
3. Schlußfolgerungen	79
<i>IV. Zusammenfassung</i>	79
 2. Teil: Mikroökonomik	83
4. Kapitel: Güternachfrage und Faktorangebot des privaten Haushalts – Grundzüge der Haushaltstheorie	84
<i>I. Nutzentheorie</i>	84
1. Nutzenfunktion	84
2. Indifferenzkurvenanalyse	86
<i>II. Güternachfrage</i>	88
1. Optimaler Haushaltsplan	88
2. Determinanten der Güternachfrage	91
a. Preis des Gutes	91
b. Einkommen	95
c. Preise anderer Güter	96
d. Präferenzen	97
e. Zusammenfassung	97
3. Nachfrageelastizitäten	98
4. Ableitung der Gesamtnachfrage	99
5. Konsum und Einkommen – Empirische Zusammenhänge	100
<i>III. Arbeitsangebot</i>	102
<i>IV. Angebot an Ersparnis</i>	105
<i>V. Zusammenfassung</i>	109
 5. Kapitel: Güterangebot und Faktornachfrage der Unternehmung – Grundzüge der Unternehmenstheorie	111
<i>I. Überblick</i>	111
<i>II. Produktionstheorie</i>	113
1. Produktionsfunktion	113
2. Klassisches Ertragsgesetz	113
3. Neoklassische Produktionsfunktion	115
4. Limitationale Produktionsfunktion	124
5. Technischer Fortschritt	127
<i>III. Kostentheorie</i>	128
1. Überblick	128
2. Kurzfristige Kostenfunktionen – Partielle Faktorvariation	129
a. Gesamtkosten, Fixkosten und variable Kosten	129
b. Ertragsgesetzlicher Kostenverlauf	130
c. Kostenverlauf mit durchweg steigenden Grenzkosten	131
d. Linearer Kostenverlauf	132
3. Langfristige Kostenfunktionen – Totale Faktorvariation und Minimalkostenkombination	133

4. Zusammenhang zwischen kurz- und langfristigen Kostenfunktionen .	137
5. Empirie von Kostenfunktionen, mindestoptimale Betriebsgröße und der Fall des natürlichen Monopols	139
<i>IV. Der optimale Produktionsplan</i>	142
1. Vollständige Konkurrenz	142
a. Kurzfristige Betrachtung – Partielle Faktorvariation	142
(1) Ertragsgesetzlicher Kostenverlauf	142
(2) Linearer Kostenverlauf	145
b. Verschiedene Formulierungen der Bedingungen für das Gewinnmaximum	145
c. Langfristige Betrachtung – Totale Faktorvariation	147
2. Monopol	148
<i>V. Güterangebot und Faktornachfrage</i>	150
1. Güterangebot	150
2. Faktornachfrage	151
<i>VI. Zusammenfassung</i>	152
6. Kapitel: Marktformen und Produktpreisbildung – Grundzüge der Preistheorie	154
<i>I. Koordinierung durch den Markt</i>	154
<i>II. Marktformen und Marktverhalten</i>	155
1. Anzahl der Marktteilnehmer	155
2. Marktvollkommenheit	156
3. Verhalten der Marktteilnehmer	157
<i>III. Vollständige Konkurrenz</i>	158
1. Marktform	158
2. Kurzfristiges Gleichgewicht und Produzentenrente	158
3. Langfristiges Gleichgewicht und Differentialrente	160
<i>IV. Monopol</i>	162
1. Marktmacht des Monopolisten	162
2. Nachteile gegenüber der Konkurrenz	164
3. Preisdifferenzierung	165
<i>V. Monopolistische Konkurrenz</i>	166
1. Bestreitbare Märkte, versunkene Kosten und die Tangentenlösung ..	166
2. Doppelt geknickte Preis-Absatz-Kurve	168
<i>VI. Oligopol</i>	169
1. Marktform	169
2. Geknickte Preis-Absatz-Kurve	170
3. Strategie-Modelle	171
a. Rahmenbedingungen	171
b. LAUNHARDT-HOTELLING-Lösung	172
c. KRELLE-Lösung	173
d. STACKELBERG-Lösung	174
e. Kooperation	175
<i>VII. Staatliche Eingriffe in die Preisbildung</i>	175
1. Höchst- und Mindestpreise	175

2. Steuern und Subventionen	178
3. Preisstabilisierung	181
VIII. Totales mikroökonomisches Konkurrenzgleichgewicht	182
IX. Zusammenfassung	185
 7. Kapitel: Preisbildung auf Faktormärkten	 187
I. Arbeit und Lohn	187
II. Kapital und Zins	191
III. Boden und Bodenrente	196
IV. Zusammenfassung	199
 8. Kapitel: Markt und Staat – Wohlfahrtsökonomik, Allokationstheorie und die Rolle des Staates in der Marktwirtschaft	 201
I. Überblick	201
II. Effizienz des totalen mikroökonomischen Konkurrenzgleich- gewichts – Die Marginalbedingungen	202
1. Verteilung – Die 1. Marginalbedingung	202
2. Allokation – Die 2. und 3. Marginalbedingung	206
3. Produktionsstruktur – Die 4. Marginalbedingung	209
4. Modell-Erweiterungen	210
III. Das Problem der Verteilungsgerechtigkeit	211
1. PARETO-Optimum und Verteilungsgerechtigkeit	211
2. Soziale Wohlfahrtsfunktionen – Die Problematik exogener Gerechtigkeitspostulate	212
3. Zielkonflikt zwischen Gerechtigkeit und Einkommen	214
4. Wahlparadoxon	215
IV. Marktmängel und die Rolle des Staates	216
1. Marktmacht	217
a. Monopol	217
b. Natürliches Monopol	218
2. Externe Effekte	220
a. Überblick	220
b. Negative externe Effekte	221
(1) Fehlllokation durch negative externe Effekte	221
(2) Maßnahmen zur Internalisierung	223
(2.1) Auflagen	223
(2.2) Steuern	225
(2.3) Abgaben	225
(2.4) Verhandlungen	226
(2.5) Zertifikate	228
(3) Fehlllokation durch Gemeineigentum	229
c. Positive externe Effekte	230
3. Öffentliche Güter	231
4. Systematik	233
V. Zusammenfassung	235

3. Teil: Makroökonomik	237
9. Kapitel: Volkswirtschaftliches Rechnungswesen	238
<i>I. Vermögensrechnungen</i>	238
1. Einzelwirtschaftliche Vermögensrechnung	238
2. Gesamtwirtschaftliche Vermögensrechnung	239
a. Konsolidierung	239
b. Vermögensrechnung für eine geschlossene Volkswirtschaft	239
c. Vermögensrechnung für eine offene Volkswirtschaft	239
<i>II. Kreislaufanalyse</i>	240
1. Vermögensrechnungen, Kreislaufanalyse, Sektorenbildung	240
2. Geschlossene Volkswirtschaft ohne staatliche Aktivität	242
a. Entstehung des Volkseinkommens	242
(1) Produktionskonto eines Unternehmens	242
(2) Gesamtwirtschaftliches Produktionskonto	243
b. Verwendung des Volkseinkommens	246
(1) Einkommensverwendungskonto der Haushalte	246
(2) Einkommensverwendungskonto der Unternehmen	247
c. Vermögensänderungskonten und Finanzierungsrechnung	247
d. Kreislaufschema einer geschlossenen Volkswirtschaft ohne staatliche Aktivität	249
3. Geschlossene Volkswirtschaft mit staatlicher Aktivität	251
a. Ökonomische Aktivitäten des Staates	251
b. Die Auswirkungen der Staatstätigkeit auf die Haushalte und Unternehmen	253
c. Kreislaufschema einer geschlossenen Volkswirtschaft mit staatlicher Aktivität	254
4. Offene Volkswirtschaft mit staatlicher Aktivität am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland	257
a. Ökonomische Transaktionen zwischen In- und Ausländern	257
b. Exporte, Importe und Inlandsprodukt	257
c. Erwerbs- und Vermögenseinkommen und Sozialprodukt	258
d. Übertragungen	258
e. Auslandsposition und Leistungsbilanz	258
f. Kreislaufschema einer offenen Volkswirtschaft mit staatlicher Aktivität	260
<i>III. Input-Output-Analyse</i>	261
1. Input-Output-Tabellen	261
2. Input-Output-Modell	262
a. Bestimmung der Produktionsmengen	263
b. Bestimmung der primären Einsatzfaktoren	265
<i>IV. Inlandsprodukt, Zahlungsbilanz und Finanzierungsrechnung</i>	267
1. Entstehung, Verwendung und Verteilung des Inlandsprodukts	268
a. Entstehungsrechnung	268
b. Verwendungsrechnung	269
c. Verteilungsrechnung	269
2. Zahlungsbilanz	272
3. Finanzierungsrechnung	273

<i>V. Stabilitätsindikatoren und wirtschaftliche Entwicklung – Das magische Viereck der Wirtschaftspolitik</i>	275
1. Preisniveaustabilität	275
2. Wachstum	279
3. Beschäftigung	281
4. Außenwirtschaftliches Gleichgewicht	283
<i>VI. Mängel des volkswirtschaftlichen Rechnungswesens</i>	284
<i>VII. Struktur makroökonomischer Theorien</i>	285
1. Angebot und Nachfrage	285
2. Märkte, Gleichgewicht, Anpassungsprozesse	286
3. Ein makroökonomisches Standard-Modell	287
<i>VIII. Zusammenfassung</i>	288
10. Kapitel: Gesamtwirtschaftliche Nachfrage	290
<i>I. Konsum</i>	290
1. Überblick	290
2. Konsumfunktion	290
3. Absolute Einkommenshypothese	294
4. Relative Einkommenshypothese	295
5. Permanente Einkommenshypothese	296
6. Lebenszyklus-Hypothese und Vermögenseffekt	298
<i>II. Investition</i>	299
1. Investitionstätigkeit und gesamtwirtschaftliche Aktivität	299
2. Theorie der Investitionsfunktion	302
a. Optimaler Kapitalbestand und Investitionstätigkeit	302
b. Investitionsfunktion	308
(1) Neoklassische Investitionsfunktion	308
(2) Akzelerator	309
<i>III. Staatsnachfrage und Außenbeitrag</i>	311
<i>IV. Zusammenfassung</i>	312
11. Kapitel: Keynesianische Makroökonomik – Die Bedeutung der Nachfrage für Realeinkommen und Produktion	315
<i>I. Überblick</i>	315
<i>II. Einkommensbildung bei autonomen Investitionen</i>	316
1. Gleichgewichtseinkommen	316
2. Multiplikator	320
<i>III. Gleichgewichtseinkommen und staatliche Aktivität</i>	321
<i>IV. Güterwirtschaftliches Gleichgewicht – Die IS-Linie</i>	326
<i>V. Geldmarkt und Zinsbildung</i>	329
1. Geldfunktionen, Geldnachfrage und Geldangebot	329
2. Gleichgewicht am Geldmarkt – Die LM-Linie	331
<i>VI. Realeinkommen und Zinssatz – Das IS-LM-Modell</i>	333
1. Simultanes Gleichgewicht am Geld- und Gütermarkt	333
2. Geld- und Fiskalpolitik	334
a. Geldpolitik	335

b. Fiskalpolitik	337
VII. Zusammenfassung	339
12. Kapitel: Produktion, Beschäftigung und Preisniveau – Das makroökonomische Standard-Modell	341
I. Gesamtwirtschaftliche Nachfrage und Preisniveau	341
II. Gesamtwirtschaftliches Angebot	344
1. Produktion und Arbeitsnachfrage	344
2. Vollbeschäftigung, Arbeitslosigkeit und Überbeschäftigung	347
a. Arbeitsmarkt	347
b. Vollbeschäftigung	348
c. Konjunkturelle Unterbeschäftigung	349
d. Konjunkturelle Überbeschäftigung	351
3. Angebot und Preisniveau	353
a. Angebot bei vollständiger Preis- und Lohnflexibilität	353
b. Angebot bei verzögerter Lohnanpassung	354
III. Möglichkeiten und Grenzen der Beschäftigungspolitik	359
1. Unterbeschäftigungs-Gleichgewicht	359
2. Beschäftigungspolitik	361
a. Nachfrageorientierte Beschäftigungspolitik	362
(1) Darstellung	362
(2) Beurteilung	365
b. Angebotsorientierte Beschäftigungspolitik	368
(1) Lohnsenkung	368
(2) Kapitalbildung	369
(3) Wettbewerb	370
(4) Beurteilung	370
c. Verringerung des Arbeitsangebots	371
IV. Zusammenfassung	372
13. Kapitel: Makroökonomische Lehrmeinungen	374
I. Klassik	374
II. Neoklassik	376
III. Keynesianismus	377
IV. Monetarismus	381
V. Neue keynesianische Makroökonomik	383
VI. Post-Keynesianismus	386
VII. Neue klassische Makroökonomik	388
VIII. Zusammenfassung	389
14. Kapitel: Geld und Kredit	391
I. Verwendung von Geld	391
1. Funktionen von Geld	391
2. Geldmengendefinitionen	392
II. Geldnachfrage	394
1. Determinanten der Geldhaltung	394

a. Transaktionsmotiv	394
b. Vorsichtsmotiv	396
c. Spekulationsmotiv	397
d. Inflationsrate	398
2. Geldnachfragefunktionen	398
3. Klassische, keynesianische und monetaristische Geldnachfragefunktionen – Ein Vergleich	403
<i>III. Geldangebot</i>	405
1. Geldmengen im Bilanzzusammenhang	405
2. Theorie des Geldangebots	407
a. Geldschöpfung	407
b. Geldschöpfungsmultiplikator und Geldangebotsfunktion	409
c. Kreditmarkttheorie des Geldangebots	413
<i>IV. Gleichgewicht am Geldmarkt</i>	416
<i>V. Geldpolitik in der Europäischen Währungsunion</i>	418
1. Die Bilanz des Eurosystems	418
2. Das geldpolitische Instrumentarium	419
a. Offenmarktpolitik	420
b. Ständige Fazilitäten	421
c. Mindestreservpolitik	421
3. Zwei-Säulen-Strategie und Geldmengenpolitik	421
4. Pro und Contra der Geldmengenpolitik	424
<i>VI. Zusammenfassung</i>	426
15. Kapitel: Inflation	429
<i>I. Inflationstheorien</i>	429
1. Quantitätstheorie	429
a. Darstellung	429
b. Kritik	431
2. Keynesianische Inflationstheorien	432
a. Die Höhe des Preisniveaus	432
b. Nichtmonetäre Nachfrageinflation	433
c. Kosteninflation	433
d. Kritik	434
3. PHILLIPS-Kurven-Theorie	434
4. Das monetaristische Inflations-Modell als Synthese	439
<i>II. Inflationswirkungen</i>	443
1. Konjunkturelle Effekte	443
2. Umverteilungseffekte	443
3. Allokations- und Wachstumseffekte	444
<i>III. Zusammenfassung</i>	445
16. Kapitel: Das Problem der Staatsverschuldung	447
<i>I. Entwicklung und Stand der Staatsverschuldung</i>	447
1. Staatsdefizit	447
2. Staatsverschuldung	448
3. Defizitquote	448

4. Verschuldungsquote	449
5. Zinsen und Zinsquote	450
<i>II. Ursachen der Staatsverschuldung</i>	450
1. Trend	450
2. Zyklus	451
<i>III. Finanzierung von Staatsdefiziten</i>	451
1. Finanzierungsrechnung	451
2. Geldmengenfinanzierung und Kapitalmarktfinanzierung	452
<i>IV. Pro und Contra der Staatsverschuldung</i>	456
1. Kurzfristige Effekte	456
2. Langfristige Effekte	456
a. Geldmengenfinanzierung, Inflation und Kapitalauszehrung	457
b. Kapitalmarktfinanzierung und Verdrängungseffekte	457
(1) Transaktions-crowding-out im IS-LM-Modell	457
(2) Vermögenseffekte	458
(3) Unvollkommene Kapitalmärkte und Portfolio-crowding-out ..	458
c. Sind Staatsschuldtitel Vermögen? – Das RICARDO-BARRO-Äquivalenztheorem	460
d. Die Last der Staatsschuld	461
<i>V. Zusammenfassung</i>	462
17. Kapitel: Konjunktur	464
<i>I. Konjunkturschwankungen – Der Befund</i>	464
<i>II. Konjunkturtheorien – Die Diagnose</i>	469
1. Das SAY'sche Theorem	469
2. Ältere Konjunkturerklärungen	470
a. Nichtmonetäre Überinvestitionstheorien	470
b. Unterkonsumtionstheorien	471
c. Monetäre Theorien	472
d. SCHUMPETERsche Konjunkturtheorie	472
3. Modelltheoretische Konjunkturerklärungen	473
a. Multiplikator-Akzelerator-Modelle	473
b. Exogene Schocks oder inhärente Instabilität? – Zur Frage der Stabilität des Marktsystems	476
c. Konjunktur und Kapitalbildung – Ein Anwendungsbeispiel aus der Chaos-Theorie	478
d. Konjunktur und Verteilung – Ein Anwendungsbeispiel für den Raubtier-Beutetier-Fall aus der Ökologie	481
e. Konjunktur und Inflation – Konjunkturtheoretische Aspekte der Neuen klassischen Makroökonomik	484
f. Konjunktur und Mengenrationierung – Konjunkturtheoretische Aspekte der Neuen keynesianischen Makroökonomik	487
<i>III. Konjunkturpolitik – Die Therapie</i>	488
1. Antizyklische Nachfragesteuerung – Die keynesianische Position	488
2. Angebotspolitik und Verstetigungsstrategie – Die neoklassisch-monetaristische Position	490
3. Beurteilung der unterschiedlichen konjunkturpolitischen Ansätze ...	492

<i>IV. Zusammenfassung</i>	494
18. Kapitel: Wachstum	496
<i>I. Messung des Wirtschaftswachstums</i>	496
1. Produktion	496
2. Produktion pro Kopf	497
3. Produktionspotential	498
<i>II. Determinanten des Wachstums – Definitorische Zusammenhänge</i> ...	499
<i>III. Wachstum und Arbeitsmarktentwicklung</i>	500
<i>IV. Wachstumstheorie</i>	505
1. Postkeynesianische Wachstumstheorie	505
2. Neoklassische Wachstumstheorie	507
3. Wachstum und technischer Fortschritt	513
<i>V. Wachstums- und Strukturpolitik</i>	515
<i>VI. Wachstum und Wohlstand</i>	518
1. Argumente für Wirtschaftswachstum	518
2. Einwände gegen das Wachstumsziel	518
a. Mängel der Indikatoren	518
b. Grenzen des Wachstums?	519
<i>VII. Zusammenfassung</i>	524
19. Kapitel: Einkommensverteilung	526
<i>I. Messung der Einkommensverteilung</i>	526
1. Arten der Einkommensverteilung	526
2. Funktionelle Einkommensverteilung	527
a. Volkseinkommen nach der Verteilungsseite	527
b. Kennziffern	528
3. Personelle Einkommensverteilung	533
a. LORENZ-Kurve und staatliche Umverteilung	533
b. Entwicklung der Einkommensschichtung im Zeitverlauf	536
<i>II. Verteilungstheorien</i>	538
1. Grenzproduktivitätstheorie	538
2. Produktivitätsorientierter Ansatz, Lohnpolitik und Zielkonflikte ...	541
3. Kreislauftheoretischer Ansatz	543
4. Machttheoretischer Ansatz	544
<i>III. Zusammenfassung</i>	545
4. Teil: Außenwirtschaft	547
20. Kapitel: Internationaler Handel	548
<i>I. Welthandel und Außenhandelsverflechtung der Bundesrepublik Deutschland</i>	548
1. Entwicklung und Struktur des Welthandels	548
2. Außenhandelsverflechtung der Bundesrepublik Deutschland	552

<i>II. Ursachen und Bedingungen des internationalen Handels</i>	555
1. Überblick	555
2. Theorie der komparativen Kostenunterschiede	556
a. Unterschiedliche Arbeitsproduktivität	556
b. Unterschiedliche Faktorausstattung	558
(1) Faktorproportionentheorie	558
(2) LEONTIEF-Paradoxon	561
c. Ausblick	562
3. Realaustauschverhältnisse	563
<i>III. Internationale Handelspolitik</i>	566
1. Freihandel oder Protektionismus?	566
2. Ökonomische Effekte von Importzöllen	567
3. Optimalzoll, Handelskriege und der Nutzen internationaler Kooperation	568
<i>IV. Zusammenfassung</i>	571
21. Kapitel: Zahlungsbilanz und Zahlungsbilanzausgleich	573
<i>I. Zahlungsbilanz</i>	573
<i>II. Zahlungsbilanz und inländischer Wirtschaftskreislauf</i>	576
<i>III. Zahlungsbilanzgleichgewicht als Ziel der Wirtschaftspolitik</i>	577
<i>IV. Zahlungsbilanzausgleich</i>	578
1. Devisenmarkt, Wechselkursmechanismus und das System flexibler Wechselkurse	578
2. Geldmengen-Preismechanismus und das System fester Wechselkurse	583
3. Direkter internationaler Preiszusammenhang, Kaufkraftparität und realer Wechselkurs	585
4. Einkommensmechanismus	587
5. Einkommen-Absorption-Ansatz	590
6. Monetärer Ansatz der Zahlungsbilanztheorie	591
7. Resümee – Determinanten der Zahlungsbilanz	593
<i>V. Zusammenfassung</i>	595
22. Kapitel: Makroökonomik der offenen Volkswirtschaft	597
<i>I. Die Wirtschaft bei festen Wechselkursen</i>	597
1. Zahlungsbilanz, Zins und Sozialprodukt	597
2. Geld- und Fiskalpolitik bei konstantem Preisniveau	599
a. Internes und externes Gleichgewicht und zahlungsbilanzorientierte Geldpolitik	599
b. Zuordnungsproblem und Policy-Mix	601
3. Geld- und Fiskalpolitik bei Preisniveaue Anpassung	603
a. Zahlungsbilanz, Preisniveau und Sozialprodukt	603
b. Geld- und Fiskalpolitik	604
(1) Klassischer Anpassungsmechanismus	605
(2) Zahlungsbilanzorientierte Geldpolitik	606
(3) Expansive Fiskalpolitik und stabilitätsorientierte Geldpolitik ..	606
(4) Expansive Geld- und Fiskalpolitik	607
(5) Resümee	607

c. Wechselkurspolitik	607
<i>II. Die Wirtschaft bei flexiblen Wechselkursen</i>	<i>609</i>
1. Geld- und Fiskalpolitik bei konstantem Preisniveau	609
2. Wechselkurserwartungen und überschießende Wechselkursreaktion ..	612
a. Zinsparität-Theorie	612
b. Kaufkraftparität-Theorie	614
c. Überschießende Wechselkursreaktion	616
3. Geld- und Fiskalpolitik bei Preisniveaue Anpassung	618
<i>III. Zusammenfassung</i>	<i>621</i>
 23. Kapitel: Wechselkursentwicklung und internationale	
 Währungspolitik	623
<i>I. Der Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems und die</i>	
<i> Problematik von Wechselkursschwankungen</i>	<i>623</i>
<i>II. Determinanten der Wechselkursentwicklung</i>	<i>626</i>
1. Keynesianische Leistungsbilanztheorie des Wechselkurses	626
2. Kaufkraftparität-Theorie mit handelsfähigen und nichthandelsfähigen	
Gütern	627
3. Monetärer Ansatz bei flexiblen Preisen	628
4. Monetärer Ansatz bei rigiden Preisen	630
5. Portfolio-Ansatz und Risikoprämien	631
6. Effiziente Devisenmärkte, unvollständige Voraussicht und die	
Bedeutung unerwarteter Ereignisse	633
7. Resümee	634
<i>III. Währungsintegration und Währungskooperation</i>	<i>634</i>
1. Arten, Ziele, Vor- und Nachteile einer währungspolitischen	
Zusammenarbeit	634
2. Theorie des optimalen Währungsgebiets	636
a. Faktormobilität	636
b. Offenheitsgrad	637
c. Diversifizierungsgrad	637
d. Reale Wechselkursvariabilität	637
3. Strategien der Währungsintegration	638
a. Kartellstrategie	638
b. Leitwährungsstrategie	639
c. Konkurrenzstrategie	639
d. Resümee	640
4. Die Europäische Währungsunion	641
5. Zum Problem einer internationalen Währungskooperation	644
a. Globalisierung und das Trilemma der Währungspolitik	644
b. Vorschläge zur Stabilisierung der internationalen Finanzmärkte ..	647
(1) Koordinierte Steuerung der Weltgeldmenge	647
(2) Wechselkurszielzonen	648
(3) TOBIN-Steuer	649
(4) Zur Diskussion um eine „Neue internationale Finanz-	
architektur“	649
<i>IV. Zusammenfassung</i>	<i>651</i>

Literaturverzeichnis	655
Symbolverzeichnis	667
Abbildungsverzeichnis	671
Kontenverzeichnis	675
Schaubilderverzeichnis	676
Tabellenverzeichnis	677
Stichwortverzeichnis	679

1. Teil:

Einführung

In Deutschland wurden 2003 von ca. 38,3 Mio Erwerbstätigen für ca. 2.130 Mrd EUR Güter hergestellt (ohne Vorleistungen). Wozu dient diese Produktion? Wer bestimmt, wie diese Güter produziert werden? Wer entscheidet darüber, welche Güter produziert werden? Wer bezieht die Einkommen, die aus dieser Produktion fließen? Wie werden die zahllosen einzelwirtschaftlichen Entscheidungen koordiniert? Welche Rolle spielt das Geld im Wirtschaftskreislauf? Was bedeuten Konjunkturschwankungen für den einzelnen Arbeitnehmer, Unternehmer und Sparer? Mit diesen Fragen sind einige typische **ökonomische Grundprobleme** angesprochen, die sich in jeder Gesellschaft stellen. In jeder Gesellschaft – wie diese auch immer konkret organisiert sein mag – muß in irgendeiner Weise auf diese Fragen eine Antwort gefunden werden. Wir wählen diese ökonomischen Grundprobleme im 1. Kapitel als Ausgangspunkt für unsere Überlegungen.

Im 2. Kapitel werden die beiden **Wirtschaftssysteme** Freie Marktwirtschaft einerseits und Zentralplanwirtschaft andererseits behandelt. Diese beiden Wirtschaftssysteme sind zwei konkurrierende Extremformen zur Lösung der im 1. Kapitel skizzierten ökonomischen Grundprobleme.

Im 3. Kapitel werden die Grundzüge der **Wirtschaftspolitik** behandelt. Wir beschäftigen uns mit der Rolle des Staates in der Marktwirtschaft, speziell in der **Sozialen Marktwirtschaft** Deutschlands. Dieses Kapitel ist gleichzeitig ein Überblick über die Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland.

1. Kapitel: Ökonomische Grundprobleme jeder Gesellschaft

I. Knappheit

Die Wirtschaftswissenschaft ist die Lehre vom Umgang mit der **Knappheit**. Mit dieser – mit Absicht knapp gehaltenen – **Definition** dürfte sich wahrscheinlich die Mehrheit der Ökonomen im Grundsatz einverstanden erklären können. Der Begriff der Knappheit soll hierbei eine Grunderfahrung menschlicher Existenz beschreiben. Dieser Grundtatbestand ist, daß es in der Welt, in der wir leben, unmöglich ist, alle unsere **Bedürfnisse** zu befriedigen. Zwischen dem, was wir wollen, und dem, was machbar ist, herrscht regelmäßig eine unüberbrückbare Diskrepanz.

Zahllose **Beispiele** der alltäglichen Erfahrung belegen diese Aussage. Nicht jeder kann das studieren, was er möchte. Studienplätze sind knapp. Nicht jeder, der gerne so reich wäre, daß er nicht zu arbeiten bräuchte, wird das hierzu notwendige Vermögen jemals in seinem Leben besitzen. Vermögen ist knapp. Nicht jeder, der keine Steuern zahlen möchte, bleibt vom Zugriff der Finanzämter verschont. Finanzmittel sind knapp. Nicht jeder, der arbeiten will, findet auch einen Arbeitsplatz. Arbeitsplätze sind knapp. Nicht jeder, der sich ein Haus oder eine Wohnung wünscht, kann diesen Wunsch realisieren. Wohnraum ist knapp. Nicht jeder, der Hunger hat, kann sich satt essen. Nahrungsmittel sind knapp. Nicht jeder, der friert, kann sich ausreichend kleiden. Kleidung ist knapp. Nicht jeder, der in einer unverbrauchten Natur leben möchte, bleibt von der Umweltverschmutzung verschont. Saubere Umwelt ist knapp. Nicht jeder, der nach seinen Vorstellungen unbehelligt von den Nachbarn leben möchte, kann dies tun. Frieden ist knapp.

Die Liste solcher Beispiele ließe sich beliebig fortsetzen. Das gemeinsame Merkmal der Beispiele ist, daß die Menge der vorhandenen **Güter**, die zur **Bedürfnisbefriedigung** zur Verfügung stehen, nicht ausreicht, alle Bedürfnisse zu befriedigen, die auf den **Verbrauch** dieser Güter gerichtet sind. Dieser Zustand der **Knappheit** kann somit formal wie folgt charakterisiert werden:

Knappheit: $\text{Bedürfnisse} > \text{Gütermenge}$.

Bei dieser Betrachtungsweise werden die **Bedürfnisse als vorgegeben** betrachtet. Dem Ökonomen geht es nicht darum, die Bedürfnisse von Menschen unter moralisch-ethischen Aspekten zu begrüßen oder zu verwerfen. Es geht nicht darum, das Bedürfnis nach Alkoholgenuß z.B. niedriger einzustufen als das Bedürfnis, arbeiten zu wollen. Es wird einfach der unstrittige Tatbestand der Knappheit zunächst einmal lediglich diagnostiziert.

Die Mittel zur Bedürfnisbefriedigung werden als **Güter** bezeichnet. Die Güter können hinsichtlich der Struktur der Güterproduktion in **Waren** und **Dienstleistungen** unterschieden werden (Abbildung 1.1).

Die Tatsache, daß es überall auf der Welt Knappheit gibt, darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß es auch Güter gibt, die nicht knapp sind. Unter

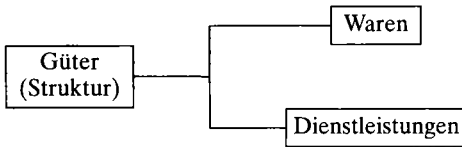


Abb. 1.1 Güterklassifikation nach der Struktur

normalen Umständen ist z.B. die Luft ein solches Gut. Die Luft ist zweifellos ein Gut, da der Verbrauch der Luft das Bedürfnis befriedigt, atmen zu wollen. Unter normalen Umständen ist aber genügend Luft vorhanden, um alle diese Bedürfnisse zu befriedigen. Ein solches Gut wird als **freies Gut** bezeichnet. Demgegenüber werden die nicht in ausreichender Menge vorhandenen Güter als **knappe, oder auch wirtschaftliche Güter bezeichnet** (Abbildung 1.2).

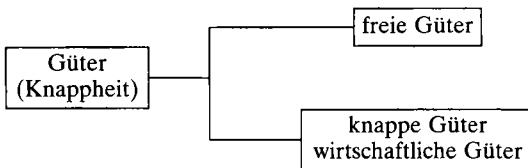


Abb. 1.2 Güterklassifikation nach der Knappheit

Eine Welt, in der es nur freie Güter gibt, ist vergleichbar mit dem **Schlaraffenland**, oder auch – um zur Verdeutlichung andere Vergleiche heranzuziehen – mit dem **Paradies** der christlichen Lehre, oder der **kommunistischen Gesellschaft** von KARL MARX. Der Mensch ist befreit von dem Zwang, wirtschaften zu müssen. Der Ökonom ist in einer solchen Welt überflüssig, er ist gewissermaßen arbeitslos. Die Beschäftigung mit ökonomischen Fragestellungen ist hier nicht notwendig. Eine solche Welt ist zwar denkbar, jedoch ist diese Vorstellung völlig **unrealistisch**. In der Realität sind die Menschen gezwungen, mit der Knappheit umzugehen. Es muß gewirtschaftet werden.

II. Produktion

Eine Möglichkeit des Umgangs mit der Knappheit ist die Tätigkeit der **Produktion**. Die Gütermenge wird hierbei erhöht, um die Knappheit abzumildern. Im Prinzip ist es natürlich auch möglich, durch eine Verringerung der Bedürfnisse die Knappheit abzumildern („Werdet bescheiden“). Dies ist jedoch nicht die Methode, mit der sich die Ökonomie beschäftigt. Der Ökonom nimmt die Bedürfnisse der Menschen als gegeben hin und versucht, durch Produktion die Gütermenge zu steigern.

Es wurde bereits erwähnt, daß **Güter** nach **Waren** und **Dienstleistungen** unterschieden werden können. Folglich stellen nicht nur technische Vorgänge der Herstellung von Waren Produktion dar, sondern zur Produktion zählt auch die Bereitstellung von **Dienstleistungen** durch die Branchen Handel, Verkehr, Ban-

ken, Versicherungen usw. Die von diesen Sektoren bereitgestellten **Dienstleistungen** tragen nicht unwesentlich zur Bedürfnisbefriedigung bei und zählen somit uneingeschränkt zur **Produktion**.

Die Produktion entsteht durch den Einsatz von **Produktionsfaktoren**. Eine verbreitete Klassifikation der Produktionsfaktoren ist die Gliederung in **Arbeit, Kapital und technisches Wissen**.

Der Faktor **Arbeit** ist die menschliche Arbeit, die im Produktionsprozeß eingesetzt wird, und ohne die eine Produktion nicht möglich ist. Hierunter sind sowohl manuelle, als auch geistige Tätigkeiten in der Produktion zu verstehen. Der Umfang der eingesetzten Arbeitsmenge wird üblicherweise in Erwerbstätigenstunden gezählt.

Ein zweiter Produktionsfaktor ist das **Kapital**. Hierunter ist in diesem Zusammenhang **Sachkapital (Realkapital)** zu verstehen und nicht Geldkapital. Eine Produktion ist nur dadurch möglich, daß (neben Arbeit) Maschinen, Fabriken usw. zum Einsatz kommen. Die bloße Bereitstellung von Geld schafft noch keine Produktion. In einer Gesellschaft, in der die Menschen lediglich mit Geld ausgestattet werden, und in der diese Menschen im übrigen nicht arbeiten und kein Sachkapital einsetzen, wird keine Produktion geschaffen. Zu dem Produktionsfaktor Kapital wird daher sinnvollerweise nur das Sachkapital gezählt. Die Menge des eingesetzten Kapitals wird durch den Geldwert des Realkapitals gemessen. Hierbei sind die Zahlen **real** zu berechnen, d.h. die sich im Zeitverlauf ergebenden Preissteigerungen müssen aus den nominalen Werten herausgerechnet werden. Der **Boden und die sonstigen natürlichen Ressourcen** werden natürlich auch im Produktionsprozeß eingesetzt und tragen zur Produktion bei. Teilweise werden diese Faktoren als eigenständiger Produktionsfaktor Boden klassifiziert. Man kann jedoch auch diese Faktoren mit unter dem entsprechend weit definierten Kapitalbegriff subsumieren.

Schließlich wird das sog. **technische Wissen** als eigenständiger dritter Produktionsfaktor behandelt. Hierdurch soll zum Ausdruck gebracht werden, daß es zur Erstellung einer Produktion nicht genügt, Arbeit und Kapital zur Verfügung zu haben und einfach einzusetzen. Vielmehr müssen diese Faktoren auch möglichst geschickt miteinander kombiniert werden, was ein entsprechendes Wissen voraussetzt. Anders ausgedrückt: Es ist durchaus möglich und kommt auch häufig vor, daß die Produktion in einer Gesellschaft erbärmlich niedrig ist, obwohl die Mitglieder dieser Gesellschaft viel arbeiten und viel und gutes Kapital einsetzen. Der Grund für die niedrige Produktion ist einfach der, daß diese Gesellschaft nicht über das notwendige Wissen verfügt, wie die Faktoren Arbeit und Kapital am besten einzusetzen sind. Diesem Produktionsfaktor technisches Wissen kommt eine ganz **erhebliche Bedeutung** zu, wie in den folgenden Erläuterungen noch an zahlreichen Stellen deutlich wird.

Zur Verdeutlichung der **Produktionsverhältnisse in Deutschland** ist in der Tabelle 1.1 die Entwicklung der Produktion und der Produktionsfaktoren von 1970 bis 1998 angegeben.

In Tabelle 1.1 ist die Produktion gemessen am realen Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Mrd EUR (in Preisen von 1995), der Arbeitseinsatz ist gemessen in Mrd Stunden und der Kapitaleinsatz ist gemessen am realen Kapitalstock in Mrd EUR (in Preisen von 1991). Die Messung des technischen Wissens stellt ein besonderes Problem dar. Als Indikator für das technische Wissen ist in Tabelle 1.1 die **Gesamtfaktorproduktivität** verwendet worden. Diese Gesamtfak-

Tab. 1.1 Produktion und Produktionsfaktoren (bis 1990 Westdeutschland)

Jahr	Produktion BIP, Mrd EUR (Preise 1995)	Arbeit Mrd Std.	Kapital Mrd EUR (Preise 1991)	Produktivität
1970	897,0	52,1	3.216,7	5,0
1975	1.002,8	47,1	4.078,5	5,6
1980	1.178,7	47,6	4.826,3	6,2
1985	1.249,3	45,7	5.552,8	6,5
1990	1.479,6	47,4	6.262,1	7,2
1998	1.876,4	56,0	8.442,0	7,4
Durchschnitt	Jährl. Veränderung %			
1970-1974	+ 2,3	- 2,0	+ 4,9	+ 2,2
1975-1979	+ 3,3	+ 0,2	+ 3,4	+ 2,1
1980-1984	+ 1,2	- 0,8	+ 2,8	+ 0,9
1985-1989	+ 3,5	+ 0,8	+ 2,4	+ 2,2
1991-1998	+ 1,3	- 0,6	+ 3,7	+ 0,6

Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

torproduktivität ist mit Hilfe einer **Produktionsfunktion** der Form $Y = A \cdot N^{0,7} \cdot K^{0,3}$ berechnet worden. Y steht für die Produktion. Die Produktionsfaktoren Arbeit N und Kapital K sind multiplikativ miteinander verknüpft und tragen Hochzahlen, die jeweils kleiner als 1 sind und sich zu 1 addieren. Produktionsfunktionen dieses sog. COBB-DOUGLAS-Typs sind empirisch recht gut abgesichert. Wir werden Produktionsfunktionen dieses Typs in den folgenden Abschnitten noch öfter verwenden. Der Faktor A ist die Gesamtfaktorproduktivität. Eine **Produktivität** ist allgemein das Verhältnis aus Produktion und Faktoreinsatz. Die Größe A entspricht der Produktion Y geteilt durch das Produkt $N^{0,7} \cdot K^{0,3}$ und heißt daher Gesamtfaktorproduktivität. Diese Größe ist ein Indikator für den eigenständigen Produktionsfaktor technisches Wissen. Denn die Produktionsfunktion macht deutlich, dass die Produktion Y auch bei konstantem Arbeits- und Kapitaleinsatz wachsen kann, wenn A sich im Zeitablauf erhöht. Hierin kommt der technische Fortschritt in Form einer Verbesserung des technischen Wissens zum Ausdruck.

Die Daten in Tabelle 1.1 machen zunächst einmal deutlich, dass ein Produktionswachstum durchaus auch bei verringertem Arbeitseinsatz möglich ist. So stieg z. B. im Zeitraum 1970 bis 1975 die Produktion um knapp 12% an, während der Arbeitseinsatz um knapp 10% verringert wurde. Dies war offensichtlich dadurch möglich, dass der Produktionsfaktor Kapital um knapp 27% gesteigert wurde und sich der Stand des technischen Wissens um 12% erhöhte.

Bemerkenswert ist darüber hinaus die Entwicklung der jahresdurchschnittlichen Veränderungen. Insbesondere in der ersten Hälfte der 80er Jahre sinkt der Produktivitätsfortschritt deutlich. Zusammen mit sinkendem Arbeitseinsatz und sinkender Wachstumsrate des Kapitalstocks geht das Produktionswachstum zurück auf durchschnittlich 1,2%. In der zweiten Hälfte der 80er Jahre steigt die Wachstumsrate des BIP wieder an, obwohl die Zuwachsrate des Kapitalstocks weiter sinkt. Dies ist Folge eines wieder ansteigenden Arbeitseinsatzes und einer starken Zunahme des technischen Fortschrittes. Nach der Wiedervereinigung sinkt der Produktivitätsfortschritt auf nur noch 0,6% pro Jahr. Im Ergeb-

nis geht das Produktionswachstum bei sinkendem Arbeitseinsatz trotz deutlich steigender Kapitalbildung auf 1,3% zurück.

Zusammenfassend können wir also feststellen, dass die Produktion positiv abhängt von den Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und technisches Wissen. Diesen Sachverhalt drückt man durch eine **Produktionsfunktion** aus. Ist Y die Produktion, N der Arbeitseinsatz, K der Kapitaleinsatz und W das technische Wissen, dann lautet eine Produktionsfunktion in allgemeiner Form:

$$Y = Y(N, K, W), \quad \delta Y / \delta N, K, W > 0.$$

Eine häufig verwendete Kennzahl zur Kurz-Charakterisierung der Produktionsverhältnisse in einem Land oder einer Region ist die **Arbeitsproduktivität**. Zur Berechnung der Arbeitsproduktivität wird die Produktion durch den Einsatz des einen Produktionsfaktors Arbeit dividiert. Die Arbeitsproduktivität, abgekürzt z. B. mit α , ist also der Quotient $\alpha = (Y/N)$. Für die alten Bundesländer Deutschlands ergibt sich z.B. für 1990 für die Arbeitsproduktivität ein Wert von 85.734 DM je Erwerbstätigen und Jahr. Hierbei ist der Wert der gesamtwirtschaftlichen Produktion an Gütern im Jahre 1990 (2.428 Mrd DM) dividiert worden durch die Zahl der Erwerbstätigen (28,320 Mio). Man kann also sagen, daß 1990 in West-Deutschland jeder Erwerbstätige durchschnittlich für 85.734 DM Güter erzeugt hat. In den neuen Bundesländern dagegen beträgt die Arbeitsproduktivität 1990 27.924 DM je Erwerbstätigen (243,5 Mrd DM Produktion/8,720 Mio Erwerbstätige = 27.924 DM je Erwerbstätigen). Die Arbeitsproduktivität ist also in den alten Bundesländern 1990 ca. 3mal so hoch wie in den neuen Bundesländern. Hierdurch wird konzentriert in einer Zahl sehr deutlich, wie gewaltig sich die Produktionsbedingungen in einer Region verschlechtern können, wenn die Kapitalbildung vernachlässigt wird und das technische Wissen veraltet. Es dürfte unmittelbar einleuchten, daß sich aus dieser Diskrepanz in der Arbeitsproduktivität eine ganze Reihe schwerwiegender Probleme ergeben.

III. Wirtschaftliche Entscheidungen

Bei jeder Produktion von Gütern müssen eine Reihe **wirtschaftlicher Entscheidungen** getroffen werden. In keiner Wirtschaftsordnung ist eine Umgehung dieser Entscheidungen möglich.

Zunächst einmal muß entschieden werden, **was** produziert werden soll. Dies liegt daran, daß Knappheit nicht nur an Gütern herrscht, sondern auch an den Produktionsfaktoren zur Herstellung der Güter. Also muß irgendwie festgelegt werden, welche Güter mit den knappen Produktionsfaktoren hergestellt werden sollen. Denn es können ja nicht alle Güter hergestellt werden, die gewünscht werden. Die Frage, **was** produziert werden soll, wird als das Problem der **Produktionsstruktur** bezeichnet.

Zweitens muß entschieden werden, **wie** produziert werden soll. Es muß festgelegt werden, wieviel Produktionsfaktoren zur Herstellung welcher Güter unter Verwendung welcher technischer Verfahren eingesetzt werden sollen. Diese Frage bezeichnet man als das Problem der **Faktorallokation**.

Schließlich muß drittens entschieden werden, **wieviel Produktionsfaktoren** im Produktionsprozeß eingesetzt werden sollen. Es ist z.B. die Dauer der Wochenarbeitszeit zu klären, d.h. wieviel überhaupt gearbeitet werden soll. Diese Fragen betreffen das Problem der **Faktoreinsatzmengen**.

Diese 3 Probleme der Produktionsstruktur, der Faktorallokation und der Faktoreinsatzmengen sollen im folgenden unter Zuhilfenahme des Konzepts der **Transformationskurve** erläutert werden.

1. Produktionsstruktur

Wir stellen uns zur Vereinfachung eine Wirtschaft vor, in der nur 2 Güter produziert werden. Wenn nun von dem einen Gut eine bestimmte Menge produziert wird (x_1), dann ist – bei optimaler Entscheidung des Problems der Faktorallokation – nur noch eine bestimmte Produktionsmenge des anderen Gutes maximal möglich (x_2). Die Gütermengenkombination (x_1, x_2) liegt auf einer **Transformationskurve** (auch: **Produktionsmöglichkeitenkurve**), wie sie in Abbildung 1.3 dargestellt ist.

Die Transformationskurve gibt die Güterkombinationen an, die bei vorgegebenen Faktoreinsatzmengen (die Entscheidung über die Faktoreinsatzmengen ist getroffen) und einer optimalen Lösung des Problems der Faktorallokation möglich sind. Wenn die Faktorallokation suboptimal ist, dann landet die Volkswirtschaft gewissermaßen unterhalb ihrer Transformationskurve. Hierauf wird in der nächsten Ziffer eingegangen. Ist jedoch die Faktorallokation optimiert, dann sind mit bestimmten Faktoreinsatzmengen nur die Güterkombinationen auf der Transformationskurve möglich. Das heißt aber, daß ein Mehr von einem Gut mit einem Weniger des anderen Gutes „bezahlt“ werden muß. Man bezeichnet diesen Sachverhalt als **Alternativkosten (Opportunitätskosten)**, die die Mehr-Produktion eines Gutes verursacht. In Abbildung 1.3 kommt dies durch die negative Steigung der Transformationskurve zum Ausdruck. Außerdem ist die Transformationskurve konkav vom Ursprung dargestellt. Hierdurch soll zum Ausdruck gebracht werden, daß die **Alternativkosten** in der Produktion in der Regel **ansteigen**. In A hat die zuletzt produzierte Einheit des Gutes 1 Alter-

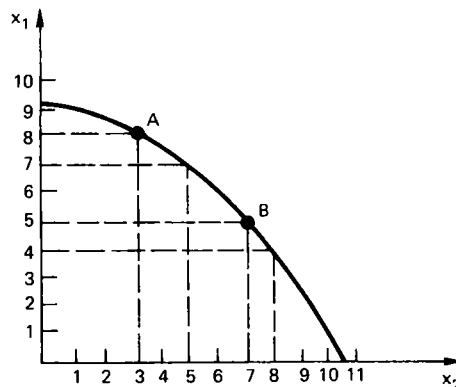


Abb. 1.3 Transformationskurve

nativkosten von 2 Einheiten des Gutes 2 verursacht, während in B die zuletzt produzierte Einheit des Gutes 1 Alternativkosten von (nur) 1 Einheit des Gutes 2 verursacht hat. Der allgemeine Sachverhalt ist der, daß auf um so mehr alternativ produzierbare Güter verzichtet werden muß, je mehr von einem Gut bereits produziert wird und diese Produktion nun noch weiter gesteigert werden soll.

Zur Demonstration dieser Zusammenhänge wird häufig auf das **Beispiel „Butter oder Kanonen“** verwiesen. Jedes Volk muß entscheiden, ob mit der Arbeit und dem Kapital, welche zur Verfügung stehen, mehr „Butter“ oder mehr „Kanonen“ hergestellt werden sollen. In Deutschland z.B. beträgt der Militärhaushalt 1990 ca. 60 Mrd DM bei einem BSP von ca. 2.700 Mrd DM. Man kann nun den Militärhaushalt als Indikator für x_2 wählen und das BSP als Indikator für $x_1 + x_2$. Dies bedeutet, daß Deutschland auf seiner nationalen Transformationskurve sehr weit oben links produziert. Denn der Anteil $60/2.700 = 2,2\%$ ist recht bescheiden. Das Volk ist außenpolitisch nicht angriffsflüchtig und in diesem Sinne eine friedliche Nation. Völker, die aus welchen Gründen auch immer einen höheren Quotienten realisieren, müssen dies jedenfalls mit einem Verzicht auf nicht-militärische Güterproduktion („Butter“) bezahlen.

2. Faktorallokation

Das Problem der Faktorallokation besteht darin, die knappen Produktionsfaktoren möglichst **effizient (wirtschaftlich)** einzusetzen. Es geht allgemein darum, mit einem gegebenen Aufwand an Produktionsfaktoren einen maximalen Ertrag an Gütern zu realisieren, oder – anders gewendet – eine gegebene Güterproduktion mit einem minimalen Aufwand an Produktionsfaktoren herzustellen. Diese allgemeine Regel wird als **ökonomisches Prinzip** bezeichnet. Die Realisierung dieses Prinzips ist eine außerordentlich komplexe und schwierige Aufgabe. Scheitert eine Volkswirtschaft an dieser Aufgabe, dann bedeutet dies, daß die Produktionsfaktoren ineffizient, d.h. unwirtschaftlich, eingesetzt werden. Das Volk wird, obwohl u.U. viel gearbeitet wird und reichlich Kapital zur Verfügung steht, mit weniger Gütern versorgt, als bei einer effizienten Nutzung der Produktionsfaktoren möglich wäre. Die Volkswirtschaft produziert unterhalb ihrer Transformationskurve. Es wäre bei einer **effizienten Nutzung** möglich, von **allen** Gütern **mehr** zu produzieren. Gelingt es dagegen, die Faktorallokation zu optimieren, dann produziert die Volkswirtschaft **auf** der Transformationskurve. Man sagt auch, daß dann die **produktionsorganisatorische Effizienz** gewährleistet ist.

Wegen seiner grundsätzlichen Bedeutung soll dieser Sachverhalt an einem **Zahlenbeispiel** verdeutlicht werden. Wir wollen annehmen, daß insgesamt 300 Einheiten Arbeit und 200 Einheiten Kapital zur Produktion der beiden Güter 1 und 2 zur Verfügung stehen. Die Produktionsfunktionen für die beiden Güterproduktionen sind vom sog. COBB-DOUGLAS-Typ. Dies sind Funktionen, in denen die Produktionsfaktoren multiplikativ verknüpft sind und Hochzahlen tragen, die jeweils kleiner als 1 sind. Produktionsfunktionen dieses Typs sind empirisch recht gut abgesichert. In Abbildung 1.4 ist das Faktorallokationsproblem für dieses Zahlenbeispiel dargestellt.

Obwohl das Beispiel mit nur 2 Güterproduktionen außerordentlich primitiv strukturiert ist, ist es bereits auf dieser Ebene nicht mehr ohne weiteres mög-

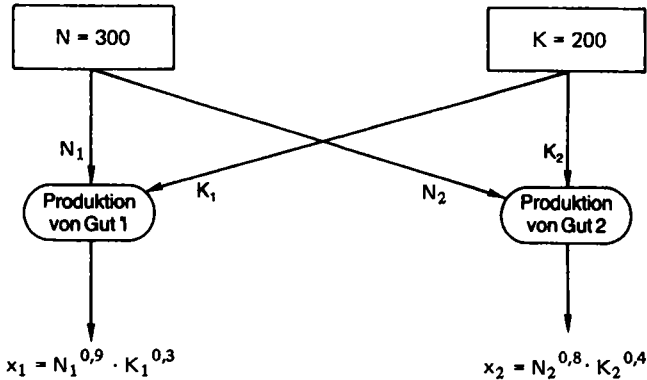


Abb. 1.4 Faktorallokationsproblem

lich, die Frage der Faktorallokation zu entscheiden. In welcher Weise sollen die zur Verfügung stehenden Faktormengen auf die beiden Produktionen verteilt werden? In Tabelle 1.2 sind 3 mögliche Allokationen berechnet.

Offensichtlich ist nur die Allokation Nr. 2 optimal. Bei den Allokationen Nr. 1 und 3 wird von **beiden** Gütern **weniger** produziert, d.h. die Wirtschaft produziert hier unter ihrer Transformationskurve. Es wird deutlich, daß in einer Wirtschaft im Vergleich zu einer zweiten Wirtschaft die Versorgung der Bevölkerung mit Gütern u.U. erbärmlich niedrig ausfallen kann, obwohl in beiden Wirtschaften gleich viel gearbeitet wird und gleich viel Kapital eingesetzt wird. Der Unterschied im Versorgungsniveau kommt einzig daher, daß es der zweitgenannten Wirtschaft besser gelingt, die optimale Faktorallokation zu finden.

Tab. 1.2 Effiziente und nicht-effiziente Allokationen

Allokation Nr.	N_1	K_1	x_1	N_2	K_2	x_2	N	K
1	260	30	414	40	170	149	300	200
2	180	100	426	120	100	291	300	200
3	120	180	353	180	20	211	300	200

3. Faktoreinsatzmengen

Bei dem Problem der Faktoreinsatzmengen geht es um die Frage, **wieviele Produktionsfaktoren** im Produktionsprozeß überhaupt eingesetzt werden sollen. Es muß z.B. über die Länge der Arbeitszeit entschieden werden. Je mehr Arbeit und je mehr Kapital im Produktionsprozeß eingesetzt werden, um so weiter rechts außen liegt die Transformationskurve. Allerdings kann auch bei Konstanz der Faktoreinsatzmengen die Transformationskurve auf ein höheres Niveau gelangen, wenn die Produktivität der Produktionsfaktoren steigt.

IV. Arbeitsteilung und Tausch

Arbeitsteilung bedeutet **Spezialisierung**. In einer arbeitsteiligen Wirtschaft findet die Produktion in spezialisierter Weise statt. Der einzelne Arbeiter und die einzelne Maschinenstunde werden jeweils nur in ganz bestimmten Tätigkeiten eingesetzt. Der Gegensatz zu einer **arbeitsteiligen Wirtschaft** ist die sog. **isolierte Hauswirtschaft**, in der jedes Mitglied alle Güter jeweils alleine selbst herstellt. Eine solche Organisationsform des Produktionsprozesses ist zwar vorstellbar, jedoch völlig unrealistisch. Alle existierenden Volkswirtschaften sind mehr oder weniger arbeitsteilig organisiert. Dies liegt daran, daß es durch den Übergang zur Arbeitsteilung regelmäßig möglich ist, die **Arbeitsproduktivität** und damit den Wohlstand des Volkes drastisch zu steigern. Dieser Sachverhalt ist in dem berühmten Stecknadelbeispiel von ADAM SMITH treffend und einprägsam geschildert (A. SMITH: Der Wohlstand der Nationen, Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen, London 1776, Übersetzung von H. RECKTENWALD, München 1974, S. 9f.):

„Wir wollen daher als Beispiel die Herstellung von Stecknadeln wählen, ein recht unscheinbares Gewerbe, das aber schon häufig zur Erklärung der Arbeitsteilung diene. Ein Arbeiter, der noch niemals Stecknadeln gemacht hat und auch nicht dazu angelernt ist (erst die Arbeitsteilung hat daraus ein selbständiges Gewerbe gemacht), so daß er auch mit den dazu eingesetzten Maschinen nicht vertraut ist (auch zu deren Erfindung hat die Arbeitsteilung vermutlich Anlaß gegeben), könnte, selbst wenn er sehr fleißig ist, täglich höchstens eine, sicherlich aber keine zwanzig Nadeln herstellen. Aber so, wie die Herstellung von Stecknadeln heute betrieben wird, ist sie nicht nur als Ganzes ein selbständiges Gewerbe. Sie zerfällt vielmehr in eine Reihe getrennter Arbeitsgänge, die zumeist zur fachlichen Spezialisierung geführt haben. Der eine Arbeiter zieht den Draht, der andere streckt ihn, ein dritter schneidet ihn, ein vierter spitzt ihn zu, ein fünfter schleift das obere Ende, damit der Kopf aufgesetzt werden kann. Auch die Herstellung des Kopfes erfordert zwei oder drei getrennte Arbeitsgänge. Das Ansetzen des Kopfes ist eine eigene Tätigkeit, ebenso das Weißglühen der Nadeln, ja selbst das Verpacken der Nadeln ist eine Arbeit für sich. Um eine Stecknadel anzufertigen, sind somit etwa 18 verschiedene Arbeitsgänge notwendig, die in einigen Fabriken jeweils verschiedene Arbeiter besorgen, während in anderen ein einzelner zwei oder drei davon ausführt. Ich selbst habe eine kleine Manufaktur dieser Art gesehen, in der nur 10 Leute beschäftigt waren, so daß einige von ihnen zwei oder drei solcher Arbeiten übernehmen mußten. Obwohl sie nun sehr arm und nur recht und schlecht mit dem nötigen Werkzeug ausgerüstet waren, konnten sie zusammen am Tage doch etwa 12 Pfd. Stecknadeln anfertigen. Rechnet man für ein Pfund über 4.000 Stecknadeln mittlerer Größe, so waren die 10 Arbeiter imstande, täglich etwa 48.000 Nadeln herzustellen, jeder also ungefähr 4.800 Stück. Hätten sie indes alle einzeln und unabhängig voneinander gearbeitet, noch dazu ohne besondere Ausbildung, so hätte der einzelne gewiß nicht einmal 20, vielleicht sogar keine einzige Nadel zustande gebracht. Mit anderen Worten, sie hätten mit Sicherheit nicht den zweihundertvierzigsten, vielleicht nicht einmal den vierhundertachtzigsten Teil von dem produziert, was sie nunmehr infolge einer sinnvollen Teilung und Verknüpfung der einzelnen Arbeitsgänge zu erzeugen imstande waren.“

Durch Arbeitsteilung ist es also möglich, die **Arbeitsproduktivität erheblich zu steigern**. Dies ist der entscheidende Vorteil der Arbeitsteilung. Allerdings bringt die Arbeitsteilung auf der anderen Seite auch gewisse Nachteile mit sich.

Erstens kann Arbeitsteilung zu **Entfremdung** führen. Damit ist gemeint, daß sich das einzelne Mitglied in einer hochgradig spezialisierten Wirtschaft u.U. als unbedeutendes Rädchen in einem undurchschaubaren Prozeß einer technisch und organisatorisch perfekten, im übrigen aber sinnentleerten Güterproduktion empfindet.

Zweitens führt Arbeitsteilung zu **Abhängigkeit**. Die Mitglieder einer arbeitsteilig organisierten Gemeinschaft müssen miteinander kommunizieren und können nicht unabhängig voneinander wirtschaften. Dies zeigt sich z.B. auch in internationalem Rahmen. Deutschland importiert zur Energieproduktion Rohöl. Dies bedeutet eine internationale Arbeitsteilung. Die deutsche Arbeitsproduktivität ist durch das vergleichsweise billige Energiepreisniveau höher, als sie es wäre, wenn die Energie autark aus heimischer Kohle hergestellt werden würde. Diesem Vorteil steht jedoch der Nachteil der Abhängigkeit vom Ausland gegenüber, aus welchem das Öl importiert wird. Diese mit der Arbeitsteilung notwendigerweise einhergehende Abhängigkeit kann allerdings auch als Vorteil gewertet werden. Denn wenn Abhängigkeiten existieren, dann kann dies zu mehr Kooperation und Kompromißbereitschaft führen, was als Vorteil eingeschätzt werden kann.

Eine weitere Konsequenz der Arbeitsteilung ist die Notwendigkeit von **Tausch**. Dies liegt daran, daß der einzelne mit dem in der Spezialisierung erstellten Produkt alleine nicht lebensfähig ist. Er ist auf Tauschbeziehungen angewiesen. Zur Verdeutlichung dieses Sachverhalts wird häufig auf folgendes Gleichnis verwiesen. In einer arbeitsteiligen Wirtschaft muß der frierende Bäcker mit dem hungrigen Schneider Brot gegen Tuch tauschen, um zu überleben. Allgemein bedeutet dies, daß die Arbeitsteilung über **unterschiedliche Produktionsstrukturen** zu Tausch führt.

Zu Tausch kommt es jedoch nicht nur infolge unterschiedlicher Produktionsstrukturen, sondern auch infolge **unterschiedlicher Bedürfnisstrukturen**. Stellen wir uns zwei Wirtschaftseinheiten vor, die über eine bestimmte Ausstattung mit Gütern verfügen, wobei die Frage der Produktion dieser Güter bei dieser Überlegung jetzt außer Betracht bleibt. Dann wäre es reiner Zufall, wenn die Güterausstattung genau den Bedürfnisstrukturen der beiden entsprechen würde. Regelmäßig besteht eine Diskrepanz zwischen dem, was man an Gütern hat (aus welchen Quellen auch immer), und dem, was man haben möchte. Also wird man versuchen, durch geeignete Tauschakte die Güterausstattung den Bedürfnisstrukturen anzupassen, um so das Wohlstandsniveau zu heben.

Die Wirtschaftseinheiten in einer Tauschwirtschaft werden in **Haushalte** und **Unternehmungen** unterschieden. In den Unternehmungen findet die **Produktion** statt, in den Haushalten der **Verbrauch**. Die Unternehmungen sind die Anbieter der produzierten **Güter**, und die Haushalte sind die **Nachfrager**. Dagegen bieten die Haushalte **Produktionsfaktoren** an, die die Unternehmungen nachfragen. Der Tausch kann nun in unterschiedlicher Weise abgewickelt werden. Eine Möglichkeit ist die **Naturaltauschwirtschaft**. Hier werden Güter direkt gegen Güter getauscht. Dies ist ein außerordentlich umständliches Verfahren. Als einzelner ist man darauf verwiesen, diejenige Wirtschaftseinheit zu finden, die genau das hat, was man selbst haben möchte, und genau das braucht, was man

selbst hat. In einer solchen Wirtschaft vergeuden die Menschen einen erheblichen Teil ihrer Zeit damit, sich die notwendigen Informationen für vorteilhafte Tauschakte zu beschaffen. Dementsprechend ist die Arbeitsproduktivität in einer solchen Wirtschaft sehr niedrig. Hier kann die Verwendung eines allgemein akzeptierten Tauschmittels Abhilfe schaffen. Ein solches **allgemein akzeptiertes Tauschmittel wird als Geld bezeichnet**, und die entsprechende Wirtschaft – im Gegensatz zur Naturaltauschwirtschaft – als **Geldwirtschaft**. Es wird dann nicht mehr Gut gegen Gut getauscht, sondern Gut gegen Geld und Geld gegen Gut. Der Kauf kann vom Verkauf getrennt werden. Dies bedeutet eine erhebliche Vereinfachung des Wirtschaftsverkehrs. Das Geld dient gewissermaßen als **Informationsträger**, der die zeitraubende Informationsbeschaffung über einen geeigneten Tauschpartner überflüssig macht. Insofern führt die Verwendung eines allgemeinen Tauschmittels als Geld auch zu einer **Steigerung der Arbeitsproduktivität**.

Das Geld wird also hierbei von seiner **Funktion** her definiert. Geld ist, was als Geld dient. Dies muß nicht unbedingt das in Form von Papierzeichen vom Staat emittierte gesetzliche Zahlungsmittel sein. Insbesondere dann, wenn das staatliche Papiergeld durch eine offene oder zurückgestaute Inflation wertinstabil wird, bedient sich der Wirtschaftsverkehr spontan alternativer Güter, die dann als allgemeines Tauschmittel und somit im eigentlichen Sinne als Geld benutzt werden. So hatte z.B. in der ehemaligen DDR die Mark der DDR nur beschränkt die Eigenschaft von Geld im Sinne eines allgemein akzeptierten Tauschmittels. Vielmehr wurde in weiten Bereichen des Wirtschaftsverkehrs die DM als Tauschmittel und somit im eigentlichen Sinne als Geld verwendet.

Eine zweite Funktion des Geldes ist es, als **Recheneinheit** zu dienen. In einer Geldwirtschaft werden die Preise aller Güter in Einheiten des einen Gutes Geld ausgedrückt. Auch dies bedeutet gegenüber dem Fall der Naturaltauschwirtschaft eine erhebliche Informationskostensparnis. Man stelle sich zur Verdeutlichung den Fall einer Wirtschaft mit nur 100 Gütern vor. Zwischen diesen nur 100 Gütern existieren bereits 4.950 Preise in Form von Austauschrelationen (ohne die Kehrwerte), die im Wirtschaftsverkehr beim Handel mitgeteilt werden müssen (die allgemeine Formel ist $(n^2 - n)/2$ für den Fall von n Gütern). Wird ein bestimmtes Gut, nämlich das Geld, als alleinige Recheneinheit verwendet, dann reduziert sich die Anzahl der Preise auf 99. Man sieht, auch durch die Verwendung als Recheneinheit führt Geld zu erheblichen Vorteilen gegenüber dem Fall der Naturaltauschwirtschaft.

Schließlich kann das Geld auch als **Wertaufbewahrungsmittel** dienen. Es ist häufig vorteilhaft, Vermögen in Geld anstatt in sonstigen Gütern anzulegen. Die Anlage in sonstigen Gütern ist nachteilig, weil diese z.B. im Preis stark schwanken, oder leicht verderblich sind, oder nur schwer veräußerbar sind, oder nur mit hohen Kosten lagerfähig sind usw.

All dies macht deutlich, daß die **Verwendung von Geld erheblichen Nutzen stiftet**. Die Frage, ob die Bereitstellung eines funktionsfähigen Geldwesens eine originäre **Aufgabe des Staates** ist, oder ob man die Herausbildung eines funktionsfähigen Geldwesens der Wirtschaft selbst überläßt, ist schwierig zu beantworten. Dieses äußerst komplexe Problem braucht hier nicht weiter vertieft zu werden. Es genügt, die Vorteile einer befriedigend funktionierenden Organisation des Geldwesens zu erkennen. Damit ist auch klar, daß der Staat, wenn er für das Geldwesen verantwortlich ist, der Wirtschaft erheblichen Schaden zufügt,

wenn er das staatliche Geld durch Inflation für den Wirtschaftsverkehr untauglich macht.

V. Probleme der arbeitsteiligen Wirtschaft

1. Lenkung und Koordinierung

In einer arbeitsteiligen Wirtschaft müssen die Pläne der verschiedenen Haushalte und Unternehmungen aufeinander abgestimmt werden. Wenn die Haushalte bestimmte Güter verbrauchen wollen, dann ist dies nur machbar, wenn von den Unternehmungen eine diesen Plänen entsprechende Produktion auch geplant wird. Analog sind die Pläne der Unternehmungen, z.B. eine bestimmte Arbeitsmenge im Produktionsprozeß einzusetzen, nur realisierbar, wenn von den Haushalten die Abgabe einer entsprechenden Arbeitsmenge geplant wird. Kurzum, die Pläne der Millionen und Abermillionen von Haushalten und Unternehmungen sind zu ihrer **Realisierung aufeinander angewiesen**. Eine arbeitsteilige Wirtschaft erfordert einen funktionierenden **Koordinationsmechanismus (Lenkungsmechanismus)**. Die Hervorbringung eines funktionsfähigen Koordinationsmechanismus ist sowohl eine außerordentlich komplizierte als auch eine außerordentlich bedeutsame Aufgabe für jedes Wirtschaftssystem. Gelingt die Lösung dieses Problems nur unbefriedigend, dann entsteht ein wirtschaftliches Chaos. Wie wir im nächsten Kapitel kennenlernen werden, sind die beiden grundsätzlichen Möglichkeiten zur Lösung dieser Aufgabe der **Markt** einerseits und der **Zentralplan** andererseits.

2. Verteilung

a. Verteilung, Diskriminierung und Knappheit

In einer arbeitsteiligen Wirtschaft muß ein **Verteilungsverfahren** festgelegt werden, nach dem die gemeinsam in spezialisierten Tätigkeiten erstellte gesamtwirtschaftliche Produktion verteilt werden soll. Die Frage ist, nach welchen Verfahren die knappen Güter unter den diese Güter begehrenden Wirtschaftseinheiten verteilt werden sollen. Nach welchen Verfahren sollen die knappen Nahrungsmittel, der knappe Wohnraum, die knappe Kleidung, die knappen Krankenhausplätze, die knappen Studienplätze, die knappen Arbeitsplätze, die knappen Autos, die knappe Energie usw. usw. verteilt werden? Fragen dieser Art sind in der Volkswirtschaftslehre Gegenstand der **Verteilungstheorie**. In den täglichen wirtschaftspolitischen Debatten werden Fragen dieser Art in der Regel außerordentlich emotional diskutiert. Aus ökonomischer Sicht sollte jedoch eines unstrittig sein. Ein **Verteilungs-Problem** existiert als Problem überhaupt nur dann, wenn **Knappheit** vorliegt. Wenn dagegen keine Knappheit herrscht, dann gibt es auch kein Verteilungs-Problem, da sich dann jeder nehmen kann, was und wieviel er will, ohne einem anderen etwas wegzunehmen, da alles im Überfluß vorhanden ist. Herrscht dagegen Knappheit, dann ist die Tatsache, daß jemandem knappe Güter nach irgendeinem Verteilungsverfahren zugeteilt werden, gleichbedeutend damit, daß irgendjemand anderem diese Güter vorenthal-

ten werden. Mit anderen Worten: **Bei Vorliegen von Knappheit ist die Frage nie, ob diskriminiert werden soll oder nicht, sondern die Frage ist stets nur, wer und wie diskriminiert wird.**

b. Verteilungsverfahren

Es gibt **zahllose verschiedene Verteilungsverfahren**, nach denen knappe Güter verteilt werden. Ein recht archaisches Verfahren ist z.B. die Gewalt. Das knappe Gut bekommt derjenige, der am brutalsten und hemmungslosesten Gewalt einsetzt. Gewisse Erscheinungen unserer Zivilisation (Kriege, Demonstrationen, Durchsetzung von Partikularinteressen unter Druck, Erpressung, Entführungen usw.) beweisen, daß dieses Verfahren auch heute weithin praktiziert wird. Andere Verfahren sind z.B. die Verteilung über den Preis (Marktmechanismus), Schlange stehen („Wer zuerst kommt, mahlt zuerst“), Notendurchschnitt (Vergabe von Studienplätzen), Zufall (Auslosung) usw.

Häufig wird das Problem der Verteilung mit **Gerechtigkeitsüberlegungen** irgendetwelcher Art verknüpft. Im folgenden werden die beiden Verfahren der **Bedarfsgerechtigkeit** und der **Leistungsgerechtigkeit** etwas ausführlicher dargestellt. Die Vorbemerkung sollte jedoch deutlich machen, daß diese beiden Verfahren **nur Beispiele** sind und die Liste möglicher Verteilungsverfahren damit in keiner Weise vollständig behandelt ist.

(1) Bedarfsgerechtigkeit

Das Verfahren der **Bedarfsgerechtigkeit** könnte bedeuten, jeden nach seinen Bedürfnissen bei der Verteilung der knappen Güter zu berücksichtigen. KARL MARX hat dieses Verfahren in seiner berühmten Forderung „Jeder nach seinen Fähigkeiten, **jedem nach seinen Bedürfnissen**“ angesprochen. Bei Vorliegen von Knappheit ist dies jedoch unmöglich. Denn Knappheit bedeutet ja gerade, daß nicht alle Bedürfnisse zu befriedigen sind. Also muß das Verfahren der Bedarfsgerechtigkeit anders interpretiert werden.

Eine mögliche andere Interpretation lautet „**Jedem das gleiche**“. Aber auch mit dieser Interpretation stößt man sehr schnell auf unüberwindliche Schwierigkeiten. Was soll „das gleiche“ konkret bedeuten? Soll dem Arbeiter am Hochofen die gleiche Menge an Nahrungsmitteln zugeteilt werden wie dem sterbenskrank an Krebs leidenden Säugling? Das Beispiel soll verdeutlichen, daß gerade in Extremsituationen das Verteilungsverfahren „Jedem das gleiche“ häufig nicht besonders sinnvoll erscheint.

Eine weitere mögliche Interpretation lautet „**Berücksichtigung besonderer Bedarfslagen**“. Hiernach wären z.B. Kranken, Bedürftigen usw. nach besonderen Vorschriften knappe Güter zuzuteilen. Das Problem bei dieser Interpretation besteht darin, die Kriterien zur Bestimmung „besonderer Bedarfslagen“ nicht zu weit festzulegen. Gewisse Auswüchse der Sozialgesetzgebung in Deutschland machen deutlich, zu welchen perversen Konsequenzen eine Überstrapazierung dieses Grundsatzes führen kann.

(2) Leistungsgerechtigkeit

Mit dem Verfahren der Bedarfsgerechtigkeit konkurriert insbesondere das Verfahren der **Leistungsgerechtigkeit**. Hiernach bekommt nur derjenige knappe Güter zugeteilt, der sich auch an der Produktion der Güter durch Leistung, d.h.

durch Einsatz von Arbeit und/oder Kapital beteiligt. Das Problem besteht hierbei allerdings darin, was als Leistung gelten soll und was nicht. Eine mögliche (nach verbreiteter Meinung die einzig sinnvolle) Vorgehensweise ist z.B., das als Leistung zu werten, was im Urteil anderer, d.h. derjenigen, die das produzierte Gut im Austausch begehren, Wert hat. Geht man mit dieser Ansicht konform, dann bedeutet dies eine Absage an alle Formen der egoistischen Selbstverwirklichung. Denn dann ist z.B. das von einem sich selbst verwirklichenden Künstler unter viel Zeit, Mühe und persönlichen Entbehrungen produzierte Theaterstück u.U. nichts wert, weil es niemand gegen Entgelt sehen will. Und andererseits stellt irgendeine, mit wenig Aufwand bereitgestellte Freizeitbeschäftigung, die zudem von Kulturkritikern als sinnlos abqualifiziert wird, eine wertvolle Leistung dar, wenn Menschen dafür bereit sind zu bezahlen.

Das Verfahren der Leistungsgerechtigkeit scheint dem Verfahren der Bedarfsgerechtigkeit aus **zwei Gründen überlegen** zu sein.

Erstens scheint das Verfahren der Leistungsgerechtigkeit den meisten Menschen, insbesondere wenn sie sich an der Produktion beteiligen, unter dem **Gerechtigkeitsaspekt** dem Verfahren der Bedarfsgerechtigkeit überlegen zu sein. Die Gerechtigkeit besteht darin, daß eine Ungleichbehandlung derjenigen, die sich durch Leistung an der Produktion beteiligen, vermieden wird.

Zweitens scheint das Verfahren der Leistungsgerechtigkeit unter dem **Produktionsaspekt** dem Verfahren der Bedarfsgerechtigkeit überlegen zu sein. Denn wenn nur derjenige knappe Güter erhält, der sich auch an der Produktion beteiligt, dann ist gesichert, daß überhaupt eine verteilbare Produktion entsteht. Was nutzt einem Volk ein ausgeklügeltes bedarfsgerechtes Verteilungsverfahren, wenn niemand den Sinn einer Leistung einsieht – weil eben die Verteilung nicht nach dem Leistungsgerechtigkeitsprinzip vorgenommen wird – und sich dementsprechend auch nicht durch Leistung an der Produktion beteiligt? Es entsteht mangels Leistung keine Produktion, und es gibt dementsprechend auch nichts zu verteilen.

c. Zurechnungsproblematik

Das Verteilungsverfahren der Leistungsgerechtigkeit ist also unter dem Gerechtigkeitsaspekt und insbesondere unter dem Produktionsaspekt dem Verfahren der Bedarfsgerechtigkeit vorzuziehen. Jedoch ist es auch mit Hilfe des Verfahrens der Leistungsgerechtigkeit nicht möglich, das sog. **Zurechnungsproblem** eindeutig zu lösen. Der Grundsatz der Leistungsgerechtigkeit erlaubt es lediglich, jemandem, der **mehr** leistet, auch **mehr** von der Produktion zuzuteilen. Es handelt sich um ein **Marginalprinzip**. Wenn jedoch in einer Totalanalyse entschieden werden soll, wieviel von der Produktion den verschiedenen Produktionsfaktoren **insgesamt** zugerechnet werden soll, dann ist auch auf der Basis des Leistungsgerechtigkeitsverfahrens **keine eindeutige Antwort möglich**. Dies kann mit Hilfe der folgenden Überlegung verdeutlicht werden. Nehmen wir an, an der Produktion sind die beiden Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital beteiligt. Nun kann z.B. völlig zutreffend argumentiert werden, daß der Einsatz von Kapital alleine unter Verzicht auf jeglichen Arbeitseinsatz praktisch keine Produktion erbringt („Wenn dein starker Arm es will, stehen alle Räder still“). Dies zeigt sich formal auch anhand der weiter oben im Zusammenhang mit dem Problem der Faktorallokation bereits erläuterten COBB-DOUGLAS-Produktionsfunktion (vgl. Ziffer III.2). Setzt man nämlich in dieser Produktions-

funktion $N = 0$, dann ergibt sich für die Produktion der Wert $Y = 0$. Aufgrund dieser durchaus zutreffenden Überlegung ist also die gesamte Produktion logischerweise dem Faktor Arbeit zuzurechnen, denn ohne ihn kommt ja keine Produktion zustande. Aber mit genau der gleichen Überlegung ergibt sich umgekehrt, daß die gesamte Produktion dem Faktor Kapital zuzurechnen ist. Denn wenn nur Arbeit im Produktionsprozeß eingesetzt wird, dann sinkt die Produktion – abgesehen von den mit bloßen Händen gesammelten Beeren, gepflückten Bananen, gefangenen Fischen usw. – praktisch auf Null. Also ist aufgrund dieser ebenfalls durchaus zutreffenden Überlegung die gesamte Produktion dem Faktor Kapital zuzurechnen. Die Logik solcher Zurechnungs-Überlegungen führt also zu dem unrealisierbaren Ergebnis, daß die Summe der den Produktionsfaktoren zuzurechnenden Produktionsanteile zusammen die verteilbare Produktion übersteigt.

Auch die durchaus zutreffende Feststellung, daß das **Kapital, die produzierten Produktionsmittel, letztlich durch Arbeit entstanden ist** und somit keinen Produktionsanteil bei der Verteilung zu beanspruchen habe, hilft nicht weiter. Dies kann mit Hilfe des berühmten Roscher'schen Fischerbeispiels verdeutlicht werden (zitiert nach E.v. BÖHM-BAWERK: Kapital und Kapitalzins, Erste Abteilung, Geschichte und Kritik der Kapitalzinstheorien, Jena 1921, S. 97f.):

„Denken wir uns ein Fischervolk ohne Privateigentum und Kapital, das nackt in Höhlen wohnt und sich von Seefischen ernährt, welche, bei der Ebbe in Uferlachen zurückgeblieben, mit bloßer Hand gefangen werden. Alle Arbeiter mögen hier gleich sein und jeder täglich 3 Fische sowohl fangen als verzehren. Nun beschränkt ein kluger Mann 100 Tage lang seinen Konsum auf 2 Fische täglich und benutzt den auf solche Art gesammelten Vorrat von 100 Fischen dazu, 50 Tage lang seine ganze Arbeitskraft auf Erstellung eines Bootes und Fischnetzes zu verwenden. Mit Hilfe dieses Kapitals fängt er fortan 30 Fische täglich.“

Der Kapitalbesitzer in diesem Beispiel kann nun einem Arbeiter vorschlagen, das Boot und das Netz gegen ein Entgelt von z.B. 24 Fischen pro Tag zu vermieten. Der Arbeiter wird diesem Vorschlag zustimmen, denn er hat nun mit 6 Fischen bei gleicher Arbeitsleistung ein höheres Einkommen als bisher. Der Kapitalbesitzer erhält nun fortan ohne jegliche Arbeit mit 24 Fischen 80% der Produktion von 30 Fischen, während der Arbeiter sich mit einem Lohn von lediglich 20% der Produktion von 30 Fischen begnügen muß. Diese Zurechnung der Produktion auf die beiden Produktionsfaktoren mag als ungerecht empfunden werden. Wird jedoch mit der Begründung, auch das Kapital sei letztlich durch Arbeit entstanden, der dem Kapital zurechenbare Produktionsanteil auf Null reduziert, dann ist zwar einer bestimmten Gerechtigkeitsvorstellung Genüge getan. Jedoch kommt es in der Gesellschaft zu ökonomisch äußerst nachteiligen Zuständen. Denn wenn der zur Kapitalbildung notwendige Konsumverzicht nicht entgolten wird, dann wird es über kurz oder lang zu keiner Kapitalbildung mehr kommen, und die Gesellschaft fällt in Armut und niedrige Arbeitsproduktivität zurück.

Das **Zurechnungsproblem ist allgemein nicht lösbar**. Darin liegt ein **Konfliktpotential**, das der in jedem Wirtschaftssystem notwendige Mechanismus für die Einkommensverteilung bewältigen muß.

3. Konjunkturschwankungen

In arbeitsteiligen Wirtschaften tritt regelmäßig auch das Problem auf, daß die Auslastung der vorhandenen Produktionskapazitäten im Zeitablauf schwankt. Diese sog. **Konjunkturschwankungen** sind eine spezielle Ausprägung der **Koordinierungsproblematik**. Die Schwankungen bedeuten, daß die Produktionskapazitäten im Zeitverlauf entweder überdurchschnittlich oder unterdurchschnittlich ausgelastet sind. Solche Abweichungen vom Normalauslastungsgrad bedeuten, daß die wirtschaftlichen Tätigkeiten unbefriedigend koordiniert sind, was mit nachteiligen Begleiterscheinungen verbunden ist, die es zu vermeiden gilt.

Sind die Kapazitäten **überdurchschnittlich** stark ausgelastet, dann ist dies regelmäßig mit einem Anstieg der **Inflationsrate** verbunden. Die Absatzlage ist für die Unternehmer so gut, daß sie am Markt höhere Preise durchsetzen können. Die Inflation muß sich nicht unbedingt in einem offen sichtbaren Anstieg der Preise äußern, sondern kann auch – wenn der Staat z.B. die Preise durch entsprechende Vorschriften fest schreibt – als sog. **zurückgestaute Inflation** auftreten. Das Problem der nicht ausreichenden und deswegen überausgelasteten Kapazitäten äußert sich dann nicht in offen steigenden Preisen, sondern z.B. in Schlangen vor den Kaufhäusern oder lange Lieferfristen.

Im umgekehrten Fall der **unterdurchschnittlichen** Kapazitätsauslastung entsteht in der Volkswirtschaft **Arbeitslosigkeit**. Der Absatz der Produktion stockt, und die Unternehmer entlassen Arbeitskräfte. Auch hierbei ist es möglich, daß die Störung des Wirtschaftsablaufs nicht in Form offener Arbeitslosigkeit auftritt, sondern in Form der sog. **versteckten Arbeitslosigkeit**. Im statistischen Ausweis herrscht zwar Vollbeschäftigung, weil formal jeder Arbeitswillige eine Stelle hat. Materiell herrscht jedoch Arbeitslosigkeit, weil ein Teil der Beschäftigten faktisch keiner produktiven Tätigkeit nachgeht.

Insgesamt kommt es also darauf an, durch eine geeignete **Konjunkturpolitik** den Konjunkturverlauf möglichst zu verstetigen. Die Ziele, die damit letztlich verfolgt werden, sind **Vollbeschäftigung und Preisniveaustabilität**.

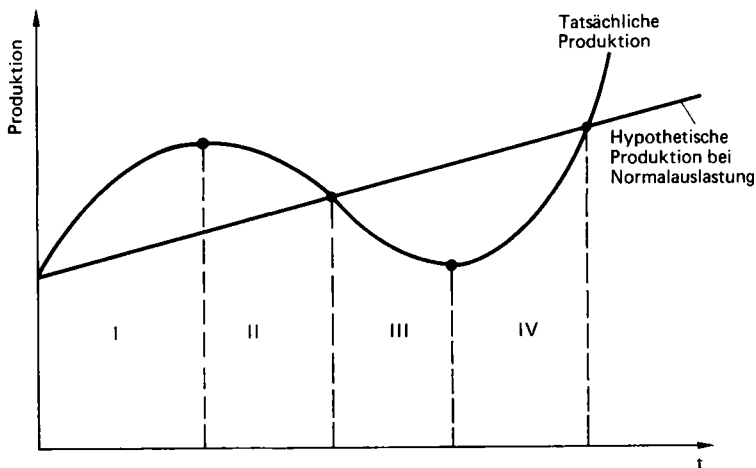


Abb. 1.5 Konjunkturschwankungen

In Abbildung 1.5 ist ein Konjunkturzyklus schematisch in idealisierter Form dargestellt.

Auf der Abszisse ist die Zeit abgetragen. Auf der Ordinate sind zwei Arten von Produktionswerten abgetragen. Zum einen sind die Produktionswerte abgetragen, die sich ergeben würden, wenn die Kapazitäten normal ausgelastet wären. Dies sind hypothetische Produktionswerte. Zum anderen sind auch die tatsächlichen Werte der Produktion abgetragen. Die Produktionsentwicklung folgt insgesamt einem Wachstumstrend. Die Konjunkturschwankungen bedeuten, daß die tatsächlichen Produktionswerte um die Normalauslastungswerte schwanken.

Der gesamte **Konjunkturzyklus** wird üblicherweise in **4 Phasen** eingeteilt. Für Phase I sind die Bezeichnungen **Boom oder Hochkonjunktur** verbreitet. Die Produktion liegt über derjenigen bei Normalauslastung und wächst mit abnehmenden Zuwachsraten. Phase II ist die **Konjunkturabschwächung oder der Konjunkturabschwung**. Die Produktion sinkt, liegt jedoch noch über dem Niveau bei Normalauslastung. Phase III wird als die **Rezession** bezeichnet. Der Ausdruck Depression ist für Phase III nicht mehr unbedingt gebräuchlich, da wegen des Wachstumstrends die Produktion auch in Phase III regelmäßig noch höhere Werte aufweist als in der entsprechenden Phase des vorlaufenden Zyklus. In dieser Phase III der Rezession sinkt die Produktion unter den Normalauslastungswert. Phase IV ist die **Erholung oder der Konjunkturaufschwung**. Die Produktion steigt mit wachsenden Zuwachsraten, wobei das Produktionsniveau jedoch noch unter dem bei Normalauslastung liegt.

Die negativen Begleiterscheinungen der Konjunkturschwankungen bestehen darin, daß eine überdurchschnittliche Kapazitätsauslastung (Phasen I und II) mit relativ hohen **Inflationsraten** und eine unterdurchschnittliche Kapazitätsauslastung (Phasen III und IV) mit relativ hohen **Arbeitslosenquoten** einhergehen. Diese Störungen möglichst zu vermeiden, ist ein Problem jeder arbeitsteiligen Wirtschaft.

VI. Zusammenfassung

Knappheit zwingt zum **Wirtschaften**. Die Knappheit kann verringert werden durch den Einsatz von **Produktionsfaktoren** in der **Produktion**. Hierbei ist zu entscheiden, **was** und **wie** produziert werden soll und **wieviel Produktionsfaktoren** eingesetzt werden sollen. Die Produktion kann bei gleichem Faktoreinsatz durch **Arbeitsteilung** erhöht werden, d.h. die **Arbeitsproduktivität** kann gesteigert werden. Arbeitsteilung führt zu **Tausch**, der durch die Verwendung von **Geld** erleichtert wird. In arbeitsteiligen Wirtschaften muß das Problem der **Koordinierung** gelöst werden, es muß über **Verteilungsverfahren** entschieden werden, und es gilt, **Konjunkturschwankungen** zu vermeiden.

Literatur zum 1. Kapitel**Lehrbücher:**

- Bartling, H.** und **F. Luzius**: Grundzüge der Volkswirtschaftslehre. 7. Aufl. München 1989. S. 3-34.
- Basseler, U., J. Heinrich** und **W. Koch**: Grundlagen und Probleme der Volkswirtschaft. 13. Aufl. Köln 1991. S. 39-57.
- Cezanne, W.** und **J. Franke**: Volkswirtschaftslehre. Einführung. 5. Aufl. München 1991. S. 1-14.
- Demmler, H.**: Einführung in die Volkswirtschaftslehre. Elementare Preistheorie. 2. Aufl. München 1991. S. 1-9.
- Gruber, U.** und **M. Kleber**: Grundlagen der Volkswirtschaftslehre. München 1992. S. 1-30.
- Hanusch, H.** und **T. Kuhn**: Einführung in die Volkswirtschaftslehre. Berlin 1991. S. 1-19.
- Hardes, H.-D.** und **J. Mertes**: Grundzüge der Volkswirtschaftslehre. 3. Aufl. München 1991. S. 1-26.
- Hübl, L., W. Meyer** und **W. Ströbele**: Grundkurs in Volkswirtschaftslehre. 4. Aufl. Berlin 1989. S. 11-19.
- Lachmann, W.**: Volkswirtschaftslehre 1. Grundlagen. Berlin 1990. S. 5-25.
- Samuelson, P. A.** und **W. D. Nordhaus**: Economics. 12. Aufl. New York 1985. Dt. Ausgabe: Volkswirtschaftslehre. Grundlagen der Makro- und Mikroökonomie. Bd. 1. 8. Aufl. Köln 1987. S. 59-83.
- Siebert, H.**: Einführung in die Volkswirtschaftslehre. 11. Aufl. Stuttgart 1992. S. 15-55.
- Woll, A.**: Allgemeine Volkswirtschaftslehre. 9. Aufl. München 1987. S. 47-62.

2. Kapitel:

Marktwirtschaft versus Planwirtschaft – Die beiden Lösungsversuche für die ökonomischen Grundprobleme

Im 1. Kapitel sind die ökonomischen Grundprobleme geschildert worden, mit denen jede Gesellschaft konfrontiert ist, wenn Knappheit und Arbeitsteilung herrschen. Es müssen stets Antworten auf folgende Fragen gefunden werden:

1. **Was** soll produziert werden? (Produktionsstruktur),
2. **Wie** soll produziert werden? (Faktorallokation),
3. **Für wen** soll produziert werden? (Verteilung),
4. Wie soll **koordiniert** werden? (Koordinierung, spez. Konjunktur).

Zur Lösung dieser ökonomischen Grundprobleme werden regelmäßig 2 idealtypische Wirtschaftsordnungen diskutiert. Die eine Ordnung ist die **Freie Marktwirtschaft**, die andere Ordnung ist die **Zentralplanwirtschaft**. In der Freien Marktwirtschaft erfolgt die Lösung der Probleme durch **dezentrale Planung** und deren Koordinierung über den Markt. In der Zentralplanwirtschaft erfolgt die Lösung der Probleme durch einen **zentralen Plan** einer staatlichen Planungsinstanz.

I. Freie Marktwirtschaft

1. Funktionsweise des Marktmechanismus

a. Märkte, Marktteilnehmer und Kreislauf

In einer Marktwirtschaft findet eine dezentrale Planung zur Lösung der ökonomischen Grundprobleme statt. Dies ist zunächst lediglich eine sehr allgemeine Formel, die näher erläutert werden muß. Wer sind in der Marktwirtschaft die einzelnen Wirtschaftseinheiten, in denen die dezentrale Planung stattfindet? Man sagt, daß auf einem **Markt** zwischen den Marktteilnehmern **Anbieter** und **Nachfrager** ein **Austausch von Gütern** stattfindet.

Zwei wesentliche Gruppen von Märkten sind die **Konsumgütermärkte** einerseits und die **Faktormärkte** andererseits. Auf einem Konsumgütermarkt werden Konsumgüter gehandelt. Die Anbieter sind die Unternehmer, die in den Betrieben die Konsumgüter produzieren und auf den Konsumgütermärkten zum Verkauf anbieten. Die Nachfrager sind die Haushalte, die ihr Einkommen zum Kauf von Konsumgütern verwenden. Dagegen treten auf den Faktormärkten die Haushalte als Anbieter z.B. für den Produktionsfaktor Arbeit auf, und die Unternehmer sind dementsprechend Nachfrager nach diesem Produktionsfaktor. Diese Zusammenhänge kann man sich als einen **wirtschaftlichen Kreislauf** vorstellen, wie er in Abbildung 2.1 dargestellt ist.

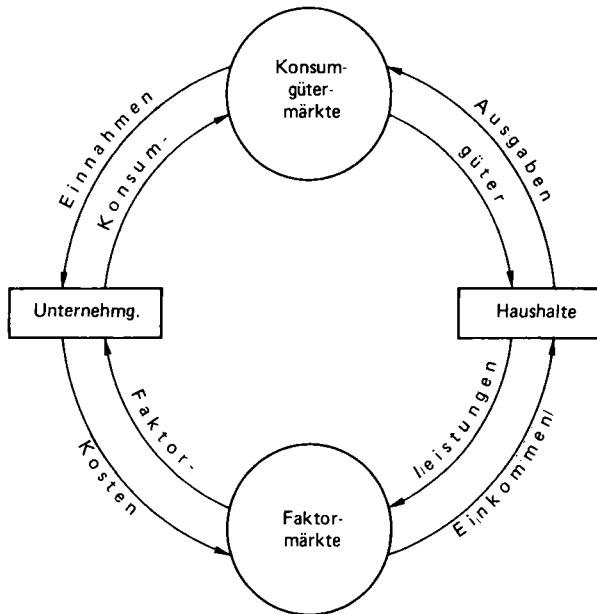


Abb. 2.1 Güter- und Geldkreislauf

Dem **Güterkreislauf** der Konsumgüter und Faktorleistungen fließt ein **Geldkreislauf** entgegen, der die Entgelte charakterisiert, die von den jeweiligen Nachfragern an die Anbieter für die gelieferten Konsumgüter bzw. Faktorleistungen zu leisten sind.

Die Tatsache, daß in diesem Wirtschaftssystem die Planung dezentral stattfindet, bedeutet insbesondere, daß keine der beteiligten Wirtschaftseinheiten einer anderen Wirtschaftseinheit ihre Pläne aufzwingen kann. Jede Wirtschaftseinheit ist zur **Realisierung ihrer Pläne auf andere Wirtschaftseinheiten angewiesen**. Fehlt ein entsprechender Partner, kann der Plan nicht realisiert werden.

b. Nachfrage und Angebot

Wie sehen die Planungen der einzelnen Wirtschaftseinheiten konkret aus? Wie revidieren die Wirtschaftseinheiten ihre Pläne, wenn sie mit den Plänen anderer Wirtschaftseinheiten nicht kompatibel sind? Die allgemeine Antwort lautet: Die Anbieter und Nachfrager planen **Mengen auf der Grundlage von Preisen**, die sich auf den Märkten bilden. Die Märkte fungieren gewissermaßen als Informationslieferant für die Preise, auf deren Grundlage die Anbieter und Nachfrager eine Mengenplanung vollziehen.

(1) Die Nachfrager

Üblicherweise kauft man ein Gut um so eher, je weniger es kostet. Allgemein bedeutet dies, daß **zwischen Preis und nachgefragter Menge eine negative Beziehung** besteht. Der Preis ist hierbei die unabhängige Variable, und die nachgefragte Menge ist die abhängige Variable. Die analytisch exakte Ableitung dieser Aussage ist ein Gegenstand der Mikroökonomik. Die Ableitung geschieht auf

der Grundlage der Annahme, daß der Nachfrager seinen **Nutzen maximieren** will und sich hierbei rational verhält. Hier an dieser Stelle soll dieser Zusammenhang noch nicht vertieft dargestellt werden. Wir begnügen uns mit einer Plausibilitätsüberlegung. Diese lautet einfach, daß ein Nachfrager aufgrund wirtschaftlicher Überlegungen typischerweise um so mehr von einem Gut bereit ist zu kaufen, je weniger es kostet. Eine solche **Nachfragefunktion** ist grafisch in Abbildung 2.2 dargestellt.

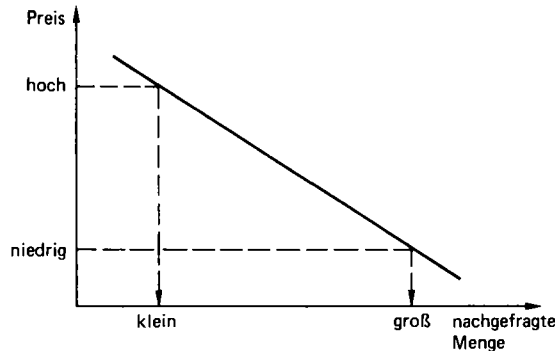


Abb. 2.2 Nachfrage in Abhängigkeit vom Preis

Wenn sich der Preis z.B. erhöht, dann bedeutet dies in Abbildung 2.2 eine Bewegung auf der Nachfragefunktion nach links oben.

Außer dem Preis spielen natürlich bei der Kaufentscheidung auch noch zahlreiche **andere Einflußgrößen** eine Rolle. Von Bedeutung sind die Höhe des Einkommens, die Erziehung, der kulturelle Hintergrund, die familiäre Situation, die geografische Lage, das Klima, die Jahreszeit usw. Wenn sich z.B. das Einkommen erhöht, dann bedeutet dies, daß der Nachfrager bei alternativ gegebenen Preisen wegen des höheren Einkommens bereit ist, mehr als bisher von dem Gut zu kaufen. Die **Nachfragefunktion verschiebt sich** also nach rechts außen. Man kann auch sagen, daß der Nachfrager für eine bestimmte Menge des Gutes wegen des höheren Einkommens bereit ist, einen höheren Preis zu zahlen. Auch diese Überlegung macht deutlich, daß sich die Nachfragefunktion nach rechts außen verschiebt.

Alle Einflußgrößen außer dem Preis sind in der Abbildung 2.2 gedanklich konstant gehalten. Man macht Gebrauch von der sog. **ceteris-paribus-Klausel**. Das heißt nicht, daß sich die anderen Einflußgrößen außer dem Preis nicht ändern können. Es bedeutet lediglich, daß sich dann, wenn sich eine oder auch mehrere dieser anderen Größen ändern, die Nachfragefunktion in Abbildung 2.2 **verschiebt**. Dagegen bedeutet eine Änderung des Preises bei Konstanz aller anderen Größen (ceteris-paribus-Klausel) eine **Bewegung auf** der Nachfragefunktion.

(2) Die Anbieter

Für die typische Verhaltensweise eines Anbieters kann eine analoge Plausibilitätsüberlegung angestellt werden. Das Kalkül des Anbieters ist die **Gewinnma-**

Maximierung. Aufgrund dieses Kalküls wird ein Anbieter um so mehr von einem Gut produzieren und an den Markt geben, je höher der Preis ist, den er erzielen kann. **Zwischen Preis und angebotener Menge besteht typischerweise eine positive Beziehung.** Eine solche Angebotsfunktion ist grafisch in Abbildung 2.3 dargestellt.

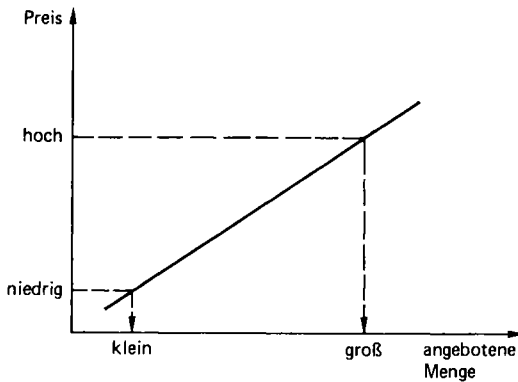


Abb. 2.3 Angebot in Abhängigkeit vom Preis

Wenn sich der Preis z.B. verringert, dann wird der Anbieter nur noch eine geringere Menge anzubieten bereit sein. In Abbildung 2.3 ist dies eine Bewegung auf der Angebotsfunktion nach links unten.

Natürlich spielen auch hier beim Angebot außer dem Preis noch **zahlreiche andere Größen** für die Produktionsentscheidung eine Rolle. Ändert sich z.B. die Kostenstruktur eines Anbieters, dann wird sich die **Angebotsfunktion verschieben**. Nehmen wir als **Beispiel** die Produktion von Benzin. Das zur Produktion notwendige Rohöl wird importiert. Wertet die DM nun z.B. gegenüber dem US-Dollar ab, von z.B. 1,50 DM/US-Dollar auf 1,80 DM/US-Dollar, dann bedeutet dies, daß die DM-Kosten der Benzinproduzenten steigen. Diese Verschlechterung der Kostenstruktur äußert sich in der Angebotsfunktion darin, daß sich diese nach links oben verschiebt. Die Produzenten sind zu alternativen Preisen wegen der gestiegenen Kosten nur noch bereit, eine geringere Menge anzubieten. Oder, anders ausgedrückt: Die Produzenten sind die gleiche Menge nur noch zu höheren Preisen bereit anzubieten. Beide Überlegungen machen deutlich, daß sich die Angebotsfunktion nach links oben verschiebt.

c. Der Marktmechanismus als Lösung der ökonomischen Grundprobleme

(1) Koordinierung

Wir sind nun in der Lage, die Lösung der ökonomischen Grundprobleme im System der Freien Marktwirtschaft zu erläutern. Zunächst soll erläutert werden, auf welche Weise der Marktmechanismus das **Koordinierungsproblem** löst.

Es wurde bereits erwähnt, daß die Pläne der verschiedenen dezentral entscheidenden Wirtschaftseinheiten zur Realisierung aufeinander angewiesen sind. In Abbildung 2.4 ist ein Markt, d.h. das Zusammenspiel zwischen Angebot und Nachfrage dargestellt.

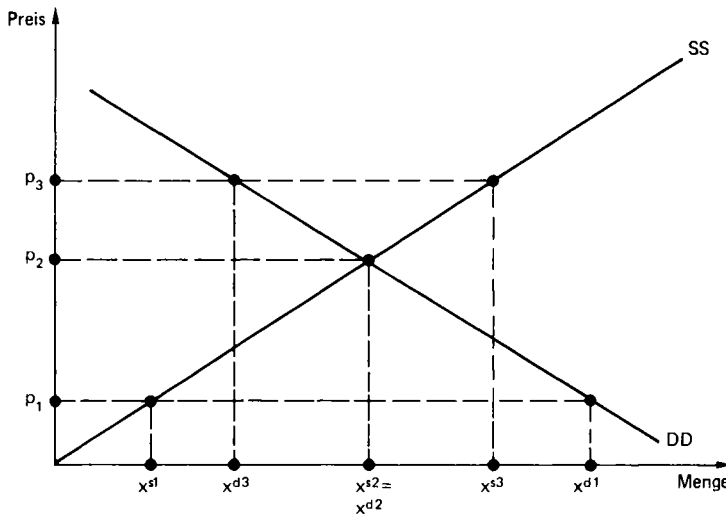


Abb. 2.4 Markt und Marktgleichgewicht

Beginnen wir unsere Überlegungen z.B. mit dem Preis p_1 . Dieser Preis ist relativ niedrig. Dementsprechend ist die geplante angebotene Menge x^{s1} relativ gering. Bei dem niedrigen Preis sind nur wenige Anbieter in der Lage, mit Gewinn zu produzieren. Auf der anderen Seite ist jedoch die bei diesem Preis geplante nachgefragte Menge x^{d1} relativ hoch. Viele Nachfrager würden das Gut gerne kaufen, weil es so billig ist. Bei dem Preis p_1 liegt ein **Ungleichgewicht** vor, nämlich ein **Nachfrageüberschuß** in Höhe $x^{d1} - x^{s1}$ vor. Marktverhältnisse dieser Art sind äußerlich erkennbar an Käuferschlangen vor den Kaufhäusern, langen Lieferfristen, Abstandszahlungen usw. Das **Koordinierungsproblem ist nicht befriedigend gelöst**. Es herrscht **Mangel**. Auf einem freien Markt, d.h. in diesem Zusammenhang insbesondere, daß die Preise keinen behördlichen Beschränkungen unterliegen und vollständig flexibel sind, hält sich dieser Zustand nicht lange. Der Nachfrageüberschuß treibt die Preise nach oben. Der **Preisanstieg** löst sowohl auf der Angebotsseite als auch auf der Nachfrageseite **Anpassungsreaktionen** aus. Die angebotene Menge reagiert auf die Preissteigerung positiv. Zu höheren Preisen gehen mehr Anbieter mit mehr Produktion an den Markt. Auf der anderen Seite geht die geplante nachgefragte Menge in Reaktion auf die Preissteigerung zurück. Die Nachfrager schränken sich ein und weichen auf Substitutionsgüter aus.

Nehmen wir nun an, daß der Preis aufgrund des Nachfrageüberschusses bis auf p_3 in die Höhe schießt. Bei diesem relativ hohen Preis ist die angebotene Menge x^{s3} reichlich. Viele Produzenten sind in der Lage, mit Gewinn zu produzieren und anzubieten. Andererseits ist der Preis nun aber so hoch, daß die von den Nachfragern geplante nachgefragte Menge x^{d3} relativ klein ausfällt. Es herrscht ein **Angebotsüberschuß**. Die Produzenten können das Angebot x^{s3} nicht vollständig absetzen. Der Teil $x^{s3} - x^{d3}$ muß auf Lager genommen werden. Das äußere Kennzeichen solcher Marktverhältnisse sind hohe Läger, Zugaben beim Kauf usw. Das Koordinierungsproblem ist auch bei diesem Preis nicht gelöst. Es wird mehr produziert, als die Nachfrager bei den herrschenden Prei-

sen bereit sind abzunehmen. Sind die Preise nun wieder vollständig flexibel, dann treibt der Angebotsüberschuß den **Preis nach unten**. Dies löst wiederum **Anpassungsreaktionen** auf der Angebots- und der Nachfrageseite aus, die das Ungleichgewicht zwischen angebotener Menge und nachgefragter Menge abbauen.

Das Koordinierungsproblem ist dann gelöst, wenn der Preis so hoch ist, daß sich angebotene und nachgefragte Menge gerade die Waage halten. In Abbildung 2.4 ist dies der Preis p_2 . Dieser Preis heißt **Gleichgewichtspreis**. Der Markt ist im **Gleichgewicht**. Bei diesem Preis herrscht weder Mangel noch Überproduktion. Das Instrument, durch welches diese Lösung des Koordinierungsproblems herbeigeführt wird, ist die **Flexibilität der Preise**.

Dieser Mechanismus ist nicht nur von theoretischem Interesse, sondern auch von grundsätzlicher Bedeutung für die **praktische Wirtschaftspolitik**. Greift der Staat in die freie Preisbildung ein, indem z.B. aus sozialen Überlegungen ein relativ niedriger Preis als Höchstpreis durch eine Verordnung festgelegt wird, dann ist die gewissermaßen automatische Konsequenz hiervon, daß es zu Mangelerscheinungen wegen Unterproduktion kommt. Der Marktmechanismus verliert durch die Preisfixierung seine Fähigkeit, das Koordinierungsproblem zu lösen. **Flexible Preise sind ein geeignetes Instrument zur Lösung des Koordinierungsproblems**. Sozialpolitische Ziele sollten nicht mit Eingriffen in die freie Preisbildung verfolgt werden, sondern mit anderen Instrumenten, z.B. direkten Einkommenszuwendungen an bedürftige Personenkreise.

Teilweise wird gesagt, daß Darstellungen dieser Art des Marktgeschehens unrealistisch sind, da die den Angebots- und Nachfragefunktionen zugrunde liegenden Pläne gar nicht bekannt sind. Nun ist es zweifellos richtig, daß diese Funktionen nur in seltenen Ausnahmefällen bekannt sind, z.B. im Falle von börsenmäßig organisierten Märkten. Die Kenntnis dieser Funktionen ist jedoch gar nicht notwendig. Denn Veränderungen der ohne weiteres beobachtbaren Marktpreise signalisieren, daß Ungleichgewichte vorliegen, und sorgen dafür, daß es auf der Angebots- und der Nachfrageseite zu den für die Lösung des Koordinierungsproblems geeigneten Anpassungsreaktionen hin zum Marktgleichgewicht kommt. **Der Marktmechanismus ist ein adaptives, sich selbst regulierendes System**.

(2) Faktorallokation

Das Problem der Faktorallokation besteht darin, die knappen Produktionsfaktoren **möglichst effizient, d.h. wirtschaftlich** einzusetzen. Wir haben anhand des Konzepts der **Transformationskurve** erfahren, daß es hierbei darum geht, die Produktionsfaktoren so einzusetzen, daß die Volkswirtschaft auf der Transformationskurve produziert und nicht darunter. Wie löst der Marktmechanismus dieses Problem? Die allgemeine Antwort lautet, daß der **Anreiz- und Sanktionsmechanismus des Marktes** für einen effizienten Einsatz der Produktionsfaktoren sorgt. Aufgrund des **Gewinnstrebens** besteht für die Unternehmer ein Anreiz, eine bestimmte Produktion zu minimalen Kosten zu erstellen, d.h. die billigste Faktorkombination zu realisieren. Dies ist aber gleichbedeutend damit, daß die Transformationskurve erreicht wird und nicht unterhalb dieser produziert wird. Der **Sanktionsmechanismus** besteht darin, daß unter den Produzenten **Konkurrenz (Wettbewerb)** herrscht. Die Konkurrenz besorgt, daß solche

Unternehmer aus dem Markt ausscheiden, die ineffiziente Produktionsverfahren anwenden.

Der Anreiz- und Sanktionsmechanismus verleiht der Marktwirtschaft auch ein **dynamisches Element**. Die Unternehmer sind, um ihre Gewinne zu steigern, permanent auf der Suche nach neuen Produktionsverfahren, durch deren Einsatz sie ihre Kosten senken können. Im Konzept der Transformationskurve bedeutet dies, daß sich die Transformationskurve nach rechts außen verschiebt. Denn durch das billigere Produktionsverfahren ist es möglich, mit der gleichen Menge an Produktionsfaktoren (d.h. aus unternehmerischer Sicht mit gleichen Kosten) eine höhere Produktion zu erstellen. Dieser Anreiz- und Sanktionsmechanismus kann anhand der Abbildung 2.5 erläutert werden.

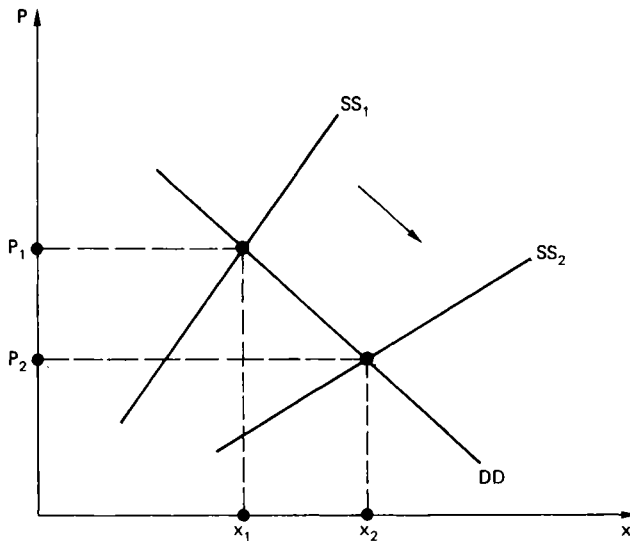


Abb. 2.5 Marktmechanismus und Faktorallokation

Die Möglichkeit eines **billigeren Produktionsverfahrens** bedeutet, daß sich die Angebotsfunktion in Abbildung 2.5 nach rechts unten von SS_1 nach SS_2 verschiebt. Die Kalkulation des einzelnen Unternehmers ist, beim herrschenden Marktpreis p_1 durch eine Ausweitung der Produktion seine **Gewinne zu steigern**. Denn wenn bei gleichbleibendem Preis der mengenmäßige Absatz gesteigert wird, dann steigt mit Sicherheit der Umsatz. Der **Gewinn**, d.h. die **Differenz zwischen Umsatz und Kosten**, steigt dadurch zwar nicht automatisch, sondern nur, wenn die Kosten weniger stark ansteigen als der Umsatz. Dies ist aber gerade durch das billigere Produktionsverfahren gewährleistet. Die beim Preis p_1 bisher geplante Angebotsmenge x_1 steigt also an. Beim Preis p_1 liegt dann kurzfristig am Markt ein Angebotsüberschuß vor. Dieser Angebotsüberschuß löst eine Tendenz zur **Preissenkung** aus, bis das **neue Marktgleichgewicht** mit dem niedrigeren Preis p_2 und der größeren Menge x_2 erreicht ist. Die Verbraucher ziehen aus dieser Entwicklung also den Vorteil, daß eine größere Menge zu einem niedrigeren Preis an den Markt kommt. Dieser Verlauf setzt allerdings vor-

aus, daß zwischen den Anbietern **Konkurrenz** herrscht. Denn die Preissenkung läuft den ursprünglichen Plänen der Anbieter, bei gleichem Preis die Produktion auszudehnen, zuwider. Sie versuchen daher durch Absprachen, Kartellbildung u.ä. Konkurrenzverhinderungsmaßnahmen, die Preissenkung abzuwehren. Dies muß in einer funktionierenden Marktwirtschaft durch die staatliche **Wettbewerbspolitik** verhindert werden. Die Konkurrenz ist dann gewährleistet, wenn die seitens der einzelnen Anbieter am Markt angebotene Menge im Vergleich zur Gesamtangebotsmenge so gering ist, daß der einzelne Unternehmer mit seinem verschwindend **geringen Marktanteil** keinen signifikanten Einfluß auf den Marktpreis hat. Wenn nämlich unter solchen Bedingungen einzelne Unternehmer versuchen, weiter zu dem hohen Preis p_1 anzubieten, dann haben sie keinen Absatz mehr, da am Markt der von ihnen unbeeinflussbare Preis p_2 herrscht. Wenn dagegen einzelne Unternehmer aufgrund ihres hohen Marktanteils in der Lage sind, durch ihr Mengenangebot den Marktpreis zu beeinflussen, liegt **Marktmacht** vor.

In der Freien Marktwirtschaft wird also durch das Gewinnstreben der Unternehmer die produktionsorganisatorische Effizienz gewährleistet unter der Voraussetzung, daß am Markt Konkurrenz herrscht. Dieser Mechanismus ist auch unter **ethischen Aspekten** hochinteressant. Der Marktmechanismus ist nicht eine Ordnung, die die Menschen zu Wohltätern zu überreden versucht. Vielmehr wird der unter moralischen Aspekten nicht unbedingt lobenswerte, aber sehr verbreitete Egoismus von Menschen akzeptiert und in einen Rahmen – wettbewerblich organisierte Märkte – eingebunden, in dem diese egoistischen Verhaltensweisen zu sozial wünschenswerten Zuständen führen. **Die Faktorallokation ist nicht deswegen optimal, weil die Unternehmer eine möglichst billige Versorgung der Bevölkerung mit knappen Gütern im Auge haben, sondern deswegen, weil sie möglichst hohe Gewinne machen wollen.** Die Freie Marktwirtschaft ist eine Organisationsform, die die egoistische Zielsetzung der Gewinnmaximierung in einen sozial akzeptablen Zustand transformiert. ADAM SMITH sprach in diesem Zusammenhang von einer „**unsichtbaren Hand**“, die den einzelnen zu einem Ziel führt, welches er gar nicht angestrebt hat.

(3) Produktionsstruktur

Bei dem Problem der **Produktionsstruktur** geht es um die Frage, **was** mit den knappen Produktionsfaktoren produziert werden soll. Die Frage ist, ob Butter oder Kanonen produziert werden sollen, Autos oder Studienplätze, Oberhemden oder Theateraufführungen, Brot oder Bier, Wohnungen oder Sportstadien usw. In der Marktwirtschaft wird auch dieses Problem nach dem **Gewinnmaximierungskalkül der Unternehmer** gelöst. Die Unternehmer produzieren diejenigen Güter, die sich auch absetzen lassen, d.h. mit denen sich am meisten verdienen läßt. Das bedeutet aber, daß letztlich **die Verbraucher darüber entscheiden, was produziert wird.** Denn nur solche Güter lassen sich absetzen, die von den Verbrauchern auch gewünscht werden. Die Produktionsstruktur wird durch das Gewinnstreben der Unternehmer an die Konsumentenwünsche angepaßt. Man sagt, in der Marktwirtschaft wird das Problem der Produktionsstruktur nach dem Prinzip der **Konsumentensouveränität** gelöst.

Die Anpassung der Produktionsstruktur an die Konsumentenwünsche kann anhand der Abbildung 2.6 erläutert werden.

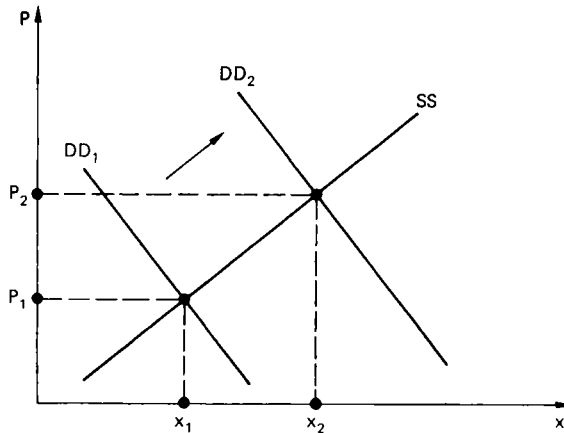


Abb. 2.6 Steigende Nachfrage

Nehmen wir an, daß von einem Gut im Ausgangszustand die Menge x_1 produziert wird. Nun ändern sich die **Bedürfnisse** der Verbraucher. Es wird mehr als bisher von diesem Gut gewünscht. Dies bedeutet eine Rechtsverschiebung der Nachfragefunktion von DD_1 nach DD_2 . Bei dem bisherigen Preis p_1 liegt dann kurzfristig ein Nachfrageüberschuß vor. Die Preise steigen. Diese Preissteigerung lockt jedoch zusätzliches Angebot hervor. Die Unternehmer sind, weil sie ihre **Gewinne maximieren** wollen, bereit, bei höheren Preisen mehr zu produzieren. Das neue Marktgleichgewicht liegt bei dem höheren Preis p_2 und der größeren Menge x_2 . Den Konsumentenwünschen entsprechend, ist die Produktion des Gutes ausgedehnt worden.

Die prinzipiell gleiche Überlegung kann auch anhand der **Transformationskurve** angestellt werden. Zur Erläuterung kann die Abbildung 1.3 oben im 1. Kapitel, Ziffer III.1 verwendet werden. Wir wollen annehmen, daß die Gesellschaft im Ausgangszustand die Produktionsstruktur des Punktes B realisiert. Nun steigen die Bedürfnisse nach dem Gut 1. In der Marktwirtschaft löst dies eine Preissteigerung dieses Gutes aus, die über das Gewinnstreben der Unternehmer zu einer Ausweitung der Produktion dieses Gutes führt. Im Konzept der Transformationskurve bedeutet die Preissteigerung, daß der in **Opportunitätskosten ausgedrückte Preis** von Gut 1 ansteigen muß. In B hat die zuletzt produzierte Einheit von Gut 1 eine Einheit von Gut 2 gekostet. In Punkt A z.B. kostet die zuletzt produzierte Einheit von Gut 1 zwei Einheiten von Gut 2.

Ein Anstieg des in Opportunitätskosten ausgedrückten Preises von Gut 1 bedeutet also eine Bewegung auf der Transformationskurve nach links oben. Das heißt aber, daß die Produktion von Gut 1 zu Lasten derjenigen von Gut 2 ausgedehnt wird. Die Produktionsstruktur hat sich entsprechend den Konsumentenwünschen geändert.

Es muß auch hier bei dem Problem der Produktionsstruktur wiederum betont werden, daß die **Anpassung der Produktionsstruktur von den Unternehmern nicht vorgenommen wird, weil sie etwa den Veränderungen der Konsumentenwünsche Rechnung tragen wollen, sondern weil sie höhere Gewinne machen wollen bzw. Verluste vermeiden wollen**. Die Marktwirtschaft ist eine Orga-

nisationsform, die die egoistische Zielsetzung der unternehmerischen Gewinnmaximierung in einen sozial wünschenswerten Zustand transformiert. Die Menschen werden mit den Gütern versorgt, die sie haben wollen. Die Zusammensetzung der Güterproduktion wird in dieser Ordnung entschieden nach dem Kriterium der **Konsumentensouveränität**.

(4) Verteilung

Bei dem Problem der Verteilung geht es um die Frage, wem die produzierten Güter zur Nutzung zur Verfügung gestellt werden sollen. Im System der Marktwirtschaft werden diejenigen Güter produziert, für die Nachfrager bereit sind, zu bezahlen. Das hierzu notwendige **Einkommen** erhalten die Haushalte auf den **Faktormärkten** für die Bereitstellung von Produktionsfaktoren. Also erfolgt die Verteilung der Güter nach dem Prinzip der **Leistungsgerechtigkeit**. Die knappen Güter können sich diejenigen Haushalte kaufen, die sich durch eine entsprechende **Leistung auf den Faktormärkten** das zum Kauf notwendige Einkommen erworben haben.

Von besonderem Interesse ist das Einkommen, welches von den Kapitalbesitzern in der Form von **Zinsen** für die Bereitstellung des Produktionsfaktors Kapital erzielt wird. Der Zins als spezielles Faktoreinkommen erfüllt die Funktion, einen **Anreiz für die Bereitstellung von Kapital** zu bieten. Denn Kapitalbildung ist nur durch Konsumverzicht möglich. Der Zins bietet hierzu einen Anreiz. Damit regelt der Zins als spezieller Preis die **Aufteilung der Produktion** einer bestimmten Periode in den Teil, der in dieser Periode als **Gegenwartskonsum** zur Verfügung steht, und in den Teil, der gespart wird, d.h. also zur Kapitalbildung und damit für den **Zukunftskonsum** verwendet wird.

Im System der Freien Marktwirtschaft wird also das Problem der Verteilung nach dem Prinzip der **Leistungsgerechtigkeit** gelöst. In der Realität marktwirtschaftlicher Wirtschaftsordnungen wird von diesem Prinzip regelmäßig in mindestens **zwei Fällen abgewichen**. Erstens erhalten weniger leistungsfähige Mitglieder der Gesellschaft (Kinder, Kranke, Alte, Behinderte) einen Teil der knappen Güter als nicht-leistungsbezogene Zuwendung. Zweitens kommt es zu nicht-leistungsbezogenen Einkommen, wenn Vermögen vererbt wird und die Erbschaftsteuer niedriger als 100% ist.

d. Eigentumsrechte

Eine **Voraussetzung** für das Funktionieren des Marktmechanismus ist, daß die Wirtschaftseinheiten über die Verwendung der Produktionsfaktoren und Güter **eigenverantwortlich entscheiden** können. Dies läßt sich an zahlreichen **Beispielen** demonstrieren. Das Funktionieren des Anreiz- und Sanktionsmechanismus der Gewinne z.B. setzt voraus, daß der Unternehmer über die erzielten Gewinne verfügen kann, bzw., falls er Verluste erwirtschaftet, die Konsequenzen der Pleite zu tragen hat. Die Bereitschaft, ein Unternehmen zu gründen und sich als Unternehmer zu betätigen, setzt voraus, daß man über den Einsatz der gekauften Maschinen, des erworbenen Bodens, der erworbenen Lizenzen usw. eigenverantwortlich entscheiden kann. Das Funktionieren der Konsumentensouveränität setzt voraus, daß der Nachfrager sicher sein kann, über die Verwendung des gekauften Gutes auch selbst entscheiden zu können. Die Entstehung von Einkommen auf den Faktormärkten setzt voraus, daß die Produktionsfaktoren frei veräußerbar sind.

Ein Instrument zur Erfüllung dieser Voraussetzungen sind Eigentumsrechte. Das Eigentum an einem Unternehmen begründet das Recht, über den erwirtschafteten Gewinn verfügen zu können. Das Eigentum an einem gekauften Grundstück begründet das Recht, über die Nutzung dieses Grundstücks entscheiden zu können. Das Eigentum an einem gekauften Konsumgut begründet das Recht, die Verwendung dieses Gutes bestimmen zu können. Das Eigentum an Arbeit begründet das Recht, diese Arbeit gegen eine zu vereinbarende Lohnzahlung verkaufen zu können. Das Eigentum an Kapital begründet das Recht, dieses Kapital gegen einen zu vereinbarenden Zins in einem Darlehensvertrag dem Kreditnehmer zur Verfügung zu stellen, oder auch als Eigenkapital mit variablem Gewinnanspruch zur Verfügung zu stellen.

In einer allgemeinen Sichtweise sind **Eigentumsrechte ein Instrument, um zur optimalen Lösung der Probleme der Faktorallokation, der Produktionsstruktur und der Verteilung beizutragen.**

Die **Faktorallokation** ist optimal, wenn der Einsatz der Produktionsfaktoren dem Wirtschaftlichkeitsprinzip genügt. Sind die Produktionsfaktoren im Privateigentum, dann wird das Eigeninteresse der Eigentümer in der Regel dazu führen, daß diese mit den ihnen eigenen Produktionsfaktoren gemäß dem ökonomischen Prinzip verfahren. Existiert dagegen ein unscharf definiertes Gemeineigentum, dann fühlt sich im Zweifel niemand für einen effizienten Einsatz verantwortlich. Der Einsatz wird nach irgendwelchen sonstigen, d.h. unwirtschaftlichen Überlegungen festgelegt. Es kommt zur Übernutzung.

Die **Produktionsstruktur** ist dann optimal, wenn sie dem Prinzip der Konsumentensouveränität genügt. Sind die Produktionsfaktoren im Privateigentum, dann kann aufgrund des Eigeninteresses der Eigentümer erwartet werden, daß Produktionsfaktoren in der Produktion von solchen Gütern eingesetzt werden, die die besten Aussichten haben, abgesetzt werden zu können. Dagegen besteht bei einem Fehlen von wohl definierten privaten Eigentumsrechten die Gefahr, daß Produktionsfaktoren dauerhaft in der Produktion von Gütern eingesetzt werden, die letztlich niemand haben will. Weil die Sanktion der Pleite fehlt, werden solche Produktionen über Gebühr lange fortgeführt.

Was schließlich das Problem der **Verteilung** anbelangt, so ist unmittelbar einsichtig, daß das Privateigentum an den Produktionsmitteln zu einer Verteilung nach dem Leistungsgerechtigkeitsprinzip führt. Nur derjenige erzielt Einkommen und kann sich dementsprechend knappe Güter kaufen, der durch Leistung erworbene, in seinem Eigentum befindliche Produktionsfaktoren verkauft.

Der **Staat** hat in einer Marktwirtschaft die zentrale Aufgabe, den **rechtlichen und institutionellen Rahmen** festzulegen, der von den Haushalten und Unternehmen bei ihren wirtschaftlichen Transaktionen einzuhalten ist. Die Definition und der Schutz von **Eigentumsrechten** sind ein ganz wesentliches Element dieses rechtlichen und institutionellen Rahmens. Der Staat hat durch die Festlegung von **Eigentumsrechten** durch die Rechtsordnung außerordentlich weitreichende Möglichkeiten, den Wirtschaftsablauf zu beeinflussen. So haben sich z.B. im Gefolge der deutschen Einigung die unklaren Eigentumsverhältnisse im Immobilienbereich als entscheidendes Investitionshindernis erwiesen. Allgemein läßt sich sagen, daß die **Gewährung und die Einschränkung von Eigentumsrechten in sehr starkem Maße das wirtschaftliche Geschehen beeinflussen.**

e. Ein Beispiel

Die Funktionsweise des Marktmechanismus soll zur Verdeutlichung abschließend an einem **Beispiel** nochmals demonstriert werden. Als Beispiel wollen wir das Gut **Wohnraum** wählen. Der Markt für Wohnraum ist schematisch dargestellt in Abbildung 2.7.

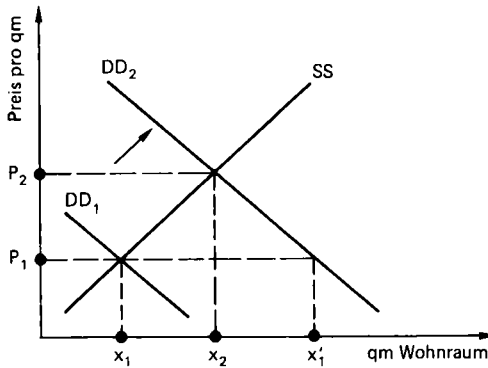


Abb. 2.7 Marktmechanismus und Höchstpreisvorschrift

Der Markt für Wohnraum befindet sich im Ausgangszustand im Gleichgewicht bei der Menge x_1 und dem Preis p_1 . Wir nehmen nun an, daß die **Nachfrage nach Wohnraum zunimmt**. Die Menschen wollen z.B. aufgrund veränderter Präferenzen oder auch aufgrund gestiegener Einkommen mehr Wohnraum als bisher. Dies bedeutet, daß sich die Nachfragefunktion DD_1 nach rechts verschiebt auf DD_2 . Bei dem alten Preis liegt zunächst eine Überschussnachfrage vor. Dies treibt den Preis nach oben. Preis und Menge steigen. Die Wirkungsweise des Marktmechanismus läßt sich also schlagwortartig wie folgt zusammenfassen:

- Die Preissteigerung bewirkt die notwendige **Umlenkung von Produktionsfaktoren in den Wohnungsbau**. Die Unternehmer bauen mehr Wohnungen, weil sie hierdurch wegen der gestiegenen Nachfrage mehr Gewinne machen können. Allgemein läßt sich sagen, daß die **Flexibilität der Preise und das Gewinnstreben der Unternehmer eine an den Konsumentenwünschen orientierte effiziente Ressourcenallokation garantieren**.
- Die Preissteigerung legt offen, daß wegen der Knappheit zugunsten von Wohnraum auf **andere Güter verzichtet werden muß**. Die Preissteigerung fällt um so stärker aus, je mehr die Nachfrage nach Wohnraum steigt. Die Opportunitätskosten der Produktion von Wohnraum sind um so höher, je mehr Wohnraum gewünscht wird.

Das Gut Wohnraum ist hier bewußt als Beispiel gewählt worden. Denn häufig wird der Wohnraum als absolut lebensnotwendiges Gut angesehen, und es wird die Auffassung vertreten, daß man die Bereitstellung dieses Gutes daher aus sozialen Überlegungen nicht dem nur an privater Gewinnmaximierung ausgerichteten Marktmechanismus überlassen dürfe. Eine Konsequenz dieser Auf-

fassung ist es dann, daß der **Staat aus sozialen Überlegungen einen Höchstpreis festlegt**, der z.B. in Mietverträgen nicht überschritten werden darf.

Was sind jedoch die Folgen einer solchen Höchstpreisvorschrift? Nehmen wir z.B. an, der Staat legt den Höchstpreis p_1 fest. Ein Höchstpreis darf unterboten werden, nicht jedoch überboten werden, er liegt folglich unter dem Gleichgewichtspreis. Also ergeben sich die **folgenden Konsequenzen**:

- Die angebotene **Menge an Wohnraum steigt nicht**. Es bleibt bei dem Angebot x_1 , weil kein Produzent bei dem Preis p_1 zusätzlichen Wohnraum anzubieten bereit ist. Durch die staatliche Preisverordnung entsteht keine zusätzliche Produktion. Die Knappheit an Wohnraum wird nicht beseitigt.
- Die **Wohnraumanbieter geraten in eine Machtposition**. Denn bei dem Preis p_1 liegt ja ein Nachfrageüberschuß vor. Die an mehr Wohnraum interessierten Nachfrager stehen bei den Anbietern gewissermaßen Schlange. Damit können sich die Vermieter und Bauherren aus der Menge der Schlange stehenden Nachfrager nach eigenem Gutdünken diejenigen Nachfrager aussuchen, an die sie Wohnraum abzugeben bereit sind. Das knappe Gut erhält nicht mehr derjenige, der mehr zu zahlen bereit ist, sondern derjenige, der keinen Lärm macht, keine Kinder hat, die Straße fegt, eine bestimmte politische Gesinnung vertritt usw.

Beide Konsequenzen der staatlichen Höchstpreisvorschrift sind unsozial. Die Diskriminierung erfolgt nicht mehr über den Preis, unabhängig von Stand und Ansehen des Wohnungssuchenden, sondern über Reputation, Ansehen usw. Gerade schützenswerte Schwache gehen leer aus. **Die sozial gedachte Preisverordnung führt zu unsozialen Konsequenzen.**

Will man die auf der anderen Seite bei freien Preisen ebenfalls als unsozial empfundenen Folgen der Preissteigerung abmildern, dann verbleiben als adäquate Maßnahmen offensichtlich nur solche, die die Preisflexibilität nicht beeinträchtigen. Der Staat kann entweder **direkte Geldzuwendungen** aus dem Steueraufkommen an bedürftige Personenkreise (z.B. kinderreiche Familien mit niedrigem Einkommen) leisten, oder aber die Produktion von **Wohnungen subventionieren bzw. selbst Wohnungen bauen**. Mit der ersten Methode wird versucht, das hohe Preisniveau p_2 auch für Bezieher niedriger Einkommen erschwinglich zu machen. Bei der zweiten Methode wird versucht, durch ein Mehrangebot die Preissteigerung zu verhindern oder zumindest abzumildern. Diese zweite Methode hat allerdings häufig den Nachteil, daß der staatlich subventionierte Wohnungsbau bzw. die staatliche Eigenproduktion von Wohnraum **wegen fehlender Konkurrenz ineffizient**, d.h. überteuert ist. Die Angebotsfunktion verschiebt sich durch die staatliche Wohnungspolitik nicht nur nach rechts (Mengenausweitung), sondern auch nach oben (überhöhte Kosten), so daß es per Saldo nicht zu der erwünschten Preisdämpfung kommt.

2. Mängel des Marktmechanismus

Eine **optimale Allokation der Ressourcen** ist durch den Marktmechanismus gewährleistet, wenn in effizienten Produktionsverfahren die von den Konsumenten vorrangig gewünschten Güter hergestellt werden. Die hiermit angesprochenen zwei Hauptprobleme sind das Problem der **Faktorallokation** und das Problem der **Produktionsstruktur**. Das Problem der Faktorallokation ist optimal

gelöst, wenn die Produktion dem **Wirtschaftlichkeitsprinzip** (Effizienz) genügt. Das Problem der Produktionsstruktur ist optimal gelöst, wenn die Güterproduktion an den **Konsumentenwünschen** orientiert ist.

Die Frage ist, ob der Marktmechanismus eine in diesem Sinne optimale Ressourcenallokation garantiert. Diese Frage kann nicht ohne Einschränkungen bejaht werden. **Eine seitens des Staates unregulierte Marktwirtschaft kann zu Mängeln im Sinne einer nicht-optimalen Ressourcenallokation führen.** Kommt es zu einer solchen Fehlallokation von Ressourcen, dann kann eine **staatliche Regulierung** der Marktwirtschaft notwendig werden und gerechtfertigt werden.

Die möglichen Fehlentwicklungen einer Marktwirtschaft im Bereich der **Allokation** können nach MUSGRAVE (1959) unterschieden werden in **Marktunvollkommenheiten** und **Marktversagen**. Diese Mängel des Marktmechanismus sollen im folgenden **kurz erläutert** werden. Damit soll insbesondere ein **systematischer Vergleich** mit dem anschließend zu behandelnden System der **Planwirtschaft** ermöglicht werden. Denn auch für dieses Wirtschaftssystem werden wir die Funktionsweise und die Mängel schildern.

Wir behandeln also hier im 2. Kapitel die möglichen Marktmängel im Bereich der **Allokation noch nicht ausführlich**. Zudem werden weitere, also über den Bereich der Allokation hinausgehende Betätigungsfelder für den Staat, hier im 2. Kapitel noch gar nicht behandelt. Es handelt sich hierbei um die Bereiche der **Stabilisierung** und der **Distribution**. Mit der gesamten Problematik der Rolle des Staates in der Marktwirtschaft beschäftigen wir uns im 3. Kapitel, wo wir die Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft behandeln.

a. Marktunvollkommenheiten

(1) Marktmacht

In einer Marktwirtschaft kann es aus verschiedenen Gründen zu Konzentrationsprozessen kommen. Eine Möglichkeit ist, daß die Produzenten versuchen, durch Kartelle, abgestimmte Verhaltensweisen, Fusionen, Preisbindungen usw. die Konkurrenz durch **Wettbewerbsbeschränkungen** zu verhindern. Das vorrangige Ziel solcher Konkurrenz-Verhinderungsmethoden ist die Erlangung von Marktmacht. Eine andere Möglichkeit ist, daß technisch bedingte **Mindestgrößen** in der Produktion (sog. **Unteilbarkeiten**, z.B. Verteilungsnetze für Strom, Gas usw., Kanalisation, Eisenbahnnetz) zu **sinkenden Durchschnittskosten** führen, und daß es dadurch auf der Anbieterseite zu Konzentrationsprozessen kommt. Der Fall, daß die Produktion am kostengünstigsten von nur einem einzigen Anbieter hergestellt wird, wird als ein sog. **natürliches Monopol** bezeichnet.

Im Extrem führen also solche Entwicklungen zum Aufkommen von Monopolen. Im **Monopol** kommt jedoch im Vergleich zum Fall der Konkurrenz weniger Produktion zu höheren Preisen an den Markt. Dieser Sachverhalt ist dargestellt in Abbildung 2.8.

Im Monopol ist die gewinnmaximierende Preis-Mengen-Kombination (p_2/x_2), während bei der vollständigen Konkurrenz die Preis-Mengen-Kombination (p_1/x_1) ist. Es wird also im Monopol **weniger produziert**, und die Konsumenten müssen **höhere Preise** bezahlen. Die Allokation der Ressourcen ist suboptimal. Der Staat ist gefordert. Entsprechende staatliche Maßnahmen sind z.B. die **Wettbewerbspolitik** (im Fall der Kartelle u.ä. Konkurrenzverhinderungs-Metho-

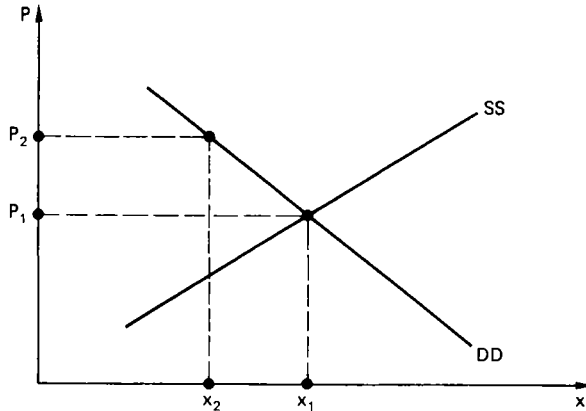


Abb. 2.8 Marktmacht

den) und die **Steuer- und Subventionspolitik** (in den Fällen der Unteilbarkeiten und des natürlichen Monopols).

(2) Negative externe Effekte, insbesondere Umweltverschmutzung

In einer Marktwirtschaft werden Güter produziert, wenn die Produktion entsprechende Gewinne abwirft. Der Gewinn ist die Differenz zwischen Umsatz und Kosten. Sind also z.B. die Kosten der Verstromung von Kohle deswegen so niedrig, weil die Schwefeldioxidemissionen ungefiltert in die Luft emittiert werden können, dann kommt es zu einer Überversorgung mit Elektrizität. In die Kalkulation des Stromproduzenten gehen nur die bei ihm direkt anfallenden Kosten ein, und nicht auch die Kosten, die der Gesellschaft in Form von Luftverschmutzung aufgebürdet werden. Die erstgenannten Kosten werden als **private Kosten** bezeichnet, während die Kosten der Luftverschmutzung **externe Kosten** sind. Externe Kosten sind **negative externe Effekte**. In dem Beispiel der Kohleverstromung kann es zu einer Produktionsstruktur kommen, die nicht an den Konsumentenwünschen orientiert ist, weil eine Kombination von zuviel Elektrizität und zuwenig sauberer Umwelt zustande kommt. Die **Umweltverschmutzung ist ein Beispiel für einen negativen externen Effekt**. Negative externe Effekte führen zu einer **Überversorgung mit Gütern**, deren Produktion diese externen Kosten verursacht. Die Aufgabe des Staates ist es, durch eine geeignete **Umweltpolitik die externen Kosten zu internalisieren**, d.h. entsprechende Maßnahmen zu treffen, daß sämtliche Kosten in den Kalkül des Produzenten eingehen. Denn wenn der Stromproduzent auch die Kosten der Luftreinhaltung zu tragen hat, dann wird Strom wegen der dann höheren privaten Kosten nur zu dem richtigen, d.h. die gesamten Kosten umfassenden höheren Preis produziert. Der die gesamten Kosten umfassende höhere Strompreis führt wegen der negativ reagierenden Nachfrage folgerichtig zu weniger Stromproduktion, verbunden mit mehr sauberer Umwelt.

(3) Positive externe Effekte

Ein **positiver externer Effekt (externer Ertrag, externer Nutzen)** liegt vor, wenn eine bestimmte Aktivität positive Wirkungen hat, die dem Verursacher der Ak-

tivität am Markt nicht entgolten werden. Ein **Standardbeispiel** zur Verdeutlichung ist die **Honigproduktion**. Der Imker erbringt einen externen Ertrag, da außer dem Honig, der sein privater Ertrag ist, auch noch dem Obstbauern durch die Bienen ein wirtschaftlicher Vorteil entsteht. Dieser Ertrag wird aber dem Imker nicht entgolten, stellt also einen externen Ertrag (externen Nutzen) dar. Das wirtschaftspolitische Problem solcher externer Erträge besteht darin, daß es – weil die Verursacher der externen Nutzen diese nicht entgolten bekommen – zu einer **Unterversorgung** mit den entsprechenden Gütern kommen kann, d.h. also zu einer Fehlallokation der Ressourcen.

Das einfache Beispiel mit dem Imker ist natürlich recht primitiv. Gewichtige Fälle sind z.B. das **Gesundheitswesen** und das **Bildungswesen**.

Im **Gesundheitswesen** können externe Erträge z.B. im Fall ansteckender Krankheiten auftreten. Ist ein Mensch gegen die ansteckende Krankheit geimpft, dann zieht nicht nur er selbst aus seiner Gesundheit einen Nutzen (privater Ertrag), sondern der Allgemeinheit fließt auch ein Nutzen (externer Ertrag) zu, dadurch, daß es nicht zu Ansteckungen kommt. Wenn nun die Schutzimpfungen nur über den Markt produziert und angeboten werden, dann kann es zu einer Unterversorgung mit Schutzimpfungen kommen, weil sich wegen des Marktpreises für Impfungen weniger als die optimale Anzahl von Menschen impfen läßt.

Das **Bildungswesen** ist ein ähnlicher Fall möglicher externer Erträge. Ein gut ausgebildeter Mensch zieht nicht nur selbst aus seiner Bildung Nutzen (privater Ertrag) z.B. in Form eines relativ hohen Einkommens. Die Bildung bedeutet auch für die Gesamtwirtschaft einen Nutzen (externer Ertrag). Wenn in einer Gesellschaft jedes Mitglied lesen, rechnen und schreiben kann, und wenn sich darüber hinaus ein Raster allgemein akzeptierter Verhaltensnormen herausbildet, dann wird der Wohlstand dieser Gesellschaft im Regelfall höher ausfallen als in einer Gesellschaft raub- und mordgieriger Analphabeten. Wird nun das Gut Bildung nur über den Markt in Form privater Bildungseinrichtungen angeboten, dann kann es wegen der Ausbildungskosten, die jeder selbst aufzubringen hat, zu einer Unterversorgung mit Bildung, d.h. also gewissermaßen zu einem Bildungsnotstand kommen.

Es wird nun gefordert, daß der **Staat** in den Fällen externer Erträge diese externen Erträge durch geeignete Maßnahmen **internalisieren** muß, um eine optimale Allokation der Ressourcen zu gewährleisten. Vom Ansatz her ist diese Forderung zweifellos gerechtfertigt. Jedoch ist es eine außerordentlich schwierige Frage, wie solche Maßnahmen im Einzelfall konkret ausgestaltet sein sollen. Greift der Staat z.B. zum Mittel der **Subventionierung** des Gesundheits- und Bildungswesens (bis hin zum Nulltarif-Angebot), dann kann dies ebenfalls zu ökonomisch ineffizienten Ergebnissen führen. Denn wenn jeder Mensch Güter wie Gesundheit und Bildung zu einem durch staatliche Subventionen sehr niedrigen Preis erhalten kann, dann entsteht die Neigung einer hemmungslosen Ausnutzung dieser aus privater Sicht relativ billig zur Verfügung stehenden Güter (sog. **moral hazard**). Es kommt zu einer Überversorgung mit diesen Gütern, d.h. daß die in diese Bereiche fließenden Ausgaben in keinem ökonomisch vernünftigen Verhältnis mehr zu dem Ertrag stehen. Eine andere Möglichkeit ist die **staatliche Eigenproduktion** der in Rede stehenden Güter. Dann ist aber das Ergebnis häufig eine völlig **ineffiziente, d.h. überteuerte Produktionsweise**, da

die staatliche Eigenproduktion keine Konkurrenz hat und somit der Zwang zur Kostenminimierung fehlt.

b. Marktversagen bei öffentlichen Gütern

Die bisher behandelten Marktunvollkommenheiten sind Fälle, in denen ein nur gradueller Mangel des Marktmechanismus vorliegt. Der Markt funktioniert im Prinzip, jedoch wird von bestimmten Gütern zuviel oder zuwenig produziert. Ein grundsätzlich weitergehender Mangel des Marktmechanismus liegt vor, wenn der Marktmechanismus total versagt. Man spricht dann von **Marktversagen**. Das soll bedeuten, daß **bestimmte Güter überhaupt nicht produziert werden**, obwohl dies im Sinne einer optimalen Allokation der Ressourcen angezeigt wäre.

Ein typisches und in der Ökonomie verbreitetes **Beispiel** ist der Fall des **Leuchtturmes**. Die Errichtung und das Betreiben eines Leuchtturmes sind für einen gewinnorientierten Unternehmer im Zweifel völlig uninteressant. Der Leuchtturm verursacht dem Unternehmer Kosten, die – in der hier verwendeten Terminologie – private Kosten sind. Auf der anderen Seite fallen jedoch bei dem Unternehmer keine privaten Erträge an. Dies ist zumindest dann der Fall, wenn es nicht möglich ist, ein Schiff, welches das Leuchtfeuer als Orientierungshilfe nutzt, deswegen von der Nutzung der Dienste des Leuchtturmes auszuschließen, weil der Schiffsführer keinen Preis für die Nutzung entrichtet. Der den Leuchtturm betreibende Unternehmer kann in diesem Fall eine kostenlose Nutzung des Leuchtturmes nicht verhindern. Es fallen bei ihm keine privaten Erträge an. Die wirtschaftlichen Vorteile, die der Leuchtturm zweifellos für die Gesellschaft erbringt, fallen **vollständig als externe Erträge** an. Der private Unternehmer macht, wenn er einen Leuchtturm betreibt, mangels privater Erträge nur Verluste.

Man erkennt, daß es sich bei Gütern wie dem als Beispiel gewählten Leuchtturm um einen **Spezialfall externer Erträge** handelt. Das wirtschaftspolitische Problem besteht darin, daß in einer marktwirtschaftlichen Ordnung die Produktion solcher Güter vollständig unterbleibt, obwohl die gesamten Erträge (private Erträge und externe Erträge) die Kosten übersteigen. Es kommt zu einer **totalen Unterversorgung mit Gütern, deren Produktion nur externe Erträge verursacht**.

Der Leuchtturm ist ein Beispiel für ein **öffentliches Gut (auch: Kollektivgut)**. In einer allgemeinen Sichtweise zeichnen sich öffentliche Güter durch **zwei Merkmale** aus:

- Erstens liegt **Nichtrivalität beim Konsum** vor. Ein öffentliches Gut kann durch einen zusätzlichen Konsumenten genutzt werden, ohne daß dessen Nutzung die Nutzung eines anderen beeinträchtigt. Im Gegensatz zu öffentlichen Gütern ist dies bei privaten Gütern nicht möglich. Bei privaten Gütern liegt rivalisierender Konsum vor.
- Zweitens liegt eine **Nicht-Ausschließbarkeit** vor. Es ist bei öffentlichen Gütern außerordentlich aufwendig, im reinen Fall überhaupt unmöglich, jemanden vom Konsum des Gutes auszuschließen.

Bei öffentlichen Gütern kommt es zu dem sog. **Trittbrettfahrer-Phänomen**. Der potentielle Konsument spekuliert darauf, daß das Gut „schon irgendwie“ bereitgestellt wird, und daß er dann kostenlos daran partizipieren kann. Denn

es wäre ja unsinnig, von ihm einen Preis zu verlangen, wo er doch wegen des nicht-rivalisierenden Konsums niemanden bei der Nutzung beeinträchtigt. Die Nicht-Ausschließbarkeit hat zur Folge, daß auch niemand freiwillig bereit ist, sich an der Finanzierung der Produktion zu beteiligen. Denn es kann ja niemand von der kostenlosen Nutzung ausgeschlossen werden. Wenn alle potentiellen Konsumenten aufgrund solcher Spekulationen ihre **Präferenzen nicht offenlegen**, kommt es in der Marktwirtschaft zu einer **Unterversorgung mit öffentlichen Gütern**, weil – mangels Gewinnerzielungsmöglichkeit – keine Unternehmer solche Güter herstellen.

Dem **Staat** wird nun die Aufgabe zugewiesen, durch geeignete Maßnahmen die **Bereitstellung von öffentlichen Gütern** zu sichern. Hier kommt insbesondere der **rechtliche und institutionelle Rahmen** für das Wirtschaftsgeschehen in Frage, den der Staat durch die **Gesetzgebung** bereitstellt und durch sein **Gewaltmonopol** durchsetzt. Diese **Rahmenordnung** kann als **öffentliches Gut** interpretiert werden. Denn es liegt Nichtrivalität im Konsum vor, und ein Ausschluß einzelner ist kaum möglich. In Einzelfällen mag es möglich sein, die Festlegung und Einhaltung von Regeln für das Zusammenleben durch eine privat organisierte und finanzierte Ordnungsmacht zu gewährleisten. Jedoch wird diese Organisationsform zur Anarchie tendieren, weil sich jedermann wegen der hohen Kosten der privaten Bereitstellung von Recht und Ordnung als Trittbrettfahrer versuchen wird. Ohne einen rechtlichen und institutionellen Rahmen ist jedoch ein Wirtschaften unmöglich. Also muß der Staat für die Bereitstellung dieses öffentlichen Gutes, nämlich des rechtlichen und institutionellen Rahmens, sorgen.

Die Frage, durch **welche Maßnahmen** der Staat die Bereitstellung von öffentlichen Gütern sichern soll, kann im konkreten Einzelfall zu schwierigen Abwägungsproblemen führen. Die Methoden der staatlichen Eigenproduktion und der staatlichen Subventionierung sind nicht unproblematisch, da sie häufig zu Ineffizienz und übermäßiger Beanspruchung führen. Diese Probleme sollen hier nicht weiter behandelt werden. Es genügt zunächst die Erkenntnis, daß öffentliche Güter einen möglichen Mangelbereich einer marktwirtschaftlichen Ordnung darstellen, der durch den Staat nicht in allen Fällen ohne Probleme abgedeckt werden kann.

II. Zentralplanwirtschaft

Die grundsätzliche Alternative zum System der Freien Marktwirtschaft ist die Zentralplanwirtschaft. Die Funktionsweise einer idealtypischen Zentralplanwirtschaft ist im Vergleich zu der Freien Marktwirtschaft sehr einfach zu erklären und auch gedanklich leicht nachzuvollziehen. An die Stelle des – insbesondere für ökonomisch ungebildete Laien relativ undurchsichtigen – Marktmechanismus tritt die leicht verständliche und einfach durchschaubare Einheit des **zentralen Plans**.

1. Funktionsweise der Zentralplanwirtschaft

a. Planungsinstanz

In der Zentralplanwirtschaft wird von einer **zentralen Planbehörde** ein **Plan** aufgestellt, in dem sowohl die Produktion der Betriebe als auch das Faktorangebot der Haushalte geplant wird. Den einzelnen Betrieben und Haushalten werden die entsprechenden Teile des zentralen Plans als Vorschriften für ihre wirtschaftlichen Handlungen vorgegeben. Dieser Sachverhalt ist dargestellt in Abbildung 2.9.

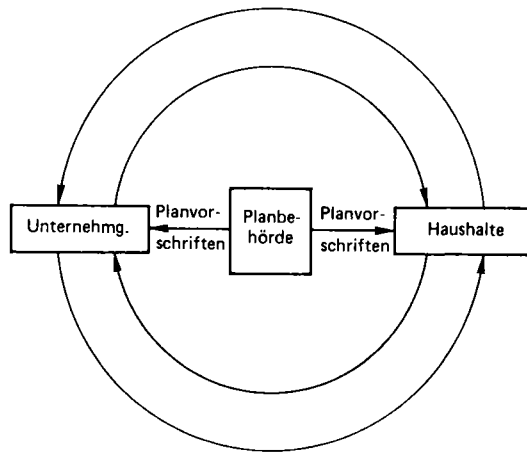


Abb. 2.9 Zentralplanwirtschaft

Die zwischen den Haushalten und Betrieben stattfindenden Transaktionen sind nicht das Ergebnis von Abstimmungen zwischen diesen Wirtschaftseinheiten, sondern das Ergebnis der **Ausführung der Planvorschriften** der zentralen Planbehörde.

b. Planungsgegenstand

Die Gegenstände der zentralen Planung hängen davon ab, wie weitgehend das System zentralisiert ist. Es kann in diesem Zusammenhang das System der **Zentralverwaltungswirtschaft** einerseits und des **Konkurrenzsozialismus** andererseits unterschieden werden.

(1) Zentralverwaltungswirtschaft

Im System der Zentralverwaltungswirtschaft ist der Zentralisationsgrad am weitestgehenden. Das System ist durch eine totale **Mengenplanung** gekennzeichnet. Grundlage der Planung sind:

- hinsichtlich der **Faktorallokation** die Produktionsmöglichkeiten der Betriebe, die der zentralen Planbehörde vollständig bekannt sind,

- hinsichtlich der **Produktionsstruktur** und der **Verteilung**:
 - entweder die Bedürfnisse und Präferenzen der Haushalte, die der zentralen Planbehörde ebenfalls vollständig bekannt sind,
 - oder – falls die Informationen der zentralen Planbehörde unvollständig sind oder die zentrale Planbehörde aus anderen Gründen anders entscheidet – eine autonom-elitäre Entscheidung der zentralen Planbehörde über die Produktionsstruktur und die Verteilung.

Die zentrale Planbehörde kennt also sämtliche Produktionsmöglichkeiten aller Betriebe und kann somit – vorausgesetzt sie verfügt über ein geeignetes Optimierungsverfahren bei der Planerstellung – im Rahmen der Erstellung des zentralen Plans eine optimale Faktorallokation gewährleisten. Darüber hinaus sind der zentralen Planbehörde entweder sämtliche Bedürfnisse und Präferenzen der Haushalte bekannt und sie plant somit verbindlich, was produziert werden soll und an wen die produzierten Güter in welchen Mengen zugeteilt werden sollen, oder aber die zentrale Planbehörde trifft hierüber entweder aus Nicht-Kenntnis oder aus sonstigen Gründen eine autonom-elitäre Entscheidung (Bestimmung der Produktionsstruktur und der Verteilung).

Dies ist der Prozeß der **Mengenplanung**. Es ist eine interessante Frage, ob in einem solchen System eine Planung über die **Güterpreise** überhaupt notwendig ist. Strikt genommen ist diese Frage zu verneinen. Durch den zentralen Plan ist genau und endgültig festgelegt, wieviel Produktionsfaktoren eingesetzt werden, mit welchen Produktionsverfahren welche Güter hergestellt werden, und wie die hergestellten Güter an die einzelnen Mitglieder der Gesellschaft verteilt werden. Es ist im Detail und optimal festgelegt, wer wo was wie und wieviel arbeitet und wer von was wieviel bekommt. In einem solchen System sind somit **strikt genommen weder Preise noch Märkte notwendig**. In realen Planwirtschaften werden allerdings Preise und die damit zustande kommenden Geldströme durchaus auch geplant, jedoch überwiegend zu Kontrollzwecken benutzt.

(2) Konkurrenzsozialismus

Im Konkurrenzsozialismus ist der Zentralisationsgrad weniger weitgehend als in der Zentralverwaltungswirtschaft. Der **Produktionsfaktor Kapital ist vergesellschaftet**, d.h. das Privateigentum an den Produktionsmitteln ist abgeschafft. Andererseits finden jedoch in den Betrieben marktwirtschaftlich **dezentralisierte Entscheidungen auf der Grundlage von Preisen** statt. Die entscheidende Frage ist, wie diese Preise zustande kommen. Das Modell von LANGE hat in der Diskussion die größte Bedeutung erlangt. In diesem Modell können sich für Konsumgüter und für den Produktionsfaktor Arbeit freie Marktpreise bilden, während die Preise für die Kapitalgüter von der Planbehörde als **Verrechnungspreise (auch: Schattenpreise)** festgesetzt werden. Stellen sich die Verrechnungspreise als Ungleichgewichtspreise heraus, dann werden sie von der Planbehörde so lange angepaßt, bis sie markträumend sind. Die Betriebe verfolgen auf der Grundlage der so existierenden Preise Gewinnmaximierung. Es wird gewissermaßen ein Marktmechanismus simuliert. Damit sind die **Faktorallokation** und die **Produktionsstruktur** optimiert. Das Problem der **Verteilung** wird über die Einkommensverteilung gelöst, die dadurch festgelegt ist, daß auch für die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital Preise existieren.

c. Koordinierung

Die Koordinierung der Teilpläne erfolgt im Rahmen der Erstellung des zentralen Gesamt-Plans. Die zentrale Planbehörde kann sich z.B. des Systems der **Bilanzen** als Planungsinstrument bedienen. Für jede geplante Menge werden mit Hilfe von Produktionskoeffizienten die benötigten Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie Vormaterialien, Maschinen und Arbeitskräfte errechnet. Da bis auf die Arbeitskräfte alle diese Güter ihrerseits produziert werden müssen, ist auch für diese wiederum eine Aufstellung der benötigten Faktoren notwendig usw. Wenn nun sichergestellt sein soll, daß die ursprünglich geplanten Gütermengen auch wirklich produziert werden können, dann muß auch eine entsprechende Menge an Vormaterialien usw. und an Arbeitskräften vorhanden sein. Dies wird mit Hilfe von Mengenbilanzen überprüft, in denen die Zugänge durch Produktion, Import und Lagerabbau den Abgängen durch Konsum, Verbrauch in der gleichen und in anderen Branchen, Exporte und Lagerbildung gegenübergestellt werden. Die Planung ist nur dann konsistent, wenn alle diese Bilanzen zumindest keine Unterdeckung der geplanten Abgänge aufweisen. Die Planziele müssen so lange revidiert werden, bis diese Konsistenz erreicht ist. Die ist im Prinzip möglich. Ein Instrument hierzu ist z.B. die von LEONTIEF entwickelte **Input-Output-Analyse**. Hierbei werden die für eine bestimmte Produktionsstruktur (Output) bei gegebenen Produktionsmöglichkeiten notwendigen Faktoreinsatzmengen (Input) durch Lösen eines Systems linearer Gleichungen für die gesamte Volkswirtschaft bestimmt.

d. Anreiz- und Sanktionsmechanismus

Zentralplanwirtschaften haben vom Ansatz her **keine systemimmanenten Anreiz- und Sanktionsmechanismen** wie z.B. das System der Freien Marktwirtschaft mit seinen Konsequenzen für Gewinn und Einkommen. Eine Zentralplanwirtschaft basiert vielmehr auf behördlichen Vorschriften, die den Betrieben und Haushalten von der zentralen Planbehörde aufgegeben werden. Eine korrekte Befolgung dieser Vorschriften ist in einem System denkbar, in welchem die einzelnen Gesellschaftsmitglieder aus **Einsicht in die Notwendigkeit** die Vorschriften des zentralen Plans ausführen. Allerdings benötigen reale Planwirtschaften zur Durchsetzung der Vorschriften durchaus Sanktionsmechanismen bis hin zur Todesstrafe. Daneben findet man auch noch Anreize wie Auszeichnungen in sozialistischen Wettbewerben, Prämien, Bevorzugungen usw.

2. Mängel der Zentralplanwirtschaft

a. Ineffizienz

Die zentrale Planbehörde in einer Zentralplanwirtschaft verfügt in der Regel nicht über die Informationen, die notwendig sind, um die Probleme der Faktorallokation, der Produktionsstruktur und der Koordinierung optimal zu lösen. Diese **Informationsmängel** stellen vermutlich den **entscheidenden Nachteil** des Systems der Zentralplanwirtschaft dar. Grundsätzlich können natürlich Informationsmängel auch in einer Freien Marktwirtschaft eine Optimierung der Faktorallokation, der Produktionsstruktur und der Koordinierung verhindern. Wenn hierauf oben im Text bei der Behandlung der Mängel des Marktmechanismus nicht ausdrücklich eingegangen worden ist, dann kommt damit implizit

zum Ausdruck, daß das Informationssystem der Preise in der Freien Marktwirtschaft dem Informationssystem in der Zentralplanwirtschaft für überlegen erachtet wird. Diese Ansicht ist vor allem durch die Erfahrung begründet, wonach marktwirtschaftlich organisierte Wirtschaftssysteme den planwirtschaftlich organisierten Systemen bei der Hervorbringung des zur Optimierung des gesamtwirtschaftlichen Prozesses notwendigen Wissens offensichtlich weit überlegen sind. Im folgenden soll nun zunächst auf diesen Nachteil der Informationsmängel im System der Zentralplanwirtschaft eingegangen werden.

(1) Fehlsteuerungen wegen Nicht-Kenntnis aller Produktionsmöglichkeiten

Die Herbeiführung einer optimalen **Faktorallokation** setzt voraus, daß der zentralen Planbehörde sämtliche Produktionsmöglichkeiten sämtlicher Betriebe vollständig bekannt sind. Diese perfekte Information ist in der Regel nicht gegeben. Ein Grund hierfür ist z.B., daß es für die Bürokraten in der zentralen Planbehörde wegen fehlender Anreize völlig uninteressant ist, sich die nötigen Informationen zu beschaffen. Die **mangelhafte Information** der zentralen Planbehörde hat zur Folge, daß **ineffizient produziert** wird. Es wird mit dem vorhandenen Einsatz der Produktionsfaktoren weniger produziert, als bei effizientem Einsatz der Faktoren möglich wäre. Die Wirtschaft produziert in einem Punkt unterhalb der Transformationskurve.

(2) Fehlsteuerungen wegen Nicht-Kenntnis aller Konsumentenwünsche

Abgesehen von dem Fall, daß die zentrale Planbehörde die Konsumentenwünsche bei ihrer Entscheidungsfindung ignoriert, setzt die Herbeiführung einer an den Konsumentenwünschen orientierten **Produktionsstruktur** die Kenntnis der Konsumentenwünsche bei der zentralen Planbehörde voraus. Die Mitglieder der Planbehörde müssen gewissermaßen die richtigen, die wahren Bedürfnisse der Gesellschaftsmitglieder kennen. Dies ist jedoch deshalb praktisch nicht zu erreichen, weil das Individuum selbst seine Bedürfnisse a priori gar nicht genau kennen kann, da die künftigen Verhältnisse, von denen die Bedürfnisse abhängen, wegen der **Unsicherheit** der Zukunft gegenwärtig gar nicht bekannt sind. Letztlich kann das Individuum nur in der konkreten Situation selbst entscheiden, welche Güter es vorrangig haben will und auf welche Güter es zu welchen Bedingungen bereit ist zu verzichten. Diese Tatsache macht eine hohe Flexibilität jeglichen Wirtschaftsprozesses notwendig, wenn auf die prinzipiell nicht exakt vorhersehbare Zukunft mit der Produktionsstruktur optimal reagiert werden soll. Hier liegt ein schwerer Mangel des Systems der Zentralplanwirtschaft. Die zentrale Planbehörde wird – selbst wenn sie eine Orientierung an den Konsumentenwünschen ernsthaft anstreben sollte – **höchstens zufällig** einen Punkt auf der Transformationskurve realisieren, der an den Konsumentenwünschen orientiert ist. Vielmehr werden regelmäßig einerseits Halden verrottender, da unerwünschter Güter produziert, und andererseits stehen Menschen nach besonders begehrten Gütern Schlange. Die Produktionsstruktur ist suboptimal.

(3) Fehlsteuerungen wegen mangelhafter Koordinierung

Eine weitere Möglichkeit der Ineffizienz des Systems der Zentralplanwirtschaft liegt im Bereich der **Koordinierung**. Die Organisation des Wirtschaftsprozesses ist in der Zentralplanwirtschaft ineffizient, wenn die Teilpläne des zentralen Plans **nicht aufeinander abgestimmt** sind. Ist z.B. die Produktion verderblicher

Lebensmittel nicht hinreichend genug mit der Produktion entsprechender Verpackungsmaterialien und Konservierungsstoffe koordiniert, dann kann es zum Verfaulen von Lebensmitteln kommen. Oder die neu gebauten Wohnungen können nicht bezogen werden, weil die Produktion von Fensterrahmen unzureichend ist. Die Differenziertheit und Kompliziertheit eines zentralen Plans für eine Wirtschaft mit Millionen unterschiedlicher Güterproduktionen und die erfahrungsgemäß mangelhafte Flexibilität und Weitsichtigkeit behördlicher Bürokratien machen solche Fehlsteuerungen sehr wahrscheinlich.

b. Autonom-elitäre Entscheidungsfindung

Die Erfüllung des zentralen Plans geschieht auf der Grundlage von Vorschriften der zentralen Planbehörde an die einzelnen Betriebe und Haushalte. Es besteht in der Gesellschaft eine strikte Befehlshierarchie. Man kann nun der Ansicht sein, daß ein möglichst großer Freiheitsspielraum – unter Berücksichtigung eines Rahmens, der durch die Freiheit der Mitmenschen zu ziehen ist – etwas Erstrebenswertes ist. Teilt man diese Auffassung, dann ist die Systemeigenschaft der Befehlshierarchie in der Zentralplanwirtschaft ein über die rein ökonomischen Mängel hinausgehender weiterer Nachteil. Im System der Freien Marktwirtschaft müssen die einzelnen Wirtschaftseinheiten in gewisser Weise zwar auch bestimmten Befehlen gehorchen, nämlich den Befehlen des Marktes. Jedoch eröffnet dieses System den einzelnen die Möglichkeit der gegenseitigen Anpassung. In der Freien Marktwirtschaft entscheiden einzelne Wirtschaftseinheiten auf der Grundlage von Marktpreisen, die Ergebnis einer gegenseitigen Abstimmung der einzelwirtschaftlichen Pläne sind.

c. Schwerfälligkeit

In der Zentralplanwirtschaft wird der zentrale Plan von einer **Behörde** erstellt. Eine schnelle Reaktion auf unerwartete Ereignisse oder die planmäßige Entwicklung fortschrittlicher Techniken und neuer Produkte kann von einem solchen Apparat nicht erwartet werden. Der Planapparat ist in der Regel für die Erfüllung solcher Aufgaben zu **schwerfällig**. Für Verbesserungen müssen Lösungsideen entstehen, und die Chancen und Risiken der dadurch möglichen Entwicklungen müssen abgeschätzt werden. Es muß eine Entscheidung für eine bestimmte Entwicklungslinie getroffen werden, und die dementsprechende Verantwortung muß übernommen werden. Das alles sind Aufgaben, für die eine Bürokratie wegen **fehlender Anreize** bekanntermaßen kaum geeignet ist.

Vergleichen wir die beiden Systeme der Freien Marktwirtschaft einerseits und der Zentralplanwirtschaft andererseits, dann können wir zusammenfassend die folgende durch die Erfahrung begründete These vertreten. Die Freie Marktwirtschaft basiert auf einem höchst einfachen und wirksamen Konstruktionselement (Flexibilität der Preise bei Konkurrenz und Privateigentum), ist aber recht schwierig zu erklären und zu verstehen. Demgegenüber basiert die Zentralplanwirtschaft auf einem höchst komplizierten und schwerfällig funktionierenden Konstruktionselement (zentraler Plan), ist aber recht einfach zu erklären und zu verstehen. Dies führt aller Erfahrung nach dazu, daß marktwirtschaftlich organisierte Systeme recht gut funktionieren, weil sie einfach konstruiert sind, aber häufig deswegen abgelehnt werden, weil sie schwierig zu durchschauen sind. Umgekehrt funktionieren zentralplanwirtschaftlich organisierte Systeme recht schlecht, weil sie kompliziert konstruiert sind, werden aber häufig deswegen propagiert, weil sie einfach zu verstehen sind.

III. Zusammenfassung

Die Lösung ökonomischer Grundprobleme erfolgt im System der **Freien Marktwirtschaft** durch **dezentrale Planung** und deren Koordinierung über den Markt und im System der **Zentralplanwirtschaft** durch den **zentralen Plan**. Im System der Freien Marktwirtschaft besorgt der **Anreiz- und Sanktionsmechanismus des Marktes**, daß sich die Wirtschaftseinheiten aus Eigeninteresse die **Informationen** beschaffen und die Entscheidungen treffen, die zur Optimierung des gesamtwirtschaftlichen Prozesses notwendig sind. Mängel des Marktmechanismus sind **Marktmacht**, negative und positive **externe Effekte** und fehlende Bereitstellung von **öffentlichen Gütern**. Hierdurch kann eine **staatliche Regulierung** des Wirtschaftsprozesses gerechtfertigt werden. Im System der Zentralplanwirtschaft erfolgt die Optimierung des gesamtwirtschaftlichen Prozesses durch die Erstellung und den Vollzug des **zentralen Plans**. Mängelbereiche der Zentralplanwirtschaft sind **Ineffizienz** aufgrund von Informationsmängeln, **autonom-elitäre Entscheidungsfindung** und **Schwerfälligkeit**.

Literatur zum 2. Kapitel

Überblick:

Thieme, J.: Wirtschaftssysteme. In: D. Bender u.a.: Vahlens Kompendium der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik. Band 1. 4. Aufl. München 1990. S. 1-49.

Lehrbücher:

Blum, U.: Volkswirtschaftslehre. Studienhandbuch. München 1992. S. 479-491.

Demmler, H.: Einführung in die Volkswirtschaftslehre. Elementare Preistheorie. 2. Aufl. München 1991. S. 9-21.

Eucken, W.: Die Grundlagen der Nationalökonomie. 8. Aufl. Berlin 1965. (1. Aufl. 1940).

Gruber, U. und M. Kleber: Grundlagen der Volkswirtschaftslehre. München 1992. S. 31-52.

Hanusch, H. und T. Kuhn: Einführung in die Volkswirtschaftslehre. Berlin 1991. S. 20-26, 64-106.

Hedtkamp, G.: Wirtschaftssysteme. Theorie und Vergleich. München 1974.

Hensel, K. P.: Grundformen der Wirtschaftsordnung. Marktwirtschaft – Zentralverwaltungswirtschaft. 3. Aufl. München 1978.

Holesovsky, V.: Economic systems. Analysis and comparison. New York 1977.

Lachmann, W.: Volkswirtschaftslehre 1. Grundlagen. Berlin 1990. S. 26-38.

Leipold, H.: Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme im Vergleich. Grundzüge einer Theorie der Wirtschaftssysteme. 4. Aufl. Stuttgart 1985.

Neuberger, E. und W. J. Duffy: Comparative economic systems. A decision-making approach. Boston 1976.

Samuelson, P. A. und W. D. Nordhaus: Economics. 12. Aufl. New York 1985. Dt. Ausgabe: Volkswirtschaftslehre. Grundlagen der Makro- und Mikrotheorie. Bd. 1. 8. Aufl. Köln 1987. S. 85-111.

Schönwitz, D. und H. J. Weber: Wirtschaftsordnung. Eine Einführung in Theorie und Politik. München 1983.

Sammelbände:

Eckstein, A. (Hrsg.): Comparison of economic systems. Theoretical and methodological approaches. Berkeley 1971.

3. Kapitel:

Die Rolle des Staates in der Marktwirtschaft – Grundzüge der Wirtschaftspolitik

I. Die Bedeutung des Staates im Wirtschaftsgeschehen

Die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland ist die **Soziale Marktwirtschaft**. Diese Wirtschaftsordnung ist weder eine Freie Marktwirtschaft noch eine Zentralplanwirtschaft, sondern ein **Mischsystem**. Durch diese Bezeichnung soll zum Ausdruck gebracht werden, daß in dieser Wirtschaftsordnung nicht nur Haushalte und Unternehmen über Märkte miteinander kommunizieren. Vielmehr existiert neben den Haushalten und Unternehmen auch noch der **Staat als eigenständiger Sektor**. Der Staat stellt ein nicht-marktmäßiges Element in der Marktwirtschaft dar, da in diesem Sektor nach eigenen, nicht-marktmäßigen Regeln Entscheidungen getroffen werden. Der Wirtschaftsprozess wird hierdurch in erheblicher Weise beeinflusst. Zu dem Sektor Staat zählt man die Gebietskörperschaften, d.h. also den Bund, die Länder und die Gemeinden, und darüber hinaus auch noch die Sozialversicherungsträger.

Wir wollen uns zunächst einen Eindruck davon verschaffen, welches Gewicht der Staat im System der Sozialen Marktwirtschaft hat. Einen ersten Anhaltspunkt hierfür liefert der **Staatshaushalt** (das **Staatsbudget**), in dem die Einnahmen und Ausgaben des Staates zusammengefaßt sind. In Tabelle 3.1 ist der Staatshaushalt für das Jahr 1999 dargestellt.

Man sieht, daß der Staat sich immerhin für ca. 1,8 Billionen DM **Einnahmen** verschafft. Der überwiegende Teil dieser Einnahmen sind **Steuern und Sozialbeiträge**. Hier wird ein nicht-marktwirtschaftliches Element des staatlichen Tätigwerdens deutlich. Denn es handelt sich bei diesen Staatseinnahmen um Zwangsabgaben, denen keine direkte Gegenleistung gegenübersteht.

Auf der anderen Seite betragen die **Ausgaben** des Staates ca. 1,9 Billionen DM pro Jahr. Hier sind die **laufenden Übertragungen** mit ca. 850 Mio DM der größte Posten. Es handelt sich hierbei z.B. um Rentenzahlungen, Arbeitslosenunterstützung, Subventionen, Beiträge an internationale Organisationen usw. Auch hier kommt der nichtmarktmäßige Charakter des staatlichen Tätigwerdens dadurch zum Ausdruck, daß diese Zahlungen den Empfängern in der Regel ohne direkte Gegenleistung zufließen.

Der zweitgrößte Posten auf der Ausgabenseite ist der **Staatsverbrauch** im Umfang von ca. 730 Mio DM. Dies sind Käufe des Staates von Waren und Dienstleistungen für Verbrauchszwecke. Hierzu gehören z.B. Wareneinkäufe von Behörden und die Gehälter der Staatsbediensteten. Auch der Militärhaushalt wird hier rubriziert. Dieser Staatsverbrauch ist ebenfalls ein nichtmarktmäßiges Element in der Sozialen Marktwirtschaft. Denn die Güter werden nicht gekauft, um ein Geschäft zu betreiben und Gewinne zu erzielen, oder um aus dem Verbrauch selbst einen Nutzen zu ziehen. Vielmehr werden die Dienste der gekauften Güter in der Regel der Gesellschaft ohne direkte Entgeltzahlung zur Verfügung gestellt.

Tab. 3.1 Staatshaushalt (1999, Mrd DM)

Posten	1999, Mrd DM
Einnahmen	
Steuern	897,9
Sozialbeiträge	759,0
Erwerbseinkünfte	40,0
Sonstige Einnahmen	43,3
Verm.übertragungen, Abschreibung	43,5
Einnahmen insgesamt	1.783,7
Ausgaben	
Staatsverbrauch	727,5
Zinsen	144,5
Laufende Übertragungen an	850,1
Private Haushalte	720,4
Unternehmen	70,2
Übrige Welt	59,5
Verm.übertragungen	56,1
Bruttoinvestitionen	72,8
Ausgaben insgesamt	1.851,0
Finanzierungssaldo	-67,3

Quelle: Forschungsinstitute, Gutachten Oktober 1998.

Weiterhin gibt der Staat auch Geld aus in Form von Zinsen zur Bedienung der Staatsschuld. Die Zinsausgaben betragen 1999 immerhin ca. 140 Mrd DM. Dieser Betrag ist wegen des Umfangs der im Zeitverlauf aufgenommenen Kredite bereits größer als die Ausgaben für den Kauf von **Investitionsgütern** (z.B. Bau von Universitäten, Straßen, Brücken usw.), die mit ca. 70 Mrd DM nicht sehr ins Gewicht fallen.

Die Differenz zwischen den Einnahmen und den Ausgaben ist der **Finanzierungssaldo**. Dieser ist negativ, wenn die Ausgaben die Einnahmen übersteigen. Dann liegt ein **Staatsdefizit** vor, welches im Jahre 1999 ca. 70 Mrd DM beträgt. In diesem Umfang nimmt der Staat zur Ausgabenfinanzierung netto Kredite auf. Diese Größe stellt also die **Netto-Neuverschuldung** pro Jahr dar.

Ein Nachteil der bisher erläuterten Zahlenangaben ist, daß es sich um absolute DM-Beträge handelt. Von Bedeutung ist natürlich letztlich das Verhältnis zu der dahinter stehenden Wirtschaftskraft des Landes. Daher müssen diese absoluten Zahlen in geeigneter Weise relativiert werden. Die **relative Bedeutung des Staates** im Wirtschaftsgeschehen kann ermessen werden am Anteil einzelner Komponenten des Staatshaushalts an entsprechenden gesamtwirtschaftlichen Größen.

Häufig werden die Staatsausgaben, die Staatseinnahmen und der Finanzierungssaldo jeweils zum Bruttoinlandsprodukt ins Verhältnis gesetzt. Der Anteil der gesamten Staatsausgaben am BIP wird als **Staatsquote** bezeichnet. Die Staatsquote vermittelt einen ersten Gesamteindruck von dem Gewicht, welches der Staat im Wirtschaftsgeschehen hat. Der Anteil der Staatseinnahmen am BIP wird als **Abgabenquote** bezeichnet. Durch die **Abgabenquote** kann man die Be-

lastung der gesamtwirtschaftlichen Leistung mit staatlichen Zwangsabgaben zum Ausdruck bringen. Der Anteil des Finanzierungssaldos am BIP gibt – für den Fall des Staatsdefizits – die **Defizitquote** (relative Neuverschuldung) des Staates an. Die zeitliche Entwicklung dieser drei Quoten im internationalen Vergleich ist in Tabelle 3.2 dargestellt. Die jeweilige Summe aus Abgabenquote und (absoluter) Defizitquote müßte eigentlich die Staatsquote ergeben. Daß dies für die Zahlenangaben in Tabelle 3.2 nicht durchgehend der Fall ist, liegt insbesondere an unterschiedlichen Abgrenzungen der einzelnen Quoten.

Tab. 3.2 Staatsquoten, Abgabenquoten und Defizitquoten

Land	1970	1980	1982	1990	1993	1999
Staatsausgaben % BIP						
BRD	38,6	48,3	49,0	45,1	49,5	46,9
EU	36,9	45,6	48,7	47,8	52,1	47,4
USA	31,7	33,7	33,4	32,8	33,8	31,2
Japan	19,4	32,6	33,0	31,3	33,7	38,4
Staatseinnahmen % BIP						
BRD	38,3	44,7	45,7	43,0	45,9	44,7
EU	36,5	41,3	43,0	43,9	45,6	45,7
USA	28,9	30,8	30,0	30,1	30,2	32,0
Japan	20,6	27,6	29,4	34,2	32,1	30,6
Budgetsaldo % BIP						
BRD	-0,2	-2,9	-3,3	-2,1	-3,2	-2,1
EU	.	.	-5,2	-3,9	-6,4	-1,7
USA	-0,8	-1,3	-3,5	-2,7	-3,6	+0,8
Japan	+1,5	-4,4	-3,6	+2,9	-1,6	-7,8

Quelle: OECD, Economic Outlook.

Man erkennt, daß die **Staats- und die Abgabenquote** in den angeführten Ländern im Verlauf der **70er Jahre stark angestiegen** sind. Die staatliche Regulierung der Wirtschaft hat aufgrund der expansiven Finanzpolitik in dieser Zeit deutlich zugenommen. Man hat in den 70er Jahren offensichtlich geglaubt, die ökonomischen Probleme der Zeit (Arbeitslosigkeit, Inflation, Strukturkrisen) mit einem Mehr an Staat besser lösen zu können. Dieser Glaube ist jedoch durch die Erfahrung häufig enttäuscht worden. In den 80er Jahren ist nach Überwindung der 80/82er Rezession bei der Staats- und der Abgabenquote daher auch eine gewisse Umkehr festzustellen.

Zu Beginn der 90er Jahre steigen die Staats- und Abgabenquoten zunächst rezessionsbedingt wieder an, um sodann **im Verlauf der 90er Jahre zu sinken**.

Weiterhin ist an den in den Jahren 1982 und 1993 sehr hohen Budgetdefiziten ersichtlich, daß die expansive Finanzpolitik durch einen kräftigen **Anstieg der Staatsverschuldung** finanziert wurde. Die jeweils anschließende Rückführung der Staatsquote hat sodann in einzelnen Ländern zu Budgetüberschüssen geführt.

Was **speziell die Bundesrepublik Deutschland** anbelangt, so betragen die Staatsquote und die Abgabenquote 1999 ca. 47% bzw. 45%. Im internationalen Vergleich liegen diese Werte leicht unter dem EU-Durchschnitt und deutlich über den Werten für die USA und Japan. Die deutsche Finanzpolitik hat die Staatsquote nach 1983 kontinuierlich zurückgeführt. Bei etwa konstanter Abgabenquote ist die Defizitquote demzufolge gesunken, und 1989 hat sich sogar ein Budgetüberschuß ergeben. Diese Entwicklung hat sich durch die **deutsche Einigung** abrupt umgekehrt. Die außerordentlich hohen staatlichen Finanztransfers von West- nach Ostdeutschland haben zu einem kräftigen Anstieg der Staats- und Abgabenquote auf knapp 50% und zu einem Anstieg der Defizitquote auf knapp 4% des BIP geführt. Seit ca. 1997 sind Konsolidierungstendenzen erkennbar.

Eine weitere Relation zur Charakterisierung der staatlichen Regulierung der Wirtschaft ist der **Anteil der staatlichen Endnachfrage am BIP**. Zur staatlichen Endnachfrage zählen der Staatsverbrauch und die staatlichen Bruttoinvestitionen. Damit umfaßt die staatliche Endnachfrage diejenigen Staatsausgaben, die für Güter getätigt werden. Die staatlichen Transferzahlungen und Zinsen sind in der Endnachfrage nicht enthalten. Der Anteil der staatlichen Endnachfrage am BIP gibt also an, welchen Teil der gesamtwirtschaftlichen Güterproduktion der Staat für seine Zwecke absorbiert. Dieser Anteil beträgt in der Bundesrepublik ca. 25%.

Zusätzlich zu diesen Relationen kann die Rolle des Staates in der Wirtschaft durch eine **Vielzahl weiterer Angaben** verdeutlicht werden. Der Staat betreibt z.B. in nicht unerheblichem Ausmaß eine direkte **Investitionslenkung**. Denn der Anteil der staatlichen Netto-Investitionen an den insgesamt getätigten Netto-Investitionen beträgt in der Bundesrepublik ca. 25%. Der Staat betreibt **öffentliche Unternehmen** (Bahn, Post, Energie, Medien), die häufig Monopolcharakter haben. Der Staat kontrolliert – gemessen an der Bilanzsumme – ca. 50% des gesamten Bankwesens (Anteil von Sparkassensektor, öffentlich-rechtlichen Grundkreditanstalten und Postgiro- und Postsparkassenämtern am Bilanzvolumen aller Banken).

Es wäre also höchst unzutreffend, die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland als eine Freie Marktwirtschaft zu bezeichnen. Andererseits wäre es genauso unzutreffend, diese Wirtschaftsordnung als eine Zentralplanwirtschaft zu bezeichnen, da dem Charakteristikum der Marktwirtschaft, der dezentralen Planung seitens einzelner Haushalte und Unternehmen, breiter Raum gegeben ist.

II. Wirtschaftspolitik in der Sozialen Marktwirtschaft

1. Gesellschaftspolitische Grundziele

Die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland ist – dies sollte der einleitende Abschnitt deutlich machen – ein **Mischsystem**, in dem der Staat den Wirtschaftsprozess in mannigfaltiger Weise reguliert. In einer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft muß jedoch jeder **staatliche Eingriff gerechtfertigt**

werden. Dies ist insbesondere deswegen notwendig, weil der Staat als einzige Institution in der Gesellschaft ein Machtmonopol besitzt. Jede staatliche Maßnahme bedeutet somit letztlich eine Machtausübung und damit eine freiheitsbeschränkende Intervention. Ein solches Tätigwerden muß jedoch – auch wenn es legitim ist und auf wohl definierten gesetzlichen Grundlagen basiert – gerechtfertigt werden. Darüber hinaus müssen die staatlichen Interventionen auch kontrolliert werden, und es muß eine ungerechtfertigte Ausdehnung in immer mehr Bereiche verhindert werden.

Jede staatliche Regulierung des Wirtschaftsprozesses bedarf also der Rechtfertigung. Dies kann durch die Festlegung von **Zielen** geschehen, die durch das staatliche Tätigwerden erreicht werden sollen. Welche Ziele dies im einzelnen sind, ist eine außerordentlich schwierig zu beantwortende Frage. In der Theorie der Wirtschaftspolitik wird häufig als **Oberziel** jeden staatlichen Tätigwerdens die **Maximierung der gesellschaftlichen Wohlfahrt** genannt. Dies ist natürlich zunächst einmal nur eine sehr abstrakte Formel, aus der kaum Handlungsanweisungen für konkrete wirtschaftspolitische Maßnahmen abgeleitet werden können. In der **Wohlfahrtsökonomik** wird versucht, dieses abstrakte Oberziel zu formalisieren und zu operationalisieren. Die Ergebnisse dieser Bemühungen der Wissenschaft für die praktische Wirtschaftspolitik sind jedoch bisher recht dürftig. Es bleibt lediglich der weniger anspruchsvolle Versuch, eine Anzahl von Zielen festzulegen, die dem Oberziel gewissermaßen vorgelagert sind und die den Vorteil haben, daß sie konkreter formuliert sind. Dadurch soll erreicht werden, daß der Zielkatalog in praktische Handlungsanweisungen für die Wirtschaftspolitik umsetzbar ist.

In einem ersten Schritt werden häufig die folgenden **gesellschaftspolitischen Grundziele** genannt (die Reihenfolge ist alphabetisch und soll keine Rangfolge ausdrücken):

- Freiheit,
- Friede,
- Gerechtigkeit,
- Sicherheit,
- Wohlstand.

Jedes staatliche Tätigwerden soll diesen gesellschaftspolitischen Grundzielen dienen und damit letztlich zur Steigerung der gesellschaftlichen Wohlfahrt beitragen. Diese gesellschaftspolitischen Grundziele sind zwar im Zweifel bereits konkreter und können eher mit bestimmten Inhalten verbunden werden als das Oberziel der gesellschaftlichen Wohlfahrt. Jedoch stellt sowohl die Auswahl als auch die Gewichtung dieser gesellschaftspolitischen Grundziele ein **Werturteil** dar. Und selbst dann, wenn man sich auf diesen Zielkatalog im Prinzip geeinigt hat – was bei den positiven Assoziationen, die mit diesen Schlagworten im allgemeinen verbunden werden, in der Regel relativ problemlos erreicht werden kann –, ist eine eindeutige Definition dieser Ziele nicht möglich. Es bleibt immer ein Spielraum für Auslegungen bis hin zu Perversionen. Es ist somit auch auf der Basis dieser gesellschaftspolitischen Grundziele in der Regel nicht ohne weiteres möglich, eindeutige und unstrittige Handlungsanweisungen für die praktische Wirtschaftspolitik abzuleiten. In einem zweiten Schritt versucht man daher, diese gesellschaftspolitischen Grundziele durch die Festlegung von **Zielen der Wirtschaftspolitik** weiter zu konkretisieren.

2. Ziele der Wirtschaftspolitik – Teilbereiche staatlicher Regulierung in der Sozialen Marktwirtschaft

Die Formulierung möglichst konkreter Ziele der Wirtschaftspolitik läuft darauf hinaus, aus ökonomischer Sicht eine **Rechtfertigung für staatliches Tätigwerden** in einer Marktwirtschaft zu liefern. Die **Ziele der Wirtschaftspolitik** können in 3 Bereiche unterteilt werden (MUSGRAVE, 1959):

- Allokation,
- Stabilisierung,
- Distribution.

a. Allokation

Im Bereich der **Allokation** geht es um die optimale Organisation der **Güterproduktion**. Das Ziel ist es, die **optimale Ressourcenallokation** zu realisieren. Dieses Ziel ist dann erreicht, wenn die Produktionsfaktoren effizient eingesetzt werden, und wenn die Produktionsstruktur an den Konsumentenwünschen orientiert ist. Durch den **Marktmechanismus** ist eine optimale Ressourcenallokation im Prinzip **garantiert**. Jedoch sind gewisse **Fehlentwicklungen** (öffentliche Güter, externe Effekte, Marktmacht usw.) nicht auszuschließen. Diese möglichen Fehlentwicklungen können die Existenz und das Tätigwerden einer staatlichen Obrigkeit rechtfertigen. Der gleiche Gedankengang ist teilweise bereits weiter oben im 2. Kapitel bei der Erläuterung der **Mängel des Marktmechanismus** angesprochen worden. Im folgenden wollen wir einige dieser Betätigungsfelder des **Staates** eingehender erläutern, wobei für die Aufzählung kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben wird.

(1) Öffentliche Güter und ökonomische Rechtfertigung des Minimalstaates

Eine genuine Staatstätigkeit im Bereich der Allokation ist es, eine ausreichende Versorgung der Gesellschaft mit **öffentlichen Gütern** zu sichern. Öffentliche Güter sind Güter, die sich durch 2 Merkmale auszeichnen. Erstens können sie von mehreren Benutzern gleichzeitig in Anspruch genommen werden, ohne daß diese sich gegenseitig behindern (Merkmal der **Nichtrivalität im Konsum**). Zweitens ist ein Ausschluß einzelner Benutzer (weil diese z.B. nichts für die Nutzung zahlen) technisch nicht oder nur mit einem unverhältnismäßig hohen Aufwand möglich (Merkmal der **Nicht-Ausschließbarkeit**). Der Marktmechanismus versagt bei der Bereitstellung solcher Güter, weil es einem Unternehmer nicht möglich ist, solche Güter gegen Entgelt am Markt zu verkaufen, d.h. die Produktion unterbleibt wegen der Unmöglichkeit der Erzielung von Verkaufserlösen.

Ein ganz wesentliches, wenn nicht das wichtigste öffentliche Gut ist der **rechtliche und institutionelle Rahmen**, ohne den ein Wirtschaften nicht möglich ist und der bei jeder Handlung einzuhalten ist. Der Staat stellt diese Rahmenordnung durch Gesetze und Verordnungen bereit und garantiert die Einhaltung dieser Ordnung, indem er Verstöße durch die Rechtsprechung und den Einsatz seines Gewaltmonopols ahndet. Der Kollektivgut-Charakter dieser Rahmenordnung wird deutlich, wenn man sich bewußt macht, daß jedermann an den Wohltaten dieser Anarchie-Vermeidungs-Ordnung partizipiert, ohne einem anderen hierdurch etwas wegzunehmen (Nichtrivalität), und ohne von der Teilnahme an dieser Ordnung ausgeschlossen werden zu können (Nicht-Ausschließbarkeit). Wenn von der staatlichen Instanz eine rechtliche und institutio-

nelle Rahmenordnung nicht garantiert wird, besteht die Gefahr, daß die Gesellschaft in Anarchie abgleitet, weil sich eine privatwirtschaftlich organisierte Rahmenordnung wahrscheinlich gar nicht oder nur unzureichend herausbildet. Der allgemeine Wohlstand würde mangels einer funktionierenden Rahmenordnung stark absinken. Also kann dem Staat aufgrund **ökonomischer Überlegungen** die Aufgabe zugewiesen werden, eine stabile **rechtliche und institutionelle Rahmenordnung** bereitzustellen und zu garantieren.

Man kann die rechtliche und institutionelle Rahmenordnung auch als Beispiel für einen **positiven externen Effekt** interpretieren. Der Staat als Produzent dieses Gutes liefert der Gesellschaft Vorteile, die von ihm nicht über den Markt gegen Entgelt abgegeben werden können. Denn erstens ist es wegen der Nicht-rivalität nicht möglich, dem einzelnen Bürger einen bestimmten, von ihm in Anspruch genommenen Teil dieser Ordnung zuzurechnen, für den dann ein Preis verlangt werden könnte. Und zweitens ist ein Ausschluß von nicht zahlenden Nutzern dieser Ordnung praktisch unmöglich. Die unentgeltliche Abgabe eines geldwerten Vorteils stellt jedoch einen positiven externen Effekt, d.h. einen externen Ertrag dar. Wenn nun aber eine Finanzierung der Kosten für die Bereitstellung der Rahmenordnung über Verkaufserlöse am Markt nicht möglich ist, dann müssen diese Kosten folglich über **Zwangsbeiträge (Steuern)** finanziert werden.

Der im Prinzip gleiche Sachverhalt läßt sich auch wie folgt erklären. Die Existenz eines Staates wird positiv-ökonomisch mit der Begründung gerechtfertigt, daß die Individuen in einem Gemeinwesen mit staatlichem Gewaltmonopol geringere Verteidigungsaufwendungen haben als in dem rechtlosen Zustand der Anarchie (BUCHANAN und TULLOCK, 1962). Die originäre Aufgabe des Staates ist somit die Definition und der Schutz von **Verfügungsrechten (property rights)**.

RAWLS (1971) geht von einem Urzustand aus, in dem die Menschen in Ungewißheit über ihre Fähigkeiten leben, und deswegen keine Vorstellungen über ihre künftige materielle Situation haben (Schleier der Ungewißheit). Die Menschen sind in diesem Sinne alle gleich und verständigen sich daher leicht auf einen Kanon **gemeinsamer Regeln**, die jeder bei seinen Handlungen zu beachten hat.

Eine ähnliche Argumentation ist, den Staat als einen Vertrag zwischen Individuen zum Schutz eng abgegrenzter Grundrechte zu interpretieren. Diese Schutzvereinigung kann jedoch nicht gewissermaßen am Reißbrett entworfen werden, sondern sie bildet sich in einem gesellschaftlichen Suchprozeß allmählich heraus (VON HAYEK, 1969; NOZICK, 1974). Die Individuen bilden unterschiedlichste Gemeinschaften zum Schutz und zur Wiederherstellung von Rechten. Der Staat ist diejenige **Schutzvereinigung**, die sich im **Konkurrenzprozeß** unter den diversen Vereinigungen als effizient erweist und somit dominant als einzige verbleibt.

Welcher Sichtweise man auch immer den Vorzug geben mag, die rechtliche und institutionelle Rahmenordnung kann als der Fall eines **reinen öffentlichen Gutes** (MUSGRAVE: social goods proper) angesehen werden. Die Bereitstellung und Garantie einer solchen Rahmenordnung ist eine originäre Aufgabe des Staates, die die Existenz eines Staates rechtfertigt.

In der Wirtschaftsordnung der **Sozialen Marktwirtschaft** ist der Bereich der **Allokation im Prinzip marktwirtschaftlich** organisiert. Das heißt, daß der Staat